

# Rheinlandpfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

**August**

September

Oktober

November

Dezember

# 1982

## INHALT

---

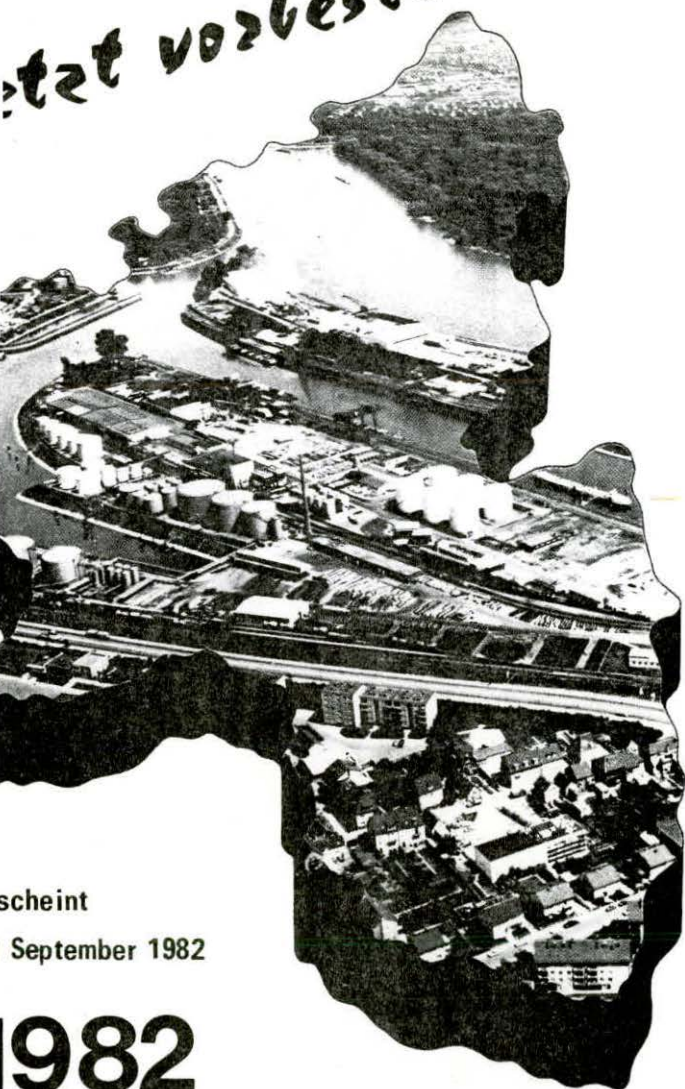
<b>Ausbildungsplätze im Mai 1982</b>	179	Nachdem sich in den Jahren 1979 bis 1981 die Situation am Lehrstellenmarkt etwas entspannt hatte, übersteigt in diesem Jahr die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen merklich das vorhandene Angebot. Die Tendenzwende hat sich bereits im Laufe des Jahres 1981 angebahnt.
<b>Privatquartiere und Kleinbetriebe im Fremdenverkehr</b>	185	Den Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben kommt im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr insbesondere in den Hauptferienmonaten eine große Bedeutung zu.
<b>Verbraucherpreise für Heizöl 1960 bis 1982</b>	190	Die hohen Preissteigerungen für extra leichtes Heizöl seit 1979 belasten finanziell in besonderem Maße die privaten Haushalte mit Ölheizung.
<b>Baulandmarkt und Baupreise 1981</b>	192	Die ausgeprägte Rezession in der Bauwirtschaft führte im Jahre 1981 zu einem deutlich geringeren Anstieg der Bauleistungspreise und einem starken Rückgang der verkauften Baulandfläche. Allerdings ist baureifes Land erneut erheblich teurer geworden.
<b>Umsätze der gewerblichen Wirtschaft</b>	197	Die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Rheinland-Pfalz ist zwischen 1978 und 1980 rückläufig gewesen. Gleichzeitig wurde eine beachtliche Umsatzsteigerung von 21% erwirtschaftet.
<b>ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt</b>	201	Seit 1968 wird im Statistischen Landesamt eine systematische Aus- und Weiterbildung praktiziert. Bisher konnten 130 Programmierer ausgebildet werden.
<b>Strukturierte Programmierung</b>	203	An neuen Methoden zur ingenieurmäßigen Entwicklung und Wartung von Programmen und Verfahren der Datenverarbeitung wird im Statistischen Landesamt die Strukturierte Programmierung eingesetzt.
<b>Anhang</b>	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes



# Rheinland- Pfalz

## heute

*stet vorbestellen!*



scheint

September 1982

# 1982

# Bestellkarte

Ich bestelle ..... Ex.

## Rheinland - Pfalz heute - 1982

zum Preis von 60 Pfennig  
ab 100 Ex. 40 Pfennig

Name / Dienststelle / Firma: .....

.....

.....

.....

( ) .....

An das

Statistische Landesamt

Rheinland - Pfalz

Postfach

5427 BAD EMS

529/82



60 Pf.  
Porto



**Situation am Lehrstellenmarkt hat sich verschlechtert**

Die Ausbildungsbetriebe in Rheinland-Pfalz wollen in diesem Jahr 38 800 Auszubildende neu einstellen. Dies geht aus einer im Auftrag der Landesregierung vom Statistischen Landesamt und von den Kammern durchgeführten Befragung der Betriebe im Mai 1982 hervor. Gleichzeitig werden voraussichtlich 38 600 Ausbildungsverhältnisse beendet. Damit decken die Betriebe mit den Neueinstellungen im wesentlichen ihren Ersatzbedarf.

Von den geplanten Neueinstellungen waren im Mai bereits 29 200 Ausbildungsplätze fest zugesagt, 9 600 Stellen noch offen. Bei einer ebenfalls im Mai durchgeführten Befragung der Schulabgänger wurde ermittelt, daß zu diesem Zeitpunkt noch 12 600 Entlassschüler eine Lehrstelle suchten. Damit liegt in diesem Jahr die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen um 3 000 höher als das Angebot, nachdem in den vergangenen drei Jahren in etwa ein zahlenmäßiger Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erreicht worden war. Nach der Berufsberatungsstatistik der Arbeitsverwaltung, die allerdings mit den vorliegenden Befragungen nur bedingt vergleichbar ist, ergab sich im Mai 1982 sogar ein Ausbildungsplatzdefizit von nahezu 7 000.

Erschwert wird die Situation am Lehrstellenmarkt noch dadurch, daß sich die Berufswünsche der Schulabgänger nur zu einem geringen Teil mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen decken. So übersteigt in Bauberufen, Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufen sowie in Textil- und Lederberufen das Angebot die Nachfrage bei weitem, während die Schulabgänger wesentlich häufiger Ausbildungsstellen in Gesundheits- und Körperpflegeberufen, Metallberufen, Elektroberufen sowie kaufmännischen und Verwaltungsberufen nachfragen als in diesen Berufsgruppen Ausbildungsplätze angeboten werden. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 179

**In vier Fremdenverkehrsgebieten stiegen die Übernachtungszahlen**

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die Übernachtungszahlen der Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar (+ 2%), Pfalz (+ 1,5%), Hunsrück/Nahe/Glan (+ 0,6%) und Eifel/Ahr (+ 0,3%). Rückläufig waren sie im Raum Westerwald/Lahn/Taunus (— 6,6%) und im Rheintal (— 6,3%). Mehr Ausländer übernachteten im Hunsrück (+ 15,2%) und in Rheinhessen (+ 7,5%).

Insgesamt wurden von Januar bis Mai 1982 in den Fremdenverkehrsbetrieben von Rheinland-Pfalz nahezu 1,6 Millionen Gäste (— 3,4%) mit mehr als 5,5 Millionen Übernachtungen (— 0,9%) festgestellt. Die Zahl der Besucher aus dem Ausland war noch stärker rückläufig (— 10,6 beziehungsweise — 9,4%). Für die Übernachtungen der deutschen Gäste errechnete sich ein leichter Zuwachs (+ 0,2%). pe

**Im September mehr als ein Fünftel aller Übernachtungen in Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben**

Von den mehr als 5 Mill. Gästen der rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe im Jahre 1981 übernachteten 578 000 in Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben. Das sind 11,6% aller Übernachtungsgäste. Von fast 18,6 Mill. Übernachtungen entfielen sogar 16,5% auf diese Beherbergungsstätten. Überdurchschnittlich hohe Anteile der Privatquartiere und Kleinbetriebe an den Übernachtungen waren in den Monaten Juli bis Oktober zu registrieren, worunter der September mit 21% an der Spitze lag.

Vor allem die Gäste des Landkreises Cochem-Zell bevorzugten Privatzimmer und gewerbliche Kleinbetriebe (33%). Auch die Landkreise Bernkastel-Wittlich (30%) und Pirmasens (24%) meldeten relativ hohe Anteile. Bei den Übernachtungen führte die Stadt Neustadt mit 44%, gefolgt vom Landkreis Pirmasens mit 39%.

Im Jahre 1981 übernachteten 852 000 ausländische Gäste in den rheinland-pfälzischen Beherbergungsstätten. Davon wählten 11,3% Privatquartiere und Kleinbetriebe. Ein Sechstel aller Ausländerübernachtungen entfiel auf diese Unterkunftsart. Die höchste Quote wurde im Monat Juli mit 22% festgestellt. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 185

**Zahl der gewerblichen Unternehmen rückläufig**

Im Jahre 1980 gaben in Rheinland-Pfalz 110 638 Unternehmen Umsatzsteuervoranmeldung ab, 2 876 (— 2,5%) weniger als zwei Jahre zuvor. Der Rückgang ist hauptsächlich auf eine Anhebung der Besteuerungsgrenze von 12 000 auf 20 000 DM und auf die Neuregelung der Besteuerung von Kleinunternehmen zurückzuführen. Die in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen wiesen die Finanzämtern 135 Mrd. DM Umsatz nach. Dies bedeutet gegenüber 1978 eine Steigerung um 21%. Die Umsatzsteuervorauszahlungen betrugen 2,8 Mrd. DM.

Gemessen am Umsatz dominieren in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft kleine und mittelständische Unternehmen. 61% der Unternehmen blieben unter 250 000 DM Jahresumsatz und 39% erwirtschafteten zwischen 250 000 und 50 Mill. DM. Die meisten Umsatzmillionäre befanden sich im produzierenden Gewerbe, deren Zahl sich um 37% auf 6 371 erhöhte.

Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes stellen seit jeher einen erheblichen Umsatzanteil, der die herausragende Bedeutung dieses Bereiches in der Gesamtwirtschaft besonders deutlich macht. Nahezu die Hälfte des steuerbaren Umsatzes wurde hier erwirtschaftet. Im Handel, dem vom Umsatzvolumen zweitgrößten Wirtschaftszweig, wurden Waren im Wert von 40 Mrd. DM umgesetzt. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 197



**Verbraucherpreise für Heizöl seit 1978 weit mehr als verdoppelt**

Der Preis für 100 Liter Heizöl erhöhte sich von 30,35 DM im Jahresdurchschnitt 1978 auf 73,08 DM (+ 141%) im Jahre 1981. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1982 war der Heizölpreis erheblichen Schwankungen unterworfen. Nachdem im Januar mit 79,32 DM je 100 Liter der bisher höchste Preis überhaupt ermittelt worden war, mußten im März für die gleiche Menge nur noch 70,29 DM gezahlt werden. Der Juni-Preis belief sich wieder auf 74,94 DM.

Ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes, der seine Wohnung im Jahre 1979 beheizte, verbrauchte damals 3 018 Liter Heizöl. Vor allem aufgrund des folgenden erneuten drastischen Preisanstiegs sank der Ölverbrauch der Haushalte 1980 auf 2 722 Liter und 1981 auf 2 385 Liter. Der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit ölbeheizter Wohnung, der 1970 für Heizöl 274 DM ausgegeben hatte, mußte 1981 für eine um nur etwa ein Fünftel größere Menge 1 717 DM bezahlen (+ 527%). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 190

**Düngemittelgeschäft bringt chemischer Industrie kräftigen Auftragsschub**

Das saisonale Düngemittelgeschäft brachte der chemischen Industrie von Rheinland-Pfalz im Juni 1982 eine Zunahme der Auftragseingänge um 36% gegenüber dem Vormonat. Auch in der eisenschaffenden Industrie und NE-Metallerzeugung (+ 40%), der Holzverarbeitung (+ 13%), der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung (+ 11%) und im Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 7%) nahm die Ordertätigkeit deutlich zu. Die Gesamtnachfrage im Juni 1982 übertraf das Ergebnis vom Vormonat um 11,4%.

Im ersten Halbjahr 1982 lagen die Auftragseingänge bei Industrie und Handwerk um 3,8% über dem Auftragsvolumen der ersten sechs Monate 1981. fn

**Produktion im ersten Halbjahr unter Vorjahresniveau**

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz nahm zwar von Mai auf Juni leicht zu (+ 1,5%), konnte aber im ersten Halbjahr 1982 das Vorjahresergebnis nicht erreichen (— 2,4%).

Lediglich im Investitionsgüterbereich wurden 3,7% mehr Waren hergestellt als im ersten Halbjahr 1981. Maßgeblichen Anteil hieran haben die Elektrotechnik (+ 11,7%), der Straßenfahrzeugbau mit Reparaturen (+ 6,5%) und der Maschinenbau einschließlich ADV-Geräten und -Einrichtungen (+ 3,6%).

Im Verbrauchsgüterbereich, der mit einem Produktionsrückgang um 6,2% die stärksten Einbußen hinnehmen mußte, konnte die Schuhindustrie die Erzeugung ausweiten (+ 6,8%). fn

**16% Ausfuhrsteigerung in den ersten vier Monaten 1982**

Das ausgeprägte Exportwachstum von 1981 setzte sich in den ersten Monaten dieses Jahres fort. Von Januar bis April 1982 exportierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren für mehr als 9,6 Mrd. DM. Das sind 16% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Exporte in die Entwicklungsländer expandierten am stärksten (+ 41%). Die Ausfuhren in die industrialisierten westlichen Staaten, die zwei Drittel der Lieferungen bezogen, stiegen um rund 10%. In die Staatshandelsländer wurden 18% weniger ausgeführt.

Unter den exportierten Gütern hatten Kraftfahrzeuge mit 28% den höchsten Anteil, gefolgt von chemischen Erzeugnissen (21%) und Maschinen (13%). Die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen erhöhten sich um 44%, von chemischen Erzeugnissen um 11%. Die Maschinenausporte waren leicht rückläufig (— 2,9%). pe

**Benzin im Juli erneut teurer**

Die Benzinpreise, die bereits im Vormonat um 5% angestiegen waren, erhöhten sich bis Mitte Juli erneut, und zwar bis zu 8%. Im Juli kostete ein Liter Normalbenzin (Markenware mit Bedienung) 1,41 DM (Juni 1,30 DM) und Superbenzin 1,47 DM (1,36 DM). Der Preis für Dieseldieselkraftstoff stieg um 1,1%, während der Heizölpreis mit 74,87 DM je 100 Liter gegenüber Juni (74,94 DM) fast unverändert blieb.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Juli einige Gemüsearten preiswerter angeboten, Zwiebeln (27%), Tomaten (27%), Möhren (10%) und Blumenkohl (3%). Die Bundespost erhöhte die Tarife zum 1. Juli im Briefverkehr um durchschnittlich 33%. hr

**Baureifes Land um 13% teurer  
In Birkenfeld kostet der Quadratmeter nur 14 DM**

Im Jahre 1981 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 11 744 unbebaute Grundstücke den Eigentümer. Verkauft wurde eine Fläche von insgesamt 11,4 Mill. qm für 569 Mill. DM. Die Zahl der Kauffälle ist um 18% kleiner als im Vorjahr. Baureifes Land verteuerte sich um 13% auf durchschnittlich 66 DM je Quadratmeter und Rohbauland um 4,7% auf knapp 35 DM.

Unter den kreisfreien Städten verzeichnete Ludwigshafen den höchsten durchschnittlichen Quadratmeterpreis für baureifes Land (286 DM). In Mainz kostete ein Quadratmeter 277 DM, in Koblenz 197 DM und in Neustadt 196 DM. In den Landkreisen wurden die höchsten Preise in Ludwigshafen (182 DM) und Mainz-Bingen (133 DM) gezahlt, die niedrigsten im Landkreis Birkenfeld (14 DM). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 192



**Anhaltender Rückgang der Baugenehmigungen**

Im ersten Halbjahr 1982 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden 5 858 Genehmigungen zur Errichtung neuer Hochbauten erteilt. Das sind 24% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Wohnbau lag die Anzahl der Baugenehmigungen um 25, im Nichtwohnbau um 14% unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

Die Zahl der genehmigten Wohnungen verminderte sich um 8% auf 11 364.

Für diese Baumaßnahmen wurden Kosten in Höhe von 2,7 Mrd. DM veranschlagt. Dies bedeutet im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres, ohne Berücksichtigung des Preisanstieges der Bauleistungen, einen Rückgang um 9,2%. ne

**Weniger Verkehrstote und Verletzte im ersten Halbjahr 1982**

Von Januar bis Juni 1982 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 10 330 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Dabei kamen 295 Menschen ums Leben. Von insgesamt 13 260 Verletzten mußten 4 103 zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Obwohl im Vergleich zum ersten Halbjahr 1981 die Zahl der Personenschadensunfälle unverändert blieb, gab es 92 Verkehrstote und 553 Verletzte weniger.

Fast die Hälfte der Getöteten - es waren 82 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres - waren Insassen von Personenkraftwagen. Außerdem kamen 66 Fußgänger, 59 motorisierte Zweiradfahrer und 20 Radfahrer ums Leben.

45 getötete Verkehrsteilnehmer waren über 65 Jahre alt gewesen (— 23), 20 waren Kinder unter 15 Jahren. gz

**90 355 fabrikneue Kraftfahrzeuge im ersten Halbjahr 1982 zugelassen**

Von Januar bis Juni 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 90 355 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 3 239 oder 3,5% weniger als im ersten Halbjahr 1981. Damit setzte sich der seit 1979 beobachtete Rückgang der Neuzulassungen fort. Zugunommen hat die Zahl der neuen Krafträder um 15% auf 11 971. Die Neuzulassungen von Personenkraftwagen und Kombis gingen um 4,9% zurück.

Für die Personenkraftwagen zeichnete sich ein wachsender Trend zur Hubraumklasse zwischen 1 500 bis 2 000 cm<sup>3</sup> ab (+ 4,8%). Die Zahl der neu zugelassenen Personenkraftwagen bis zu 1 500 cm<sup>3</sup> sowie mit mehr als 2 000 cm<sup>3</sup> Hubraum ging um 12 beziehungsweise 6% zurück. gz

---

## **kurz + aktuell**

---

### **Gebrauchtwagen wieder stärker gefragt**

Von Januar bis Juni 1982 wechselten in Rheinland-Pfalz 179 122 gebrauchte Kraftfahrzeuge den Besitzer. Das sind 7% mehr als im ersten Halbjahr 1981. In den beiden Vorjahren war die Zahl rückläufig gewesen.

Die Besitzumschreibungen von Personenkraftwagen und Kombis nahmen um 6,8% auf 157 633 zu. Besonders Kaufinteresse fanden gebrauchte Personenwagen ab 1 500 cm<sup>3</sup> Hubraum. Bei diesen Personenwagen-Klassen nahmen die Besitzumschreibungen um rund 10% zu. Im Vergleich dazu wurden 3,6% mehr Wagen unter 1 500 cm<sup>3</sup> gekauft. gz

### **Nach Frankreich und in die Niederlande gehen die meisten Lkw-Transporte**

Im grenzüberschreitenden Verkehr mit Lastkraftwagen wurden im Jahre 1981 aus Rheinland-Pfalz 4,6 Mill. t Güter ins Ausland versandt, das sind 4,1% mehr als im Vorjahr. 22% waren für die Niederlande bestimmt, 21% für Frankreich und 18% für Belgien. Bei den ins Ausland transportierten Gütern handelt es sich hauptsächlich um chemische Erzeugnisse (30%) sowie um Steine und Erden (23%).

Aus dem Ausland wurden 3,9 Mill. t Waren per Lastkraftwagen angeliefert, das sind 1,8% weniger als 1980. Davon kamen allein 36% aus Frankreich, 19% aus den Niederlanden und 14% aus Luxemburg. gz

### **165 Güterschiffe passieren täglich Koblenz**

Im ersten Halbjahr 1982 wurden auf dem Rhein bei Koblenz annähernd 30 000 Güterschiffe gezählt, die zu Berg oder zu Tal fahren. Ihre Tragfähigkeit lag bei 40 Mill. t, die Ladung betrug 24 Mill. t (+ 4,2%). Die Hälfte der Güter wurde unter deutscher Flagge befördert. Unter den Ausländern überwogen die niederländischen Schiffe.

Die Zahl der passierenden Güterschiffe hielt sich etwa auf dem Niveau des ersten Halbjahres 1981, wobei die Tragfähigkeit leicht zunahm (+ 2,9%).

Außerdem befuhren 1 878 Fahrgastschiffe den Rhein bei Koblenz. gz

### **Ausgaben für die Sozialhilfe um 79 Mill. DM gestiegen**

Das Land Rheinland-Pfalz zahlte im Jahre 1981 für die Sozialhilfe (einschließlich Tuberkulosehilfe) nach dem Bundessozialhilfegesetz insgesamt 645 Mill. DM. Das sind 79 Mill. DM oder 14% mehr als im Vorjahr. Die Mittel wurden zu 53% vom überörtlichen Träger und zu 47% von den örtlichen Trägern der Sozialhilfe aufgebracht.

Pro Einwohner errechnet sich ein Betrag von 177 DM. tö



### Ausbildungsplätze im Mai 1982 - Angebot und Nachfrage

Nachdem in den Jahren 1979 bis 1981 das Angebot an Ausbildungsstellen und die Ausbildungsplatznachfrage in etwa ausgeglichen waren, verschlechterte sich die Situation in diesem Jahr wieder deutlich. Im Mai 1982 stand einem geplanten Angebot von 38 800 Ausbildungsstellen eine Nachfrage nach 40 300 Plätzen gegenüber.

Diese Trendwende zeigen die Ergebnisse von zwei Erhebungen, die in Rheinland-Pfalz seit 1976 durchgeführt werden. Das Angebot an Ausbildungsstellen wird durch eine Betriebsbefragung ermittelt, die Nachfrage durch eine Schulabgängerbefragung. Die Ergebnisse dieser beiden jeweils im Mai durchgeführten Erhebungen geben frühzeitig Aufschluß über die am Lehrstellenmarkt zu erwartende Situation. Mit ihrer Hilfe können in der Regel noch rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, mit denen gezielt besonders problematische Bereiche am Ausbildungsstellenmarkt gefördert werden können, etwa Regionen mit einer ungünstigen Angebots-Nachfrage-Relation oder bestimmte Personengruppen wie etwa Schulabgänger aus Sonderschulen oder Mädchen.

Die Betriebsbefragung, die das geplante Angebot an Ausbildungsstellen ermittelt, wird im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr durchgeführt. Die Betriebe erhalten über die Kammern bzw. die nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen Erhebungsbogen. Mit diesem Bogen wird je Ausbildungsberuf unter anderem nach der Zahl der Auszubildenden zum 31. Dezember des Vorjahres gefragt, nach der Zahl der für das kommende Jahr geplanten Einstellungen und nach der Zahl der bereits fest zugesagten Ausbildungsplätze.

#### Erfassungsquote 56%

Die Ergebnisse dieser Erhebung müssen jeweils bis Mitte Juni vorliegen. Aus diesem Grund werden nur die Erhebungsbogen in die Auswertung einbezogen, die bis Ende Mai im Statistischen Landesamt eingehen. 1982 sandten über 19 000 Betriebe den Erhebungsbogen termingerecht zurück. Damit waren 56% der Auszubildenden zum 31. Dezember 1981 erfaßt. Aus den Ergebnissen, die nur einen Teil der zu erfassenden Betriebe berücksichtigen, wird auf die Gesamtheit aller Betriebe hochgerechnet. Dabei gilt als Prämisse, daß sich die Betriebe, die sich nicht an der Betriebsbefragung beteiligten, hinsichtlich ihrer Einstellungsabsichten genauso verhalten wie die antwortenden Betriebe. Die Hochrechnung erfolgt auf der

Basis der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember des Vorjahres. Diese Daten werden von den Kammern bzw. der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz als der für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst und für die städtische Hauswirtschaft zuständigen Stelle gemeldet. Diese Ist-Werte werden den entsprechenden Teilergebnissen der Betriebsbefragung gegenübergestellt. Je zuständige Stelle wird ein Faktor ermittelt, mit dem alle Ergebnisse der Betriebsbefragung hochgerechnet werden.

In den vergangenen Jahren zeigten Vergleiche der Daten aus der Betriebsbefragung mit der Zahl der später tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge (einschließlich der im September beim Arbeitsamt als unbesetzt gemeldeten Stellen), daß die Abweichung zwischen beiden Werten zum Teil sehr gering war. Sie lag 1980 unter 1%, 1981 bei 5%. Da einerseits die unbesetzt gebliebenen Stellen nicht immer beim Arbeitsamt gemeldet werden, andererseits die Betriebsbefragung nur Aussagen über die Absichten der Betriebe zum Erhebungszeitpunkt treffen kann, können die Ergebnisse der Betriebsbefragung nicht ohne weiteres mit der Berufsberatungstatistik der Arbeitsverwaltung verglichen werden.

Neben der Situation auf der Angebotsseite wird im Auftrag des Kultusministeriums bei den Schulabgängern die Nachfrage nach Ausbildungsstellen erfragt. In diese Erhebung werden die Entlaßschüler aus den allgemeinbildenden Schulen (ohne Schulen für Geistigbehinderte) sowie aus dem Berufsgrundschuljahr, ein- und zweijährigen Berufsfachschulen (ohne höhere Berufsfachschulen), Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien in die Erhebung einbezogen. 1982 wurden darüber hinaus die Schüler im Sonderberufsgrundschuljahr und diejenigen Schüler in der Grundstufe der Berufsschule erfaßt, die besondere Fachklassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag oder Sonderberufsschulklassen besuchten.

Gefragt wird bei dieser Erhebung, ob die voraussichtlichen Schulabgänger in einen Beruf abgehen werden, eine weitere schulische oder Hochschulausbildung anstreben oder zu Hause bleiben wollen. Von den Abgängern in den Beruf wird ermittelt, ob sie eine Ausbildung im dualen System (Lehre) anstreben oder eine Ausbildung im öffentlichen Dienst, ob sie zur Bundeswehr bzw. dem Bundesgrenzschutz oder in den Ersatzdienst gehen wollen oder ob sie keinen Ausbildungsplatz, sondern einen Arbeitsplatz suchen.



Für diejenigen, die eine Ausbildung im dualen System anstreben, interessiert außerdem, ob sie im Mai einen gesicherten Ausbildungsplatz haben oder noch eine Lehrstelle suchen.

Mit dieser Befragung sind allerdings nur diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die zum Zeitpunkt ihrer Nachfrage nach einer Lehrstelle noch im schulischen Bereich sind. Schulabgänger früherer Jahre, die noch immer auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle sind, werden mit dieser Befragung nicht erfaßt. Die tatsächliche Nachfrage nach Ausbildungsplätzen dürfte daher stets etwas höher sein, als sie nach den Ergebnissen dieser Erhebung ausgewiesen wird.

### 38 800 Neueinstellungen geplant

Die diesjährige Betriebsbefragung wurde auf der Basis von 107 400 Auszubildenden Ende 1981 (ohne Auszubildende bei Bundesbehörden bzw. der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften) errechnet. Von diesen Ausbildungsstellen waren 1981 rund 38 300 neu besetzt worden, wobei in diese Zahl nicht die Aufstockungsverträge im Rahmen von Stufenausbildungen einbezogen sind. Laut Betriebsbefragung

waren zum Ende des Jahres 1981 noch 4 800 Ausbildungsplätze bei den Betrieben nicht besetzt. Diese Zahl liegt um 3 400 höher als die Zahl zum 30. September 1981 bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Ausbildungsstellen. Diese Differenz macht deutlich, daß die Betriebe nicht alle offenen Ausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern melden.

Neben den hochgerechneten Werten, die sich auf das Jahr 1981 beziehen, sind die für 1982 ermittelten Daten von besonderer Bedeutung, da sie als Planungsgrundlage dienen. So beabsichtigen die Betriebe, in diesem Jahr 38 800 Auszubildende neu einzustellen. Das sind 3 600 geplante Neueinstellungen weniger als im Mai 1981 und auch noch 1 400 Stellen weniger als das tatsächliche Angebot am 30. September 1981, das aus der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge errechnet wird, erhöht um die Zahl der am 30. September 1981 beim Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen.

Die Zahl der für 1982 geplanten Neueinstellungen liegt damit nur unwesentlich höher als die der 1982 voraussichtlich beendeten Ausbildungsverhältnisse (38 600). Die Betriebe werden demnach im wesent-

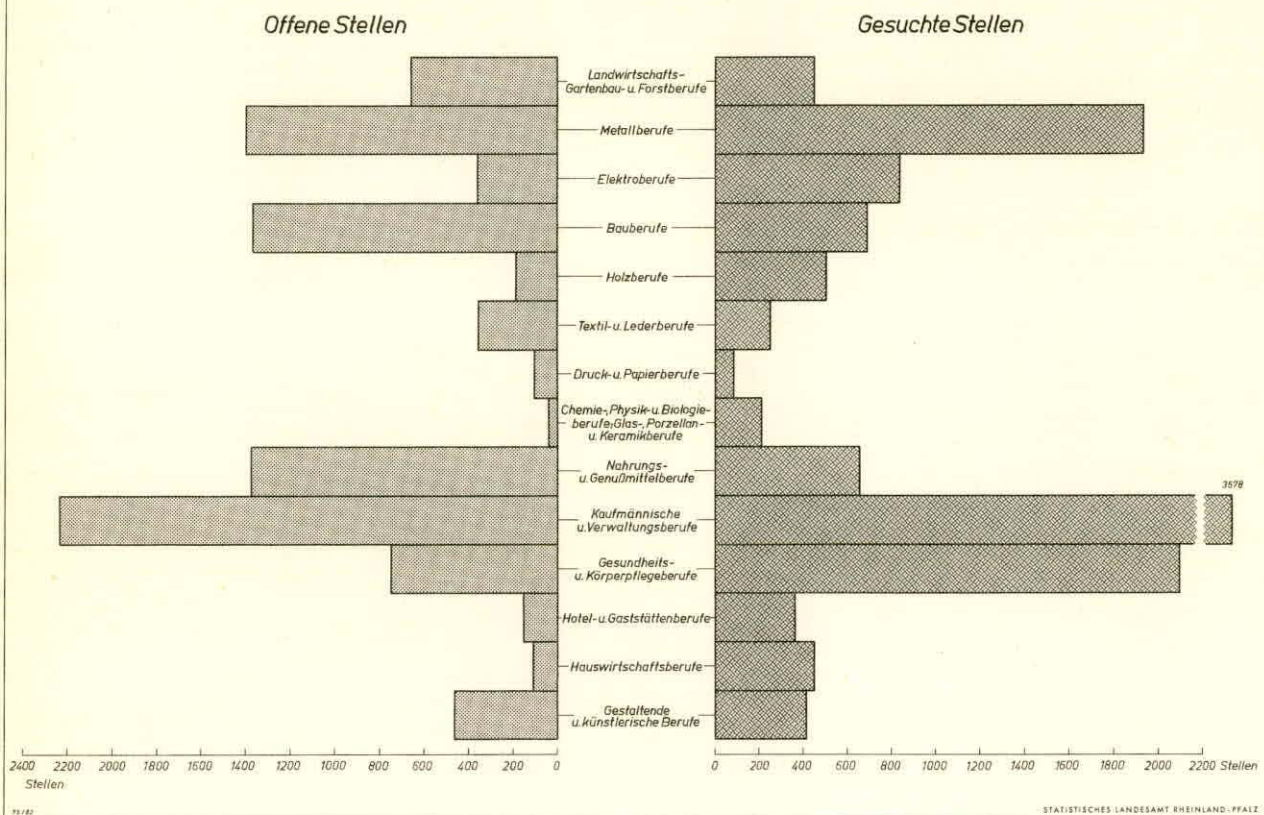
Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Entlaßschüler nach Schularten 1980, 1981 und 1982

Abgänge/Übergänge aus	Jahr	Be- fragte Ent- laß- schüler ins- gesamt	davon										
			streben eine berufliche Ausbildung im dualen System an	davon		haben einen gesicherten Ausbildungs- platz	suchen noch einen Ausbildungs- platz	gehen zur Bundes- wehr 1)/ streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	streben einen Ar- beits- platz, aber keine Aus- bildung an	streben unmittel- bar anschl. eine weitere schul. bzw. Hoch- schul- aus- bildung an	wollen zu Hause bleiben (einschl. mit- helfende Fa- milien- ange- hörige) 2)		
				Anzahl	%							Anzahl	%
Hauptschulen	1980	35 583	21 087	59,3	16 508	78,3	4 579	21,7	1,1	3,0	36,1	0,6	
	1981	33 431	18 871	56,4	14 894	78,9	3 977	21,1	1,2	2,5	39,3	0,5	
	1982	31 823	17 965	56,5	13 083	72,8	4 882	27,2	1,1	1,9	40,0	0,4	
Sonderschulen	1980	2 564	874	34,1	466	53,3	408	46,7	0,1	25,7	37,0	3,0	
	1981	2 597	978	37,7	537	54,9	441	45,1	0,1	20,9	37,5	3,8	
	1982	2 336	841	36,0	408	48,5	433	51,5	-	22,3	38,2	3,5	
Realschulen	1980	11 055	6 914	62,5	5 677	82,1	1 237	17,9	7,5	0,7	29,1	0,2	
	1981	10 548	6 538	62,0	5 485	83,9	1 053	16,1	5,6	0,3	32,0	0,2	
	1982	10 906	7 078	64,9	5 656	79,9	1 422	20,1	4,7	0,3	30,0	0,1	
Gymnasien	Sekundar- bereich I	1980	2 720	1 642	60,4	1 275	77,6	367	22,4	7,0	0,6	31,4	0,6
und Inte- grierte		1981	2 407	1 583	65,8	1 297	81,9	286	18,1	5,3	0,4	28,2	0,3
		1982	2 219	1 574	70,9	1 184	75,2	390	24,8	4,9	0,6	23,0	0,5
Gesamt- schulen	Sekundar- bereich II	1980	8 623	950	11,0	729	76,7	221	23,3	18,9	0,7	56,4	12,9 <sup>2)</sup>
		1981	7 977	924	11,6	698	75,5	226	24,5	16,8	0,7	68,3	2,7 <sup>2)</sup>
		1982	11 120	1 646	14,8	1 097	66,6	549	33,4	23,9	1,1	53,5	6,7 <sup>2)</sup>
Berufsgrundschuljahr <sup>3)</sup>		1980	5 349	3 552	66,4	2 269	63,9	1 283	36,1	3,4	12,5	16,4	1,2
		1981	5 684	3 998	70,3	2 421	60,6	1 577	39,4	2,1	10,7	15,5	1,3
		1982	8 996	5 542	61,6	2 711	48,9	2 831	51,1	1,9	24,3	9,5	2,7
1- u. 2j. Berufsfachschulen (oh. höhere Berufsfachsch.)		1980	10 212	5 665	55,5	3 876	68,4	1 789	31,6	12,3	6,0	25,5	0,8
Fachoberschulen und berufliche Gymnasien		1981	10 056	5 380	53,5	3 733	69,4	1 647	30,6	12,8	5,0	28,0	0,6
		1982	10 741	5 627	52,4	3 550	63,1	2 077	36,9	15,2	5,8	25,9	0,8
Insgesamt		1980	76 106	40 684	53,5	30 800	75,7	9 884	24,3	5,9	4,1	34,4	2,1
		1981	72 700	38 272	52,6	29 065	75,9	9 207	24,1	5,3	3,6	37,6	0,9
		1982	78 141	40 273	51,5	27 689	68,8	12 584	31,2	6,9	5,3	34,5	1,7

1) Einschl. Bundesgrenzschutz/Ersatzdienst. - 2) Einschl. zum Zeitpunkt der Befragung noch unentschlossenen Schulabgängern. - 3) 1982 einschl. Sonderberufsgrundschuljahr, Sonderberufsschulklassen und Fachklassen für Schüler ohne Aus-bildungsvertrag in der Grundstufe der Berufsschule.



## Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Mai 1982



lichen nur ihren Ersatzbedarf an Auszubildenden decken. Nach 1977 hatte die Zahl der geplanten Neueinstellungen regelmäßig über dem Ersatzbedarf gelegen, 1981 beispielsweise noch um 5 000. Allerdings hatten die Betriebe schon seit 1978 von Jahr zu Jahr ihre Ausbildungskapazitäten deutlich ausgeweitet. Damit ist auch die Zahl der Auszubildenden, die inzwischen ihre Ausbildung durchlaufen haben, wesentlich höher als noch vor einigen Jahren. Der Ersatzbedarf liegt damit inzwischen zahlenmäßig auf einem wesentlich höheren Niveau.

### Über 29 000 Ausbildungsverträge fest abgeschlossen

Von den geplanten Neueinstellungen waren im Mai 1982 bereits 29 200 fest zugesagt. Bei der Schulabgängerbefragung wurde ermittelt, daß 27 700 Schüler bereits einen sicheren Ausbildungsplatz hatten. In der Zahl der Schulabgänger mit Ausbildungsvertrag ist nicht die Zahl der Jugendlichen enthalten, die nach einem Ausbildungsplatz suchen, nachdem sie bereits außerhalb des Schulbereichs stehen. Sie enthält auch nicht die Zahl derjenigen, die eine Ausbildung im öffentlichen Dienst anstreben.

Bei geplanten Neueinstellungen von 38 800 und 29 200 im Mai bereits fest zugesagten Ausbildungsplätzen ergibt sich eine Zahl von 9 600 Ausbildungsstellen, die im Mai noch nicht besetzt waren. Diesen 9 600 offenen Stellen stehen laut Schulabgängerbefragung 12 600 Entlassschüler gegenüber, die im Mai 1982 noch eine Lehrstelle suchten. Damit ist in diesem Jahr erstmals wieder ein größeres Defizit an Aus-

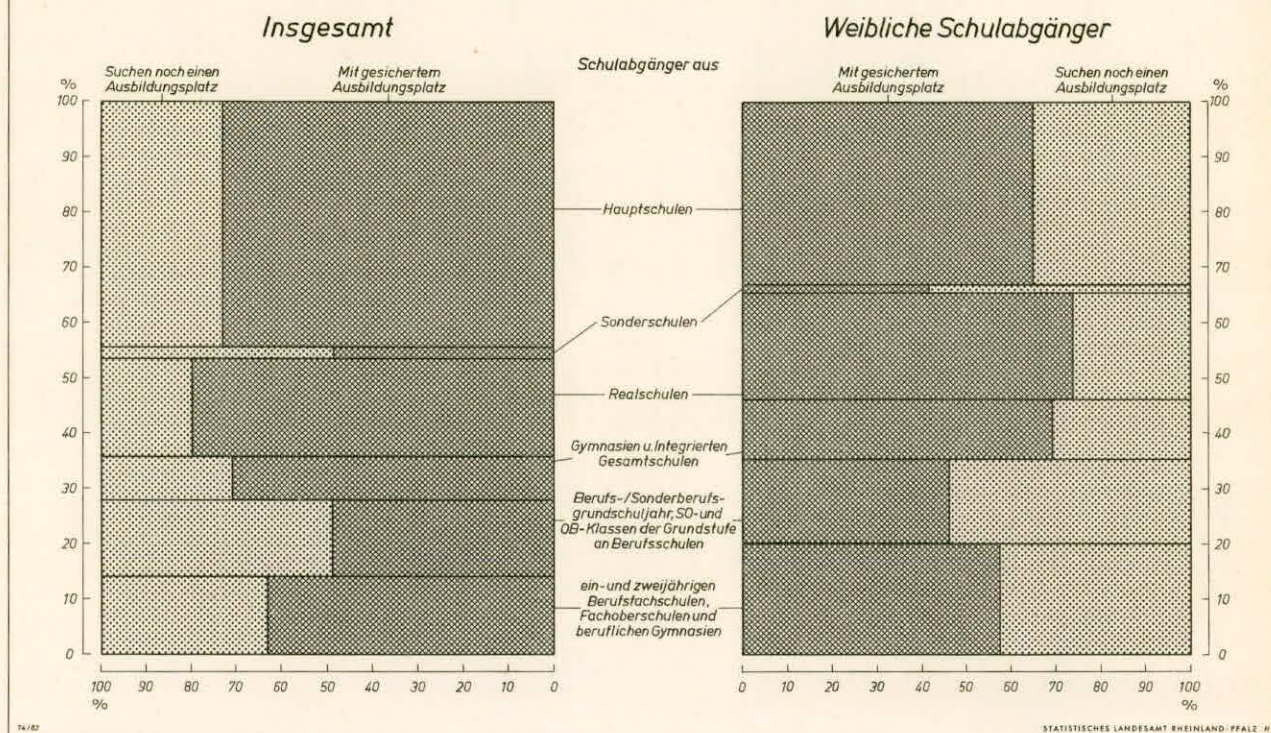
bildungsstellen zu erwarten, nachdem in den Jahren 1980 und 1981 zwischen offenen und gesuchten Stellen in etwa ein zahlenmäßiger Ausgleich erreicht worden war.

Nach der Berufsberatungsstatistik der Arbeitsverwaltung ergab sich im Mai 1982 sogar ein Ausbildungsplatzdefizit von nahezu 7 000, wenn man die Zahl der noch nicht untergebrachten Bewerber (11 306) mit der Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (4 422) vergleicht. Die Berufsberatungsstatistik der Arbeitsverwaltung ist jedoch mit der Betriebs- und Schülerbefragung der Landesregierung nicht ohne weiteres vergleichbar, weil

- die Berufsberatungsstatistik den Lehrstellenmarkt nur insoweit erfaßt, wie die Vermittlungsdienste der Arbeitsämter in Anspruch genommen werden,
- der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter bisher auf der Angebotsseite niedriger als auf der Nachfrageseite war, was die Angebots-Nachfrage-Relation im negativen Sinne verzerrt,
- die Schülerbefragung die Altbewerber aus früheren Schulentlaßjahrgängen nicht erfaßt,
- aufgrund der unsicheren Konjunkturlage zu vermuten ist, daß ein Teil der Ausbildungsbetriebe zögert, ihre Ausbildungsplätze den Arbeitsämtern zu melden,
- das abschließende Ergebnis der Berufsberatungsstatistik erst im September vorliegt und bis dahin noch erhebliche Veränderungen erfahren kann.



## Versorgung der Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen im Mai 1982



Die prozentuale Veränderung von Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage stimmt in beiden Erhebungen weitgehend überein. Nach der Berufsberatungstatistik hat sich die Gesamtzahl der in der Zeit von September 1981 bis Mai 1982 bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 11,3% verringert, während nach den Betriebsbefragungen der Landesregierung die Zahl der geplanten Neueinstellungen im Mai 1982 (38 800) um 8,4% unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis lag. Die Gesamtnachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen weist dagegen in der gleichen Zeit sowohl nach der Berufsberatungstatistik (+ 7,2%) als auch nach der Schülerbefragung (+ 5,2%) eine steigende Tendenz auf.

Beim Vergleich der Daten von 1982 mit den Vorjahreszahlen darf allerdings nicht übersehen werden, daß in diesem Jahr bei der Schulabgängerbefragung der Berichtskreis erweitert wurde. An den Berufsschulen wurden nicht nur wie bisher die Schüler des Berufsgrundschuljahrs erfragt, sondern auch Schüler im Sonderberufsgrundschuljahr, in Sonderberufsschulklassen (nur Grundstufe) und in Fachklassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag (nur Grundstufe). Damit wurde eine Personengruppe in die Erhebung einbezogen, deren Chancen am Lehrstellenmarkt mit am schlechtesten sind.

Die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung zeigen ebenfalls eindeutig, daß sich die Situation für die Entlaßschüler generell verschlechtert hat. So hatten im Mai 1982 von 18 000 Hauptschulabgängern, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, 73% einen gesicherten Ausbildungsplatz. Im Vorjahr waren zum

gleichen Zeitpunkt 79% von 18 900 Hauptschulabgängern mit einer Lehrstelle versorgt. Auch bei den Abgängern aus anderen Schularten sind die Werte nicht günstiger. Von 7 100 Realschulabgängern, die eine Lehrstelle suchten, hatten im Mai 80% (im Vorjahr 84% von 6 500) eine feste Zusage, von den Schulabgängern aus dem Sekundarbereich I der Gymnasien waren es 75% von 1 570 (Vorjahr 82% von 1 580). Von allen befragten Schulabgängern, die einen Ausbildungsplatz anstrebten (40 300), hatten in diesem Jahr im Mai 69% eine feste Zusage. Ein Jahr zuvor waren es 76% von 38 300 Schülern gewesen.

### Schulabgängerzahlen immer noch ansteigend

Entgegen der tatsächlichen Entwicklung war allerdings erwartet worden, daß ab 1982 die Zahl der Schulabgänger zurückgeht und sich dadurch die Situation am Lehrstellenmarkt entspannt. Die erwartete Entwicklung trat jedoch nur im Sekundarbereich I der allgemeinbildenden Schulen weitgehend ein. Die Zahl der Schulabgänger aus dem Sekundarbereich II der Gymnasien wie auch aus den berufsbildenden Schulen nimmt noch zu und vor allem auch die Zahl und der Anteil der Schulabgänger aus diesen Schulen, die noch eine Ausbildung im dualen System absolvieren wollen.

Das ist zum einen eine Folge der geburtenstarken Jahrgänge. Zum anderen liegt dies auch an dem verstärkten Zulauf zu den Vollzeitschulen der beruflichen Bildung, der Ende der 70er Jahre einsetzte, als sich die Situation am Lehrstellenmarkt zunehmend verschlechterte. Diese Jugendlichen, die bei einer günstigeren Situation am Markt für Ausbildungsplätze be-



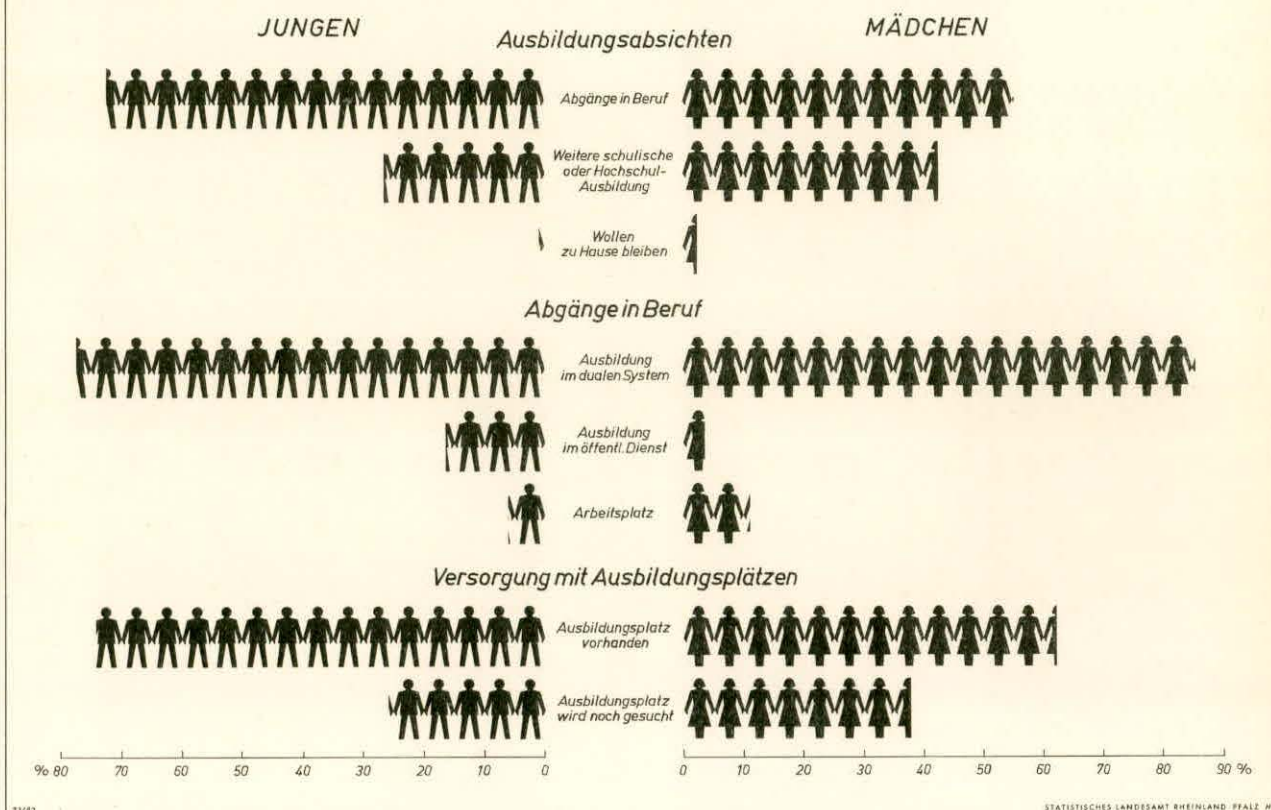
## Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Entlaßschüler in den Verwaltungsbezirken im Mai 1982

Verwaltungsbezirk	Be- fragte Ent- laß- schüler ins- gesamt	davon									
		davon					gehen zur Bundes- wehr 1)/ streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	streben einen Ar- beits- platz, aber keine Aus- bildung an	streben unmittel- bar anschl. eine weitere schul. bzw. Hoch- schul- aus- bildung an	wollen zu Hause bleiben (einschl. mit- helfende Fa- milien- ange- hörige) 2)	
		streben eine berufliche Ausbildung im dualen System an		haben einen gesicherten Ausbildungs- platz		suchen noch einen Ausbildungs- platz					
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl					%
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 139	1 362	43,4	860	63,1	502	36,9	11,5	8,3	35,0	1,8
Landkreise											
Ahrweiler	2 026	1 048	51,7	796	76,0	252	24,0	8,3	3,0	35,9	1,0
Altenkirchen (Ww.)	2 791	1 523	54,6	988	64,9	535	35,1	8,0	7,1	29,7	0,7
Bad Kreuznach	3 153	1 579	50,1	1 050	66,5	529	33,5	7,7	4,9	35,9	1,4
Birkenfeld	1 891	998	52,8	599	60,0	399	40,0	7,6	5,4	33,1	1,1
Cochem-Zell	1 266	730	57,7	570	78,1	160	21,9	5,7	1,8	34,2	0,6
Mayen-Koblenz	3 307	1 829	55,3	1 307	71,5	522	24,5	7,1	2,8	34,3	0,5
Neuwied	3 498	1 731	49,5	1 230	71,1	501	28,9	6,9	5,9	37,1	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 112	1 108	52,5	788	71,1	320	28,9	5,5	2,7	33,7	5,6
Rhein-Lahn-Kreis	2 293	1 190	51,9	920	77,3	270	22,7	10,2	2,4	31,8	3,7
Westerwaldkreis	3 379	1 879	55,6	1 266	67,4	613	32,6	5,1	5,4	33,1	0,8
RB Koblenz	28 855	14 977	51,9	10 374	69,3	4 603	30,7	7,7	4,8	34,1	1,5
Kreisfreie Stadt Trier	3 120	1 675	53,7	907	54,1	768	45,9	9,4	4,9	30,9	1,1
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	2 486	1 320	53,1	837	63,4	483	36,6	6,9	2,7	36,2	1,1
Bitburg-Prüm	2 417	1 328	54,9	824	62,0	504	38,0	7,3	2,4	34,5	0,8
Daun	1 108	428	38,6	323	75,5	105	24,5	7,7	0,5	52,1	1,2
Trier-Saarburg	1 987	1 207	60,7	776	64,3	431	35,7	3,4	1,2	33,9	0,9
RB Trier	11 118	5 958	53,6	3 667	61,5	2 291	38,5	7,1	2,8	35,5	1,0
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	1 431	683	47,7	472	69,1	211	30,9	4,9	8,7	38,4	0,3
Kaiserslautern	2 705	1 170	43,3	698	59,7	472	40,3	10,5	5,5	38,0	2,7
Landau i.d.Pfalz	1 079	574	53,2	357	62,2	217	37,8	7,8	3,8	31,9	3,3
Ludwigshafen a.Rhein	3 624	1 823	50,3	1 236	67,8	587	32,2	6,8	7,9	31,8	3,1
Mainz	4 263	1 899	44,5	1 419	74,7	480	25,3	9,9	6,3	35,8	3,5
Neustadt a.d.Weinstr.	1 573	787	50,0	519	65,9	268	34,1	8,8	5,1	30,5	5,6
Pirmasens	1 416	591	41,7	395	66,8	196	33,2	8,9	16,2	32,5	0,6
Speyer	1 336	584	43,7	400	68,5	184	31,5	4,7	6,2	43,7	1,6
Worms	2 029	979	48,3	659	67,3	320	32,7	7,8	10,3	31,5	2,1
Zweibrücken	1 238	554	44,7	327	59,0	227	41,0	6,8	5,4	41,4	1,6
Landkreise											
Alzey-Worms	1 663	941	56,6	699	74,3	242	25,7	6,1	2,0	34,5	0,8
Bad Dürkheim	1 683	1 001	59,5	800	79,9	201	20,1	4,1	3,5	32,7	0,2
Donnersbergkreis	1 521	863	56,7	645	74,7	218	25,3	4,9	4,5	33,4	0,5
Germersheim	2 235	1 146	51,3	833	72,7	313	27,3	2,5	7,3	38,1	0,9
Kaiserslautern	1 346	759	56,4	535	70,5	224	29,5	3,0	3,9	36,2	0,5
Kusel	1 531	934	61,0	539	57,7	395	42,3	5,8	4,6	27,9	0,7
Südliche Weinstraße	1 887	1 090	57,8	810	74,3	280	25,7	2,7	3,7	32,7	3,1
Ludwigshafen	1 008	648	64,3	534	82,4	114	17,6	0,9	1,7	32,7	0,4
Mainz-Bingen	2 861	1 492	52,1	1 204	80,7	288	19,3	7,4	1,7	35,7	3,1
Pirmasens	1 739	820	47,2	567	69,1	253	30,9	3,4	16,6	32,0	0,9
RB Rheinhessen-Pfalz	38 168	19 338	50,7	13 648	70,6	5 690	29,4	6,4	6,3	34,6	2,0
Rheinland-Pfalz	78 141	40 273	51,5	27 689	68,8	12 584	31,2	6,9	5,3	34,5	1,7
Kreisfreie Städte	26 953	12 681	47,0	8 249	65,1	4 432	34,9	8,7	7,3	34,6	2,4
Landkreise	51 188	27 592	53,9	19 440	70,5	8 152	29,5	6,1	4,2	34,5	1,3

1) Einschl. Bundesgrenzschutz/Ersatzdienst. - 2) Einschl. zum Zeitpunkt der Befragung noch unentschlossenen Schulabgängern.



## Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Schulabgänger im Mai 1982



reits vor einigen Jahren eine Berufsausbildung absolviert hätten, drängen jetzt - mit einer besseren schulischen Qualifikation - mit zeitlicher Verzögerung auf den Lehrstellenmarkt.

So waren in die diesjährige Schulabgängerbefragung 78 100 Schüler (1981: 72 700) einbezogen. Von diesen Schülern wollten 64% (62%) in einen Beruf und 35% (38%) strebten eine weitere schulische oder eine Hochschulausbildung an. Wie schon in den vergangenen Jahren gaben nur wenige Entlassschüler (1 300, Vorjahr 600) an, zu Hause bleiben zu wollen.

Vier Fünftel der Schulabgänger, die in einen Beruf gehen wollten, strebten eine Ausbildung im dualen System, also eine Lehre, an. Jeder zwölfte Schulabgänger suchte direkt einen Arbeitsplatz und keinen Ausbildungsplatz, jeder 14. wollte zur Bundeswehr, zum Bundesgrenzschutz oder in den Ersatzdienst. Knapp 4% der Entlassschüler hatten eine Ausbildung im öffentlichen Dienst vor.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich einige Verschiebungen ergeben. Die Zahl und der Anteil derer, die einen Arbeitsplatz und keinen Ausbildungsplatz suchen, ist stark angestiegen. Dies ist jedoch fast ausschließlich auf den veränderten Berichtskreis zurückzuführen, da diese Zunahme überwiegend nur für die Entlassschüler aus dem Berufsgrundschuljahr zutrifft, zu denen 1982 erstmals auch Schüler aus dem Sonderberufsgrundschuljahr, aus Sonderberufsschulklassen und Fachklassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag als zusätzlich Befragte hinzukommen.

Unabhängig vom geänderten Berichtskreis ist dagegen die Tatsache, daß mehr Schüler als in früheren Jahren die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz oder den Ersatzdienst als nächstes Ziel angaben.

### Situation der Sonderschulabgänger am ungünstigsten

Neben den Absichten der voraussichtlichen Entlassschüler soll die Schulabgängerbefragung in erster Linie ermitteln, wie viele derjenigen, die eine Ausbildung im dualen System anstreben, zum Zeitpunkt der Befragung bereits einen Ausbildungsvertrag haben. Dies waren im Mai 1982 rund 27 700 und damit 69% der Schüler, die eine Lehrstelle suchten. Dabei ist die Situation der Schulabgänger je nach besuchter Schulart sehr unterschiedlich. Am günstigsten stellt sich die Situation für Schüler aus Realschulen dar. Von den 7 100 Realschulabsolventen, die eine Lehrstelle suchten, hatten im Mai bereits vier Fünftel eine feste Zusage, aber auch Schulabgänger aus dem Sekundarbereich I der Gymnasien (75% mit fester Zusage) und aus Hauptschulen (73%) hatten noch relativ gute Chancen, eine Lehrstelle zu finden. Wesentlich schlechter war die Situation der Absolventen berufsbildender Schulen (56%). Die meisten Schwierigkeiten hatten offensichtlich die 840 Schulabgänger aus Sonderschulen, die eine Lehrstelle suchten. Von ihnen hatte im Mai weniger als die Hälfte (48,5%) einen Ausbildungsplatz gefunden.

Nach wie vor haben Mädchen größere Probleme, eine feste Zusage für einen Ausbildungsplatz zu erhalten als Jungen. So hatten drei von vier Jungen, die



eine Ausbildung im dualen System anstrebten, im Mai bereits einen Ausbildungsplatz gefunden, bei den Mädchen waren es nur drei von fünf. Von den männlichen Realschulabsolventen mit dem Ziel einer Lehre hatten bereits 86% einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, bei ihren Klassenkameradinnen betrug der entsprechende Prozentsatz nur 74%. Bei den Hauptschulabgängern waren es immerhin noch 77% der Jungen und 65% der Mädchen, während die entsprechende Relation bei den Sonderschulabgängern bei 51% (Jungen) bzw. 41% (Mädchen) lag.

Der Schwierigkeit, einen Ausbildungsplatz zu finden, weichen die Schulabgänger aus den Problemgruppen aus. So suchte in diesem Jahr jedes neunte Mädchen, das in einen Beruf abgehen wollte, einen Arbeits- aber keinen Ausbildungsplatz (im Vorjahr jedes 13. Mädchen). Bei den Jungen war es nur jeder 16. Auch strebten 43% aller befragten Mädchen im Mai eine weitere schulische Ausbildung an, von den Jungen waren es 27%. Schulabgänger aus Sonderschulen streben ebenfalls in überdurchschnittlich hohem Umfang einen Arbeitsplatz an. 38% der Sonderschulabgänger, die in einen Beruf gehen wollen, beabsichtigen, als Ungelernte ohne Ausbildung zu arbeiten (alle Schulabgänger 8%).

### Regionale Unterschiede

Die Chance, einen Ausbildungsplatz zu finden, hängt nicht nur von der besuchten Schulart und dem Geschlecht ab. Auch regional gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeiten der Schulabgänger mit dem Ausbildungsziel Lehrabschluß. So hatten von den Schulabgängern, die eine Ausbildung

im dualen System anstrebten, in der kreisfreien Stadt Trier im Mai erst 54% eine feste Zusage, im Landkreis Kusel waren es 58% und in den kreisfreien Städten Zweibrücken und Kaiserslautern 59% bzw. 60%. Wesentlich besser war die Situation im Kreis Ludwigshafen, wo 82% der Ausbildungsplatzsuchenden im Mai bereits einen Lehrherren gefunden hatten, aber auch in den Landkreisen Mainz-Bingen (81%) und Bad Dürkheim (80%).

Wie schon in den Vorjahren zeigen die Ergebnisse von Betriebs- und Schulabgängerbefragung ein Mißverhältnis zwischen den Wünschen der Ausbildungsplatzsuchenden und den Bedürfnissen der Ausbildungsstätten. So übersteigt beispielsweise bei den Bauberufen die Zahl der offenen Stellen die der Stellensuchenden um das Doppelte. Auch bei Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufen sowie bei Textil- und Lederberufen ist das Angebot höher als die Nachfrage. Dagegen ist die Nachfrage nach Gesundheits- und Körperpflegeberufen fast dreimal so hoch wie das Angebot. Auch bei Metallberufen, bei kaufmännischen und Verwaltungsberufen sowie bei Elektroberufen übersteigt die Nachfrage nach Ausbildungsstellen bei weitem das Angebot.

Das globale Ausbildungsplatzdefizit wird durch die Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Interessen beziehungsweise Bedürfnissen von Auszubildenden und Ausbildenden noch verschärft. Von den noch nicht untergebrachten Lehrstellenbewerbern muß deshalb erwartet werden, daß sie ihre Berufswünsche teilweise in weniger gefragte Berufe umorientieren, wenn sie noch einen Ausbildungsplatz finden wollen.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

## Die fremdenverkehrswirtschaftliche Bedeutung der Privatzimmervermieter und kleinen Beherbergungsbetriebe im Jahresverlauf

Mit dem gegen die Interessen der Länder verabschiedeten Bundesgesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungstatistikgesetz - BeherbStatG) vom 14. Juli 1980 (BGBl. I Seite 953) waren erhebliche Informationseinbußen über die fremdenverkehrswirtschaftliche Entwicklung in den Bundesländern und dort wiederum in bestimmten Teilräumen verbunden<sup>1)</sup>. Diese Informationseinbußen ergeben sich daraus, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1981 in der bundeseinheitlichen Beherbergungstatistik Privatzimmervermieter sowie Beherbergungsbetriebe mit bis zu acht Betten (kleine Beherbergungsbetriebe) nicht mehr enthalten sind. Durch die Novellierung des Beherbergungstatistikgesetzes werden bundesweit rund ein Viertel der Fremdenübernachtungen, in einzelnen Fremdenverkehrsgebieten bis zu 40%, nicht mehr erfaßt, obwohl eine solche Erfassung nur mit minima-

len Zusatzkosten und einer zu vernachlässigenden zusätzlichen Belastung für die Berichtspflichtigen verbunden ist<sup>2)</sup>. In Rheinland-Pfalz werden aufgrund landesrechtlicher Regelungen<sup>3)</sup> auch nach dem 1. Januar 1981 die Privatzimmervermieter und Kleinbetriebe des Beherbergungsgewerbes in dem bis Ende 1980 geltenden Umfang statistisch beobachtet, ein Verfahren, dem sich auch andere Länder, wie Initiativen im Bundesrat zeigen, anschließen wollen. Die Untersuchung basiert auf den Gäste- und Übernachtungszahlen in Rheinland-Pfalz im Kalenderjahr 1981.

### Im Sommer mehr als ein Fünftel der Gästeübernachtungen in Privatzimmern

In den Monaten Juli bis Oktober 1981 sind landesweit jeweils mehr als ein Fünftel der Fremdenübernachtungen in Privatzimmern und kleinen Beherbergungsbetrieben erfolgt. Bei insgesamt 9,4 Mill. Fremdenübernachtungen in diesen vier Monaten in Rheinland-Pfalz entfielen auf Privatzimmervermieter und kleine Beherbergungsbetriebe über 1,9 Mill. Übernachtungen. Die Bedeutung der Privatzimmer für das

<sup>1)</sup> Vgl. J. Adams/K.-H. Speth: Bedeutung der erweiterten Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 34, Heft 3, März 1981, S. 47 ff.

<sup>2)</sup> aaO. S. 52.

<sup>3)</sup> Landesgesetz über Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz vom 19. März 1951, GVBl. S. 56, geändert durch Landesgesetz vom 20. November 1969, GVBl. S. 179.



Gäste und Auslandsgäste sowie deren Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben

Monat Jahr	Insgesamt					Privatquartiere				
	Rhein- land- Pfalz	Eifel/ Ahr	Mosel/ Saar	Hunsrück/ Nahe/ Glan	Pfalz	Rhein- land- Pfalz	Eifel/ Ahr	Mosel/ Saar	Hunsrück/ Nahe/ Glan	Pfalz
	Anzahl									
Gäste										
Januar	176 335	28 554	18 893	17 133	42 357	8 315	2 619	1 804	871	1 522
Februar	191 820	33 776	20 246	18 276	44 209	9 330	2 951	1 694	783	1 907
März	257 465	40 512	34 802	26 762	62 655	14 039	3 704	4 340	932	2 529
April	422 599	74 628	86 949	36 537	78 648	38 244	8 213	16 067	2 806	5 760
Mai	571 294	91 019	126 610	44 663	105 215	59 311	9 702	30 006	3 552	7 382
Juni	522 426	88 834	126 180	46 156	90 612	63 031	10 966	32 958	4 226	7 287
Juli	552 317	99 344	149 917	41 362	86 999	82 641	16 357	43 629	3 752	8 771
August	588 175	102 507	152 601	47 042	98 278	81 225	15 445	41 064	3 726	8 845
September	654 190	101 245	176 729	49 380	114 071	102 648	14 097	55 172	4 576	13 949
Oktober	614 117	105 070	141 076	48 871	121 389	81 708	13 188	42 806	3 448	12 877
November	250 823	36 767	39 205	24 434	62 728	20 709	3 559	9 371	1 079	4 046
Dezember	199 321	38 869	22 786	19 888	48 434	16 525	4 708	3 987	958	4 830
1981	5 000 882	841 125	1 095 994	420 504	955 695	577 726	105 509	282 898	31 709	79 705
Übernachtungen										
Januar	627 964	133 550	66 593	95 074	132 921	51 013	16 331	7 169	4 383	14 317
Februar	656 889	136 063	75 103	94 602	136 800	53 482	17 796	7 737	3 589	14 473
März	923 361	184 936	127 322	134 011	192 136	73 988	21 331	13 309	6 437	19 845
April	1 477 766	325 398	269 367	186 498	261 484	187 787	48 034	57 758	14 593	40 414
Mai	1 896 542	380 236	392 444	226 892	325 266	284 775	61 866	106 741	24 713	49 546
Juni	2 052 119	431 834	429 174	285 519	328 830	333 235	70 942	119 153	33 420	59 115
Juli	2 412 244	562 622	578 795	292 088	363 742	485 359	113 835	200 491	35 604	72 208
August	2 570 623	604 950	599 582	317 436	393 755	515 230	125 196	199 198	42 792	78 495
September	2 405 610	456 063	608 446	267 889	407 048	507 108	85 257	221 776	36 237	93 376
Oktober	2 007 755	406 519	469 013	222 351	377 792	407 478	87 908	172 394	22 535	83 748
November	806 431	138 127	123 961	117 761	178 126	79 278	14 024	24 775	6 820	23 370
Dezember	743 925	185 336	86 499	113 241	145 419	83 782	27 665	12 803	5 548	27 909
1981	18 581 229	3 945 634	3 826 299	2 353 362	3 243 319	3 062 515	690 185	1 143 304	236 671	576 816
Auslandsgäste										
Januar	19 137	2 886	1 161	1 431	5 606	657	347	101	63	95
Februar	24 017	4 082	1 766	1 756	5 942	747	285	147	55	164
März	27 555	4 392	2 788	2 522	6 421	1 026	478	250	34	133
April	71 528	9 457	14 682	3 708	8 097	5 695	1 535	3 103	175	209
Mai	104 221	15 248	25 080	4 861	14 577	10 529	1 697	6 780	388	367
Juni	105 262	14 477	28 746	5 716	13 234	11 159	2 074	7 829	209	279
Juli	142 268	21 705	45 600	8 709	17 271	23 742	4 169	16 762	548	627
August	147 840	23 684	44 202	8 166	20 420	19 465	4 057	13 012	536	513
September	110 851	12 467	33 833	4 709	17 266	15 483	1 868	11 822	229	464
Oktober	72 842	12 967	14 207	4 369	12 756	5 715	2 120	2 407	197	289
November	22 914	2 565	2 676	1 943	6 627	964	190	458	30	193
Dezember	23 757	4 456	2 240	2 014	6 033	1 388	787	285	53	193
1981	852 192	128 366	216 981	49 904	134 250	96 570	19 607	62 956	2 517	3 526
Übernachtungen von Auslandsgästen										
Januar	48 393	10 166	2 618	5 796	15 919	4 940	2 490	810	606	832
Februar	56 913	10 179	3 107	5 334	17 763	3 410	1 428	477	323	850
März	73 853	15 881	5 205	8 985	20 236	4 681	2 142	793	163	1 114
April	184 339	33 370	38 035	11 049	21 600	21 637	6 504	9 941	710	1 808
Mai	279 882	63 038	75 018	15 628	33 010	39 829	10 799	21 410	1 361	2 069
Juni	323 224	74 037	96 946	30 096	34 100	49 079	13 348	29 162	1 389	2 411
Juli	507 657	123 487	166 160	55 885	47 830	112 400	28 925	69 628	3 384	4 079
August	522 014	132 014	179 779	48 300	51 722	102 179	29 363	59 381	3 632	4 351
September	327 204	60 037	117 627	19 982	39 545	69 278	11 249	49 196	1 504	3 299
Oktober	207 802	56 470	42 769	18 440	29 040	35 590	19 707	9 742	1 126	2 466
November	60 388	7 507	5 622	5 569	20 612	4 333	933	1 457	210	1 221
Dezember	74 313	22 372	7 241	9 556	15 116	7 916	4 898	948	297	1 417
1981	2 665 982	608 558	740 127	234 620	346 493	455 272	131 786	252 945	14 705	25 917



und Kleinbetriebe					Monat Jahr
Rhein- land- Pfalz	Eifel/ Ahr	Mosel/ Saar	Hunsrück/ Nahe/ Glan	Pfalz	
Anteil an allen Gästen und Übernachtungen in %					
4,7	9,2	9,5	5,1	3,6	Januar
4,9	8,7	8,4	4,3	4,3	Februar
5,5	9,1	12,5	3,5	4,0	März
9,1	11,0	18,5	7,7	7,3	April
10,4	10,7	23,7	8,0	7,0	Mai
12,1	12,3	26,1	9,2	8,0	Juni
15,0	16,5	29,1	9,1	10,1	Juli
13,8	15,1	26,9	7,9	9,0	August
15,7	13,8	31,2	9,3	12,2	September
13,3	12,6	30,3	7,1	10,6	Oktober
8,3	9,7	23,9	4,4	6,5	November
8,3	12,1	17,5	4,8	10,0	Dezember
11,6	12,5	25,8	7,5	8,3	1981
8,1	12,2	10,8	4,6	10,8	Januar
8,1	13,1	10,3	3,8	10,6	Februar
8,0	11,5	10,5	4,8	10,3	März
12,7	14,8	21,4	7,8	15,5	April
15,0	16,3	27,2	10,9	15,2	Mai
16,2	16,4	27,8	11,7	18,0	Juni
20,1	20,2	34,6	12,2	19,9	Juli
20,0	20,7	33,2	13,5	19,9	August
21,1	18,7	36,5	13,5	22,9	September
20,3	21,6	36,8	10,1	22,2	Oktober
9,8	10,2	20,0	5,8	13,1	November
11,3	14,9	14,8	4,9	19,2	Dezember
16,5	17,5	29,9	10,1	17,8	1981
3,4	12,1	8,7	4,4	1,7	Januar
3,1	7,0	8,3	3,1	2,8	Februar
3,7	10,9	9,0	1,4	2,1	März
8,0	16,2	21,1	4,7	2,6	April
10,1	11,1	27,0	8,0	2,5	Mai
10,6	14,3	27,2	3,7	2,1	Juni
16,7	19,2	36,8	6,3	3,6	Juli
13,2	17,1	29,4	6,6	2,5	August
14,0	15,0	34,9	4,9	2,7	September
7,9	16,4	16,9	4,5	2,3	Oktober
4,2	7,4	17,1	1,5	2,9	November
5,8	17,7	12,7	2,6	3,2	Dezember
11,3	15,3	29,0	5,0	2,6	1981
10,2	24,5	30,9	10,5	5,2	Januar
6,0	14,0	15,4	6,1	4,8	Februar
6,3	13,5	15,2	1,8	5,5	März
11,7	19,5	26,1	6,4	8,4	April
14,2	17,1	28,5	8,7	6,3	Mai
15,2	18,0	30,1	4,6	7,1	Juni
22,1	23,4	41,9	6,1	8,5	Juli
19,6	22,2	33,0	7,5	8,4	August
21,2	18,7	41,8	7,5	8,3	September
17,1	34,9	22,8	6,1	8,5	Oktober
7,2	12,4	25,9	3,8	5,9	November
10,7	21,9	13,1	3,1	9,4	Dezember
17,1	21,7	34,2	6,3	7,5	1981

Fremdenverkehrsgeschehen variiert deutlich mit dem Jahresverlauf und zeigt darüber hinaus auch Unterschiede in den verschiedenen Fremdenverkehrsgebieten.

Die größte Bedeutung haben die Privatzimmervermieter im Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar. Im gesamten Jahr 1981 entfielen von den rund 3,1 Mill. Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben des Beherbergungsgewerbes über 1,1 Mill. auf das Gebiet Mosel/Saar. Innerhalb des Gebietes Mosel/Saar wiederum sind im gesamten Jahr 1981 rund 30% der Gästeübernachtungen in Privatquartieren erfolgt. In den Monaten Juli bis Oktober - letzterer mit einem Spitzenanteils wert von 36,8% - werden in besonders hohem Maße Privatquartiere in Anspruch genommen.

Die in der Tendenz gleichen Aussagen lassen sich auch für die Zahl der angekommenen Gäste machen. Die Prozentzahlen sind in ihrem Niveau insgesamt etwas niedriger als bei den Übernachtungszahlen. Dies hat seine Ursache darin, daß die durchschnittliche Verweildauer in Privatquartieren in Rheinland-Pfalz deutlich über der durchschnittlichen Verweildauer für alle Gäste liegt. Im Jahre 1981 haben die Übernachtungsgäste durchschnittlich 3,7 Tage in ihrem Übernachtungsquartier verbracht. Die Gäste in Privatzimmern - dazu gehören neben den eigentlichen Privatquartieren die Gäste der Aktion „Urlaub auf dem Bauernhof“ und auch die Gäste von Beherbergungsbetrieben mit weniger als acht Betten - verblieben im Durchschnitt des Jahres 1981 5,3 Tage. Vergleicht man innerhalb der Fremdenverkehrsgebiete die durchschnittlichen Übernachtungszahlen bei Fremdenverkehrsgästen insgesamt und in Privatquartieren untergebrachten Fremdenverkehrsgästen, so zeigt sich, daß in jedem Fremdenverkehrsgebiet die Erholungsgäste in Privatquartieren im Durchschnitt länger bleiben als das für die Fremdenverkehrsgäste insgesamt gilt. So ergab sich beispielsweise im Fremdenverkehrsgebiet Hunsrück/Nahe/Glan eine durchschnittliche Verweildauer von 7,5 Tagen bei Gästen in Privatquartieren gegenüber 5,6 Tagen bei Gästen insgesamt. In der Pfalz übernachteten Privatgäste durchschnittlich 7,2 Tage, Gäste insgesamt 3,4 Tage.

Geht man von einer Gesamtbetrachtungsweise aus, so würden bei Eliminierung der Privatgäste (einschließlich solcher in Kleinbetrieben mit weniger als acht Betten) in Rheinland-Pfalz nur 83,5% der Gästeübernachtungen erfaßt, im Gebiet Mosel/Saar sogar nur 70%. In den Sommermonaten würde sich der Erfassungsgrad im Gebiet Mosel/Saar, dem wichtigsten Fremdenverkehrsgebiet des Landes, bis auf 60% des derzeitigen Erfassungsgrades reduzieren. Anstelle der in den Monaten Juli bis Oktober im Gebiet Mosel/Saar registrierten 2,3 Mill. Übernachtungen wären es ohne die Privatgäste (einschließlich solcher in gewerblichen Betrieben mit weniger als acht Betten) nur noch 1,5 Mill. Übernachtungen.

**Privatzimmer in Neustadt und im Landkreis Pirmasens von besonderer Bedeutung**

In der kreisfreien Stadt Neustadt hat der Anteil der Gästeübernachtungen in Privatquartieren (ein-



Gäste und Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben in ausgewählten kreisfreien Städten und Landkreisen 1981

Monat Jahr	Rhein- land- Pfalz	LK Cochem-Zell	Regierungsbezirk Trier					Kfr St Neustadt a.d. Weinstr.	LK Südliche Weinstraße	LK Pirmasens
			zu- sammen	LK	LK	LK	LK			
				Bernkastel- Wittlich	Bitburg- Prüm	Daun	Trier- Saarburg			
Anteil an allen Gästen und Übernachtungen in %										
Gäste										
Januar	4,7	11,4	9,5	12,5	11,1	13,7	13,1	13,5	5,0	15,6
Februar	4,9	13,6	9,2	10,5	6,4	16,8	12,0	13,5	5,9	17,3
März	5,5	22,9	10,2	20,7	6,4	14,3	10,7	12,0	7,8	12,4
April	9,1	22,9	14,6	22,8	11,0	20,2	14,2	8,1	14,1	19,0
Mai	10,4	32,0	15,3	23,8	10,5	17,3	18,6	6,2	14,3	18,5
Juni	12,1	32,4	17,6	25,4	13,0	18,1	25,6	5,7	16,3	19,3
Juli	15,0	41,3	19,6	28,6	16,3	24,2	22,1	18,3	16,1	30,5
August	13,8	38,0	19,3	30,2	15,9	21,3	17,9	7,1	17,5	23,5
September	15,7	37,3	21,5	36,5	12,6	16,0	21,0	11,7	29,5	31,5
Oktober	13,3	25,8	22,9	38,6	16,9	13,1	17,8	19,5	22,6	28,3
November	8,3	17,5	15,4	29,9	11,3	15,6	17,7	12,8	15,1	22,0
Dezember	8,3	21,0	13,1	20,5	15,8	15,5	10,8	11,8	34,3	36,6
1981	11,6	32,8	17,7	29,5	13,2	17,8	18,6	11,7	18,2	23,9
Übernachtungen										
Januar	8,1	16,3	12,2	6,9	14,0	18,1	20,0	57,4	6,0	29,9
Februar	8,1	8,5	15,7	7,8	16,3	26,5	21,0	57,4	7,2	26,1
März	8,0	13,2	14,0	13,3	9,8	22,9	15,3	56,7	10,6	19,8
April	12,7	20,4	19,8	23,0	20,0	22,5	19,4	44,5	16,7	32,4
Mai	15,0	31,2	22,2	27,2	21,7	24,8	20,8	37,9	17,9	32,4
Juni	16,2	30,7	21,4	26,4	19,7	22,2	21,6	33,2	20,7	36,6
Juli	20,1	42,1	24,6	34,1	20,8	25,4	18,1	39,8	19,6	40,3
August	20,0	41,5	23,8	31,6	20,3	25,0	18,8	39,2	21,5	39,7
September	21,1	39,1	27,9	38,8	19,5	25,5	21,6	38,8	29,8	47,8
Oktober	20,3	26,9	32,3	44,0	35,0	21,4	22,9	50,0	25,9	44,6
November	9,8	10,9	17,9	24,1	17,9	17,0	24,6	40,7	15,1	39,2
Dezember	11,3	20,1	15,5	12,4	20,4	18,2	15,4	55,1	33,5	46,8
1981	16,5	32,8	23,3	31,0	21,2	23,4	19,9	44,1	21,1	38,9

schließlich der kleinen Beherbergungsbetriebe) mit 44,1% an allen Fremdenübernachtungen im Jahre 1981 an der Spitze der 36 kreisfreien Städte und Landkreise gestanden. Im Gegensatz zu den übrigen Gebieten weist die Stadt Neustadt hinsichtlich des Anteils der Übernachtungen in Privatquartieren an allen Übernachtungen im Jahresverlauf eine atypische Entwicklung auf; in den Wintermonaten liegen die Anteile der

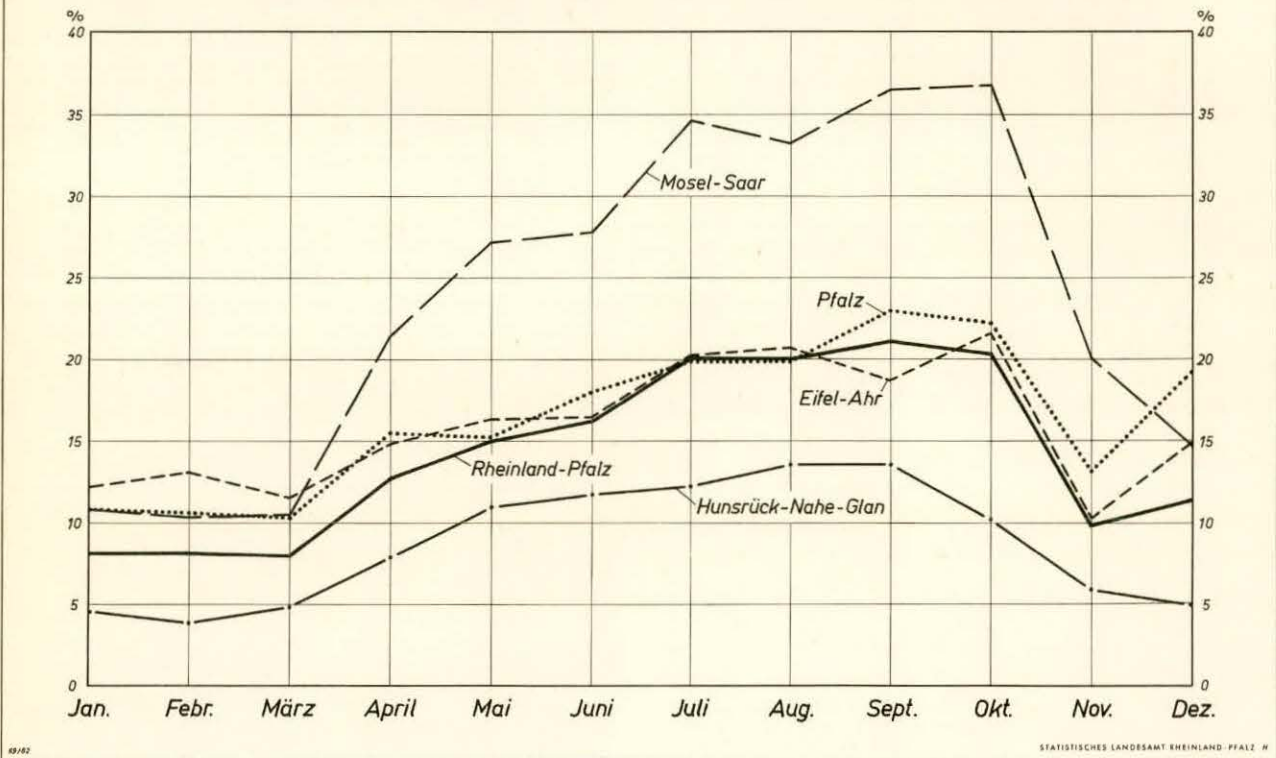
Privatgäste deutlich über 50%, während sie in den Sommermonaten heruntergehen bis auf 33%. An zweiter Stelle der kreisfreien Städte und Landkreise von Rheinland-Pfalz folgt mit einem Anteil der Privatübernachtungen an allen Übernachtungen der Landkreis Pirmasens mit 38,9%. In diesem Landkreis schwankt der Anteil der Privatgäste an allen Übernachtungen zwischen 19,8% im März und 47,8% im

Gäste in Privatquartieren und Kleinbetrieben nach Gemeindegruppen 1981

Monat Jahr	Insgesamt			Privatquartiere und Kleinbetriebe					
	Luftkur- orte	Er- holungs- orte	Fremden- verkehrs- orte	Luftkur- orte	Er- holungs- orte	Fremden- verkehrs- orte	Luftkur- orte	Er- holungs- orte	Fremden- verkehrs- orte
	Anzahl						Anteil an allen Gästen und Übernachtungen in %		
Januar	15 153	15 686	47 015	1 594	2 210	4 032	10,5	14,1	8,6
Februar	15 602	18 129	77 164	1 388	2 282	4 532	8,9	12,6	5,9
März	20 846	28 634	99 951	1 899	3 641	7 156	9,1	12,7	7,2
April	29 230	50 617	169 084	3 460	8 454	23 307	11,8	16,7	13,8
Mai	38 851	68 329	235 321	5 637	11 393	37 745	14,5	16,7	16,0
Juni	41 069	62 711	244 438	4 555	11 703	42 502	11,1	18,7	17,4
Juli	41 846	67 545	269 374	6 014	16 237	55 041	14,4	24,0	20,4
August	45 664	71 706	284 858	7 065	14 953	53 830	15,5	20,9	18,9
September	43 005	81 997	313 386	7 876	16 072	70 747	18,3	19,6	22,6
Oktober	50 102	84 692	271 746	6 394	18 222	52 233	12,8	21,5	19,2
November	22 049	29 157	95 090	3 080	4 991	11 634	14,0	17,1	12,2
Dezember	20 073	22 240	77 464	3 903	3 555	8 116	19,4	16,0	10,5
1981	393 520	611 373	2 250 828	52 865	113 713	370 875	13,4	18,6	16,5



Anteil der Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben des Beherbergungsgewerbes an allen Übernachtungen in ausgewählten Fremdenverkehrsgebieten 1981



September. Ähnlich hohe Anteile von Privatgästeübernachtungen wurden in den Eifelkreisen Cochem-Zell (32,8%), Bernkastel-Wittlich (31%) und Daun (23,4%) festgestellt. In den Urlaubsmonaten Juli bis Oktober werden Anteile der Privatquartiere erreicht, welche nahe der 40%-Grenze sind oder diese gar überschreiten. Das gilt für den Landkreis Bernkastel-Wittlich im Oktober (44%) und Cochem-Zell im Juli (42,1%) und August (41,5%).

Bei den angekommenen Gästen, welche in Privatquartieren oder Kleinbetrieben des Beherbergungsgewerbes übernachteten, standen im Durchschnitt des

Jahres 1981 die Landkreise Cochem-Zell (32,8%) und Bernkastel-Wittlich (29,5%) an der Spitze. Wenn auch hier die Anteile der Privatgäste an allen Gästen etwas niedriger sind als bei den Übernachtungen, so ergeben sich in den Hauptferienmonaten doch teilweise Anteilswerte, die bei 30% und höher liegen. Hierzu gehören die Landkreise Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich, Pirmasens und Südliche Weinstraße.

Privatquartiere häufig in Erholungsorten und sonstigen Fremdenverkehrsgemeinden

Während in Großstädten und anerkannten Heilbädern, welche im allgemeinen einen schon mehr städtischen

Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben nach Gemeindegruppen 1981

Monat Jahr	Insgesamt			Privatquartiere und Kleinbetriebe					
	Luftkur- orte	Er- holungs- orte	Fremden- verkehrs- orte	Luftkur- orte	Er- holungs- orte	Fremden- verkehrs- orte	Luftkur- orte	Er- holungs- orte	Fremden- verkehrs- orte
	Anzahl						Anteil an allen Gästen und Übernachtungen in %		
Januar	65 979	76 176	114 306	9 315	19 183	18 601	14,1	25,2	16,3
Februar	60 281	71 332	195 792	7 908	16 507	20 491	13,1	23,1	10,5
März	78 088	112 274	274 277	8 301	25 463	26 777	10,6	22,7	9,8
April	126 010	207 242	500 421	20 211	55 609	85 709	16,0	26,8	17,1
Mai	152 549	277 925	648 939	26 469	77 190	135 595	17,4	27,8	20,9
Juni	197 099	320 516	795 028	31 024	82 166	165 838	15,7	25,6	20,9
Juli	238 234	425 393	991 615	45 374	129 102	252 128	19,1	30,4	25,4
August	280 153	422 082	1 066 126	51 966	121 351	276 065	18,6	28,8	25,9
September	215 418	372 352	991 420	44 631	108 009	287 269	20,7	29,0	29,0
Oktober	189 470	338 777	770 632	40 629	125 509	203 264	21,4	37,1	26,4
November	79 374	93 401	237 439	15 727	25 315	30 095	19,8	27,1	12,7
Dezember	93 907	87 021	251 450	18 293	24 100	34 420	19,5	27,7	13,7
1981	1 815 060	2 835 128	7 026 438	319 848	809 504	1 536 252	17,6	28,6	21,9



Charakter haben, die Bedeutung der Privatquartiere (einschließlich der kleinen Beherbergungsbetriebe) relativ gering ist, spielen sie in den kleineren Erholungsorten und Luftkurorten eine nicht unbeträchtliche Rolle. Im Jahre 1981 entfielen in Erholungsorten 28,6% der Fremdenübernachtungen auf Privatquartiere (einschließlich der kleinen Beherbergungsbetriebe), in den Fremdenverkehrsorten 21,9% und in den Luftkurorten immerhin noch 17,6%. Im Jahresverlauf erreichen in Erholungsorten die Anteile ab April immer weit über 25% und im Oktober mit 37,1% ihren Spitzenwert. Erholungsorte in Rheinland-Pfalz mit zum Teil über 50% hinausgehenden Gästeübernachtungen in Privatquartieren im Jahresdurchschnitt sind Kinheim mit 61,9%, Kröv mit 56,9%, Zell mit 52,7% und Zeltingen-Rachtig mit 40,6%.

In den Fremdenverkehrsorten geht der Anteil der Privatquartiere bei den Übernachtungen bis zu 29% (im September). Beispiele solcher Fremdenverkehrsgemeinden mit hohen Anteilen von Gästeübernachtungen in Privatquartieren (wiederum Jahresdurchschnitt) sind Koblenz-Gondorf mit 77,2%, Cochem mit 55,3%, Reil mit 51,9% und Klotten mit 47%.

#### Ausländer ebenso häufig Privatgäste wie Deutsche

Im Jahre 1981 übernachteten 11,6% der Gäste bei Privatzimmervermietern, von den ausländischen 11,3%.

An Übernachtungen wurden insgesamt 16,5% in Privatquartieren registriert, an Ausländerübernachtungen 17,1%. Auch im Jahresverlauf ergeben sich keine Unterschiede zwischen Ausländerübernachtungen in Privatquartieren und Übernachtungen von Deutschen in Privatquartieren. In den Hauptferienmonaten nehmen Ausländer in ähnlich starkem Umfang Privatquartiere in Anspruch wie deutsche Urlaubsgäste. Dieses Ergebnis war angesichts der vorhandenen Sprachbarriere wohl nicht zu erwarten.

Unter den Fremdenverkehrsgebieten in Rheinland-Pfalz wird auch von den Ausländern das Gebiet Mosel/Saar am häufigsten besucht. Gleichzeitig sind hier auch die Ausländerübernachtungen in Privatquartieren am häufigsten. Im Jahre 1981 entfielen von den 2,7 Mill. Ausländerübernachtungen in Rheinland-Pfalz mit 740 000 über 25% auf das Gebiet Mosel/Saar. Von diesen 740 000 Ausländerübernachtungen waren wiederum 253 000 oder 34,2% in Privatquartieren. An zweiter Stelle bei den Ausländerübernachtungen in Privatquartieren stand im Jahre 1981 das Gebiet Eifel/Ahr. Dort waren 21,7% der Ausländerübernachtungen in Privatquartieren.

Diplom-Volkswirt J. Adams

## Verbraucherpreise für Heizöl 1960 bis 1982

Seit der ersten Ölpreiskrise 1973/74 findet die Entwicklung der Verbraucherpreise für extra leichtes Heizöl (im folgenden kurz Heizöl genannt), die noch

sprunghafter verlief als diejenige für Benzinpreise, ein lebhaftes öffentliches Interesse. Im Jahre 1960 kosteten in Rheinland-Pfalz 100 Liter Heizöl 23,38 DM.

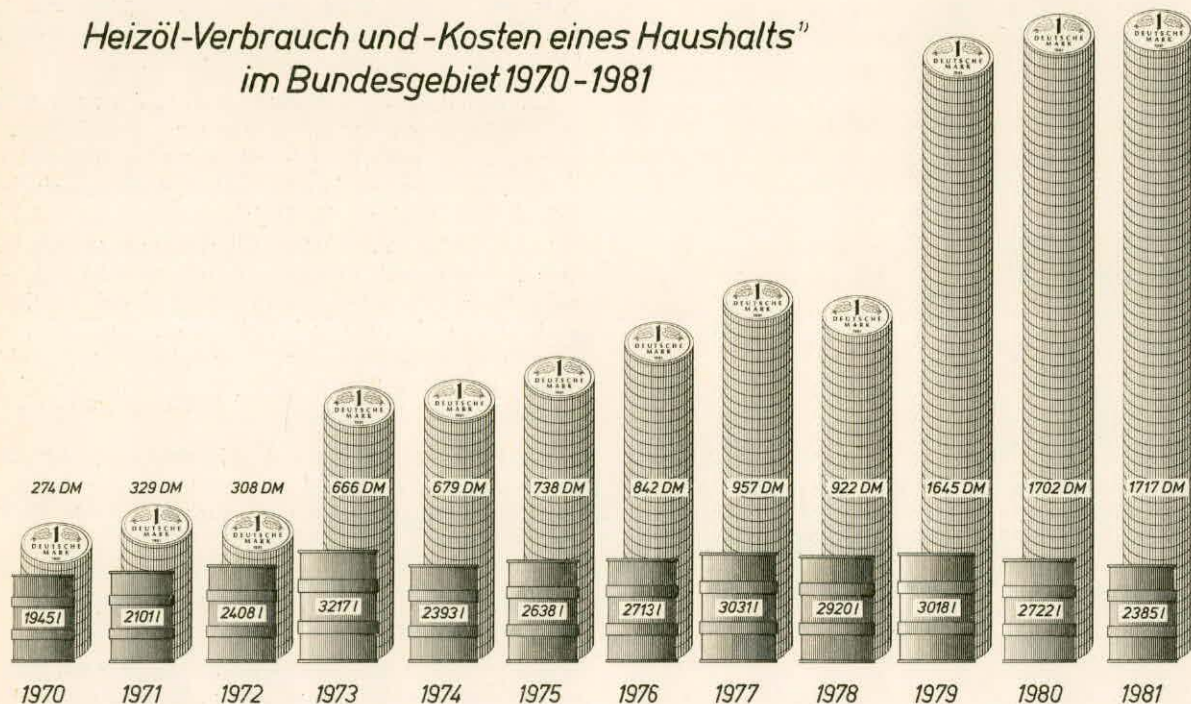
Verbraucherpreise für Heizöl (einschl. Mehrwertsteuer)<sup>1)</sup> 1960 – Juni 1982

Jahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahresdurchschnitt	Veränderung zum Vorjahr
	DM je 100 Liter													%
1960	23,70	23,40	23,40	23,40	23,40	23,50	23,50	23,50	23,40	23,10	23,10	23,10	23,38	-
1961	23,40	23,50	23,50	23,40	23,40	23,40	23,30	23,30	23,30	23,50	23,60	23,80	23,45	0,3
1962	23,70	23,90	24,00	24,00	23,80	23,50	23,40	23,40	23,50	23,70	23,70	23,80	23,70	1,1
1963	24,70	27,70	26,40	25,60	24,80	24,40	24,20	24,20	24,10	24,40	24,40	24,50	24,95	5,4
1964	24,70	24,70	24,30	24,10	23,90	23,70	23,30	23,20	22,90	22,90	22,90	22,90	23,63	- 5,4
1965	22,90	22,90	15,10	14,20	14,30	14,40	14,20	14,40	14,90	14,90	14,80	14,80	15,98	- 32,4
1966	15,00	16,10	15,70	14,50	14,20	14,00	13,80	14,00	14,20	14,40	14,60	14,80	14,61	- 8,6
1967	15,30	14,60	14,20	13,70	13,60	14,50	17,30	18,80	16,60	16,60	16,70	17,30	15,77	7,9
1968	19,90	18,40	17,30	16,30	15,30	15,60	15,50	15,80	16,90	17,60	17,80	17,60	17,00	7,8
1969	17,40	16,60	16,40	15,00	15,30	15,00	14,80	14,70	14,80	14,80	14,70	15,00	15,38	- 9,5
1970	14,70	14,40	14,30	13,60	13,80	13,50	13,70	14,80	15,80	16,40	16,80	17,00	14,90	- 3,1
1971	18,10	18,40	18,90	18,00	17,60	16,80	16,20	15,40	15,70	15,30	14,60	16,10	16,76	12,5
1972	16,00	16,30	15,70	15,70	15,40	14,70	14,50	14,40	15,20	15,90	16,90	17,80	15,71	- 6,3
1973	15,93	16,24	15,95	15,45	16,61	19,37	20,70	19,71	21,60	26,70	36,40	42,90	22,30	41,9
1974	34,40	35,14	32,80	26,20	28,50	26,40	26,60	26,90	28,40	28,10	27,90	26,90	29,02	30,1
1975	26,90	24,43	23,88	25,00	24,75	27,27	27,24	28,43	33,15	34,12	33,23	32,17	28,04	- 3,4
1976	31,55	31,60	31,04	31,64	31,07	31,65	31,65	31,69	31,94	31,45	30,51	30,88	31,04	10,7
1977	31,49	32,05	31,42	31,46	31,14	31,34	30,91	30,57	30,61	30,72	30,75	30,94	31,12	0,3
1978	30,80	30,07	29,92	29,81	29,72	29,30	29,28	30,05	29,70	29,88	31,36	34,32	30,35	- 2,5
1979	36,94	40,78	46,73	49,36	51,63	59,49	64,92	62,57	60,97	59,70	60,19	60,68	54,50	79,6
1980	63,29	63,19	62,19	61,85	65,51	63,64	61,91	59,21	56,12	58,71	62,29	67,47	62,12	14,0
1981	67,41	69,38	73,37	70,61	67,90	68,10	71,80	79,17	79,27	75,52	77,29	77,12	73,08	17,6
1982	79,32	75,41	70,29	72,29	75,76	74,94	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Preis bei einer Abnahmemenge bis Februar 1965 von 100 Litern, ab Februar 1965 von 500 Litern, ab Januar 1970 von 1 000 Litern, ab Januar 1973 von 5 000 Litern, ab Juni 1979 zeitweise nur Auslieferung von 2 000 – 3 000 Litern.



## Heizöl-Verbrauch und -Kosten eines Haushalts<sup>1)</sup> im Bundesgebiet 1970-1981



77/82 1) Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und Ölbeheizter Wohnung.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 81

Zehn Jahre später war der jährliche Durchschnittspreis sogar auf 14,90 DM abgesunken, wobei der absolut niedrigste Monatswert im Juni 1970 mit 13,50 DM ermittelt wurde. Damals kostete Heizöl weniger als ein Fünftel des in den ersten Monaten des Jahres 1982 festgestellten Preises.

Die außergewöhnliche Preisentwicklung begann mit der sogenannten ersten Ölpreiskrise am Jahresende 1973. Waren im August 1973 für 100 Liter Heizöl bei einer Abnahmemenge von 5 000 Litern nur 19,71 DM gezahlt worden, so wurden im Dezember des gleichen Jahres bereits 42,90 DM verlangt. Das entspricht einer Verteuerung um mehr als das Doppelte. In allen Monaten des Jahres 1974 war Heizöl wieder deutlich billiger. Der Preis schwankte zwischen 26,20 DM und 35,14 DM. Der niedrigste Preisstand seit der ersten Ölpreiskrise 1973/74 errechnet sich für März 1975 mit knapp 24 DM. In den darauffolgenden Monaten war wiederum eine deutliche Verteuerung zu beobachten, der 1976 eine bis 1978 anhaltende Stabilisierung der Heizölpreise folgte. Immerhin kosteten im Dezember 1978 100 Liter Heizöl schon 34,32 DM.

### Heizölpreise im Juni 1982 um 10% höher als vor Jahresfrist

Der zweite drastische Preisanstieg erfolgte im Zusammenhang mit der zweiten Ölpreiskrise im Jahre 1979. Bedingt durch die kräftige Verteuerung des Rohöls und den strengen Winter schnellte der Heizölpreis nach oben. Kosteten im Januar 100 Liter Heizöl schon 36,94 DM, so stieg der Preis zum Jahresende 1979 auf 60,68 DM. Der Jahresdurchschnittspreis erhöhte

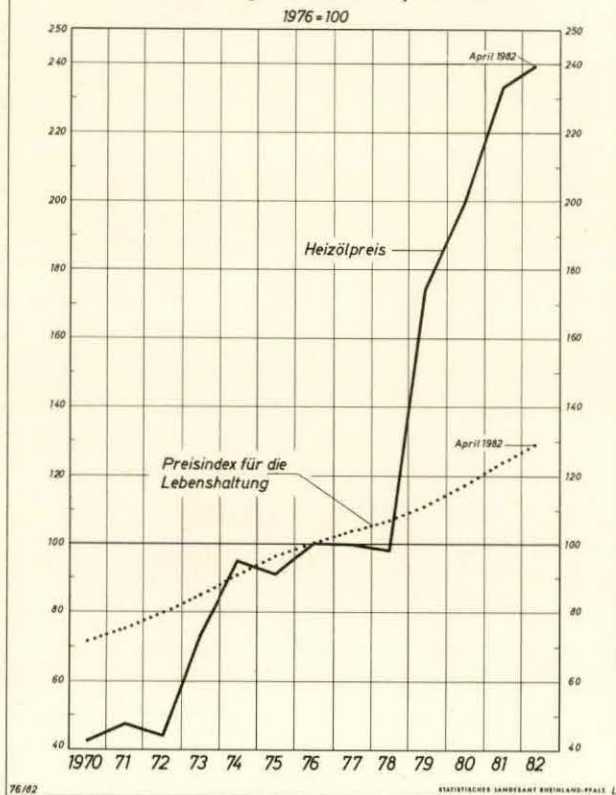
sich von 54,50 DM (+ 80% gegenüber dem Vorjahr) im Jahre 1979 auf 62,12 DM (+ 14%) und 73,08 DM (+ 18%) in den beiden darauffolgenden Jahren. Das in den Sommermonaten oft etwas billiger als im Winter angebotene Heizöl war im Jahre 1981, nicht zuletzt infolge des hohen Anstiegs des Dollarkurses gegenüber der D-Mark, in den Monaten August und September mit 79,17 DM bzw. 79,27 DM je 100 Liter am teuersten.

In den folgenden Monaten konnte hingegen ein leichter Preisrückgang festgestellt werden. Ein Grund dafür war der inzwischen eingetretene Rohölüberfluß mit rückläufigen Preisen auf dem Weltmarkt, der sich auf die Preise des Spotmarkts in Rotterdam niederschlug. Ebenso wie für Benzin wurde auch der Preis für Heizöl deutlich von kurzfristigen starken Veränderungen des Dollarkurses zur D-Mark beeinflusst. Im Dezember 1981 kosteten 100 Liter Heizöl 77,12 DM, das sind 14% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Vom Beginn der ersten Ölpreiskrise 1973 bis 1981 ergab sich ein Preisanstieg um fast 230%.

Erheblichen Schwankungen war der Heizölpreis in den ersten sechs Monaten des Jahres 1982 unterworfen. Nachdem im Januar mit 79,32 DM je 100 Liter der bisher höchste Heizölpreis überhaupt ermittelt worden war, mußten im März für die gleiche Menge nur noch 70,29 DM gezahlt werden. In den beiden folgenden Monaten zogen die Preise wieder deutlich an, und zwar auf 72,29 DM und 75,76 DM. Im Juni wurde eine geringfügige Verbilligung auf 74,94 DM beobachtet.



**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte und Meßziffern der Verbraucherpreise für Heizöl im Bundesgebiet 1970 bis April 1982**



#### **Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte gaben 1981 insgesamt 1 717 DM für 2 385 Liter Heizöl aus**

Von der drastischen Verteuerung des Heizöls ist die Mehrzahl der privaten Haushalte betroffen, denn nahe-

zu drei Fünftel aller rheinland-pfälzischen Wohnungen wurden mit Öl geheizt (1978). 1972 hatten erst 51% aller Wohnungen Ölheizung. In den letzten drei Jahren dürfte allerdings der Anteil der Wohnungen mit Ölheizung wieder etwas rückläufig sein.

Ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen, der seine Wohnung mit Öl beheizt, verbrauchte im Jahre 1970 insgesamt 1 945 Liter Heizöl. In den folgenden Jahren stieg der Verbrauch deutlich an und erreichte 1973 nicht weniger als 3 217 Liter. Als Folge der ersten Ölpreiskrise verminderte sich der Verbrauch 1974 ganz erheblich auf 2 393 Liter, nahm in den darauffolgenden Jahren jedoch wieder zu und belief sich 1979 auf 3 018 Liter. Vor allem aufgrund des durch die zweite Ölpreiskrise verursachten erneuten drastischen Preisanstiegs sank der Ölverbrauch 1980 auf 2 722 Liter und 1981 auf 2 385 Liter.

Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte gaben 1970 für Heizöl 274 DM aus, 1981 hingegen für eine um etwa ein Fünftel größere Verbrauchsmenge 1 717 DM (+ 527%).

#### **Heizölpreise in Rheinland-Pfalz ebenso hoch wie im Bundesgebiet**

Die rheinland-pfälzischen Heizölpreise entwickelten sich in gleicher Weise wie die im Bundesgebiet. Dort erhöhten sich die Heizölpreise je 100 Liter von 30,68 DM im Jahresdurchschnitt 1978 über 54,79 DM im Jahre 1979 und 62,01 DM (1980) auf 73,44 DM (1981). Die Gesamtsteigerung in diesen drei Jahren betrug 139% und damit 2 Prozentpunkte weniger als im Landesdurchschnitt. Die für das Bundesgebiet ermittelten Heizölpreise je Liter übertrafen die rheinland-pfälzischen im Jahre 1979 um 0,3 Pfennig, 1980 lagen sie um 0,1 Pfennig darunter und 1981 um knapp 0,4 Pfennig darüber.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

## **Baulandmarkt und Baupreise 1981**

In der als Totalerhebung durchgeführten Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind alle veräußerten unbebauten Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mindestens 200 DM beträgt. Bebaute Grundstücke werden nicht miteinbezogen, da die Kaufwerte im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude und Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten. Einen exakten Nachweis über die Entwicklung der Grundstückspreise kann die Statistik der Kaufwerte nicht liefern, da beim Bauland Jahr für Jahr nach Lage, Beschaffenheit und Kaufpräferenzen erhebliche Unterschiede vorhanden sein können. Dennoch kommt den Ergebnissen der Statistik der Baulandveräußerungen und durchschnittlichen Kaufwerte eine erhebliche Bedeutung zu. Sie stellen nicht nur die aktuelle Situation auf dem Baulandmarkt dar, sondern zeigen auch die langfristigen Entwicklungstendenzen auf. Berichtspflichtig zur Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland

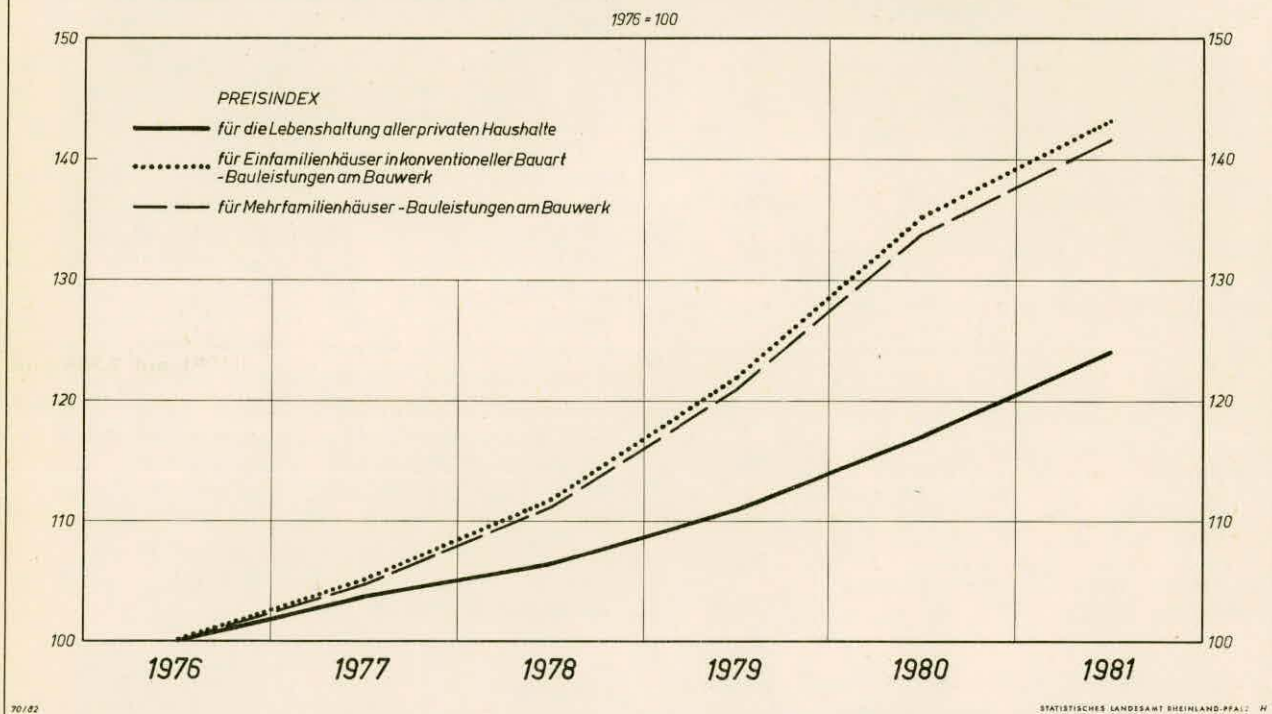
sind nach § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 die Finanzämter, die aufgrund der ihnen von Notaren und Behörden zugeleiteten Veräußerungsanzeigen für jeden Kauffall einen Erhebungsbogen ausfüllen. Aufgrund eines Erlasses des Ministeriums des Innern und für Sport wurde die Berichtspflicht ab 1. Januar 1982 auf die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte bei den Katasterämtern übertragen. Dies dient vor allem einer rationelleren Bereitstellung der Daten.

#### **Quadratmeterpreis für baureifes Land um 13% auf 66 DM gestiegen**

Im Jahre 1981 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 11 744 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 11,4 Mill. qm und einem Verkaufswert von 569 Mill. DM den Eigentümer. Während der Quadratmeterpreis für Bauland gegenüber dem Vorjahr um 10,7% auf knapp 50 DM anstieg, verminderte sich die Zahl



# Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte und Preisindizes für Wohngebäude im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 1976 - 1981



der Kauffälle um 18% und die umgesetzte Fläche um ein Viertel. Knapp drei Fünftel des Flächenumsatzes entfielen auf baureifes Land und ein Fünftel auf Rohbauland. Die restliche Fläche verteilte sich auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Seit 1962, dem Jahr der Einführung dieser Statistik, war nur im Jahre 1967 ein stärkerer Rückgang der umgesetzten Baulandfläche ermittelt worden. Der Rückgang in der Zahl der Kauffälle 1981 war sowohl absolut wie relativ der bisher größte. Diese Entwicklung folgt aus der anhaltenden Rezession in der Bauwirtschaft. Im Jahre 1981 gingen in Rheinland-Pfalz die Baugenehmigungen für Wohngebäude um 20% auf 12 523 und für Nichtwohngebäude um 22% auf 2 109 zurück.

Baureifes Land verteuerte sich 1981 um 13% auf durchschnittlich 66 DM je Quadratmeter und Rohbauland um 4,7% auf fast 35 DM; letzteres erfuhr von allen Baulandarten den stärksten Rückgang der verkauften Fläche. Wurden davon im Jahre 1980 noch 3,7 Mill. qm umgesetzt, so waren es ein Jahr später nur noch 2,3 Mill. qm. Damit setzte sich die seit vielen Jahren erkennbare Tendenz zur stärkeren Nachfrage nach sofort bebaubarem Land fort. Der Grundstückserwerb aus spekulativen Gründen oder mit der Absicht, erst nach einigen Jahren zu bauen, tritt weiter in den Hintergrund. Dagegen überwog in den ersten Jahren nach Aufhebung der Preisbindung die Fläche des veräußerten Rohbaulandes diejenige des baureifen Landes. Die durchschnittliche Grundstücksgröße des baureifen Landes betrug im Berichtsjahr 833 qm, das sind 46 qm weniger als ein Jahr zuvor. Beim Rohbauland, das üblicherweise in größeren Parzellen ver-

kauft wird, ergab sich ein Rückgang um 43 qm auf 1 511 qm. Vom baureifen Land entfielen nahezu drei Fünftel aller Verkäufe in die Grundstücksgrößenklasse 500 bis 1 000 qm, beim Rohbauland war es nur ein Drittel. Nennenswerte Bedeutung für den Baulandmarkt hatten außerdem Grundstücke von 1 000 bis 3 000 qm, während solche unter 500 qm und über 3 000 qm kaum ins Gewicht fielen.

## 80 DM für den Quadratmeter baureifes Land im Wohngebiet in offener Bauweise

Die Gliederung der Baulandverkäufe nach Lage des Baugebietes läßt deutlich erkennen, daß in den meisten Fällen mit der Beschaffung von Bauland die Erstellung eines Wohngebäudes beabsichtigt ist. Der weitaus größte Teil der Umsätze betraf die Wohngebiete in offener Bauweise. Einschränkend ist jedoch darauf hinzuweisen, daß es für die Zuordnung zu den einzelnen Baugebietskategorien keine eindeutigen Abgrenzungen gibt, da die Übergänge mitunter fließend sind. So können sich beispielsweise Zweifel ergeben bei der Deklaration eines Baugebietes als Wohngebiet in offener Bauweise oder als Dorfgebiet. Im Wohngebiet in offener Bauweise stieg 1981 der Quadratmeterpreis für baureifes Land auf 80 DM (+ 6,3%), während er für Rohbauland mit gut 45 DM nahezu unverändert blieb. Die Durchschnittspreise im Geschäftsgebiet sowie im Geschäftsgebiet mit Wohngebiet und Wohngebiet in geschlossener Bauweise sind wenig aussagefähig, da sie aufgrund weniger Verkaufsfälle errechnet wurden.



Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland  
nach Baulandarten 1978 - 1981

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung in % 1)	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- fläche
Kauffälle							
1978	16 274	13,8	11 693	2 442	366	1 441	332
1979	15 679	- 3,7	10 959	2 520	420	1 450	330
1980	14 381	- 8,3	9 823	2 366	451	1 459	282
1981	11 744	- 18,3	7 896	1 534	328	1 658	328
Fläche (1 000 qm)							
1978	15 780	24,7	9 469	3 567	1 576	655	513
1979	15 953	1,1	9 140	3 777	1 589	829	618
1980	15 169	- 4,9	8 630	3 676	1 904	499	460
1981	11 428	- 24,7	6 581	2 318	1 619	584	326
Preis je qm (DM)							
1978	37,75	9,5	47,65	29,13	15,55	13,42	14,37
1979	42,74	13,2	52,73	36,74	24,24	13,75	17,99
1980	44,95	5,2	58,58	33,04	20,35	15,09	18,73
1981	49,78	10,7	66,18	34,58	24,66	12,86	17,82

**Quadratmeterpreis für baureifes Land in  
Großstädten 281 DM**

Die Analyse der Baulandverkäufe nach Gemeindegrößenklassen ergibt erneut relativ hohe Umsätze an baureifem Land in den kleineren Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. Die Verkäufe von Rohbauland gingen dagegen in dieser Gemeindegrößenklasse gegenüber dem Vorjahr besonders stark zurück. In den Gemeinden bis 2000 Einwohner verteuerten sich baureifes Land und Rohbauland nur leicht; für ersteres stellte sich der Quadratmeterpreis auf knapp 30 DM (+ 7,8%) und für das letztgenannte auf gut 18 DM (+ 5,3%). Sehr kräftig zogen in den Großstädten die Preise für baureifes Land an, das durchschnittlich 266 DM (+ 20%) kostete. Rohbauland wurde dagegen mit 79 DM um 10% billiger.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß niedrige Baulandpreise nach wie vor in ländlichen, bevölkerungs- und strukturschwachen Regionen anzutreffen sind. Mit zunehmender Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft eines Gebietes verteuert sich meist das Bauland erheblich. Auch die Nähe von Ballungszonen treibt in

den angrenzenden Kreisen die Preise für Bauland in die Höhe.

**In Mainz die höchsten Umsätze an baureifem Land  
und Rohbauland**

Der Rückgang der Flächenumsätze an baureifem Land betraf prozentual in etwa gleichem Maße die Landkreise und die kreisfreien Städte. Im Berichtsjahr wurden in den Landkreisen 5,7 Mill. qm baureifes Land umgesetzt und in den kreisfreien Städten 0,9 Mill. qm. Der Flächenumsatz an Rohbauland ging in den kreisfreien Städten deutlich stärker zurück als in den Landkreisen; in den Städten belief sich die verkaufte Fläche auf 354 000 qm (— 55%), in den Landkreisen auf 2 Mill. qm (— 32%). Von den Landkreisen verzeichneten die höchsten Flächenumsätze an baureifem Land der Westerwaldkreis (430 000 qm), die Landkreise Ahrweiler (357 000 qm) und Neuwied (349 000 qm). Beim Rohbauland wurden für den Rhein-Lahn-Kreis (253 000 qm) und den Kreis Neuwied (153 000 qm) die höchsten Werte ermittelt. Unter den kreisfreien Städten lag abermals die Landeshauptstadt Mainz mit Abstand an der Spitze; dort bezifferte sich der Umsatz an baureifem Land auf 240 000 qm und an Rohbauland auf 152 000 qm.

**Im Landkreis Birkenfeld ist baureifes Land am  
billigsten**

Von den kreisfreien Städten verzeichnete Ludwigshafen den höchsten Quadratmeterpreis für baureifes Land mit 286 DM. Dort waren auch im Jahr zuvor mit 261 DM die höchsten Preise ermittelt worden. Es schlossen sich an Mainz (277 DM), Koblenz (197 DM) und Neustadt (196 DM). Unter den Landkreisen wurden die höchsten durchschnittlichen Kaufwerte für Ludwigshafen (182 DM) und Mainz-Bingen (133 DM) gezahlt. Der niedrigste Mittelwert für diese Baulandart ergab sich mit 14 DM im Landkreis Birkenfeld, noch hinter den Kreisen Kusel und Bitburg-Prüm (jeweils 18 DM). Rohbauland war am teuersten im Landkreis Ludwigshafen (99 DM) sowie in den Städten Mainz (85 DM) und Neustadt (80 DM).

Ein Vergleich der rheinland-pfälzischen Baulandpreise mit denen des Bundesgebietes zeigt, daß hierzulande baureifes Land noch relativ preiswert zu beschaffen ist. Im Bundesgebiet erhöhte sich im Jahre 1981 der Quadratmeterpreis für baureifes Land im

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Baugebieten 1981

Baugebiet	Baureifes Land				Rohbauland			
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- preis	Preis je qm	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- preis	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM
Geschäftsgebiet	5	24	5 488	230,46	-	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	27	17	7 572	438,76	-	-	-	-
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	15	9	3 884	441,15	-	-	-	-
Wohngebiet in offener Bauweise	6 051	4 867	388 266	79,77	1 045	1 545	70 165	45,41
Industriegebiet	2	3	104	35,24	-	-	-	-
Dorfgebiet	1 796	1 661	30 198	18,19	489	773	9 988	12,93
Insgesamt	7 896	6 581	435 512	66,18	1 534	2 318	80 153	34,58



Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Verwaltungsbezirken 1981

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- wert je qm	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- wert je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	204	139	11 985	103	46	196,72	22	18	42,32
Landkreise									
Ahrweiler	388	358	26 298	386	357	73,55	2	1	.
Altenkirchen (Ww.)	211	200	5 912	197	186	30,80	14	13	13,24
Bad Kreuznach	365	447	18 447	332	306	50,70	18	88	20,06
Bad Kreuznach, St	60	105	8 059	50	63	105,10	4	31	20,60
Birkenfeld	483	420	4 423	238	238	14,01	40	71	8,26
Idar-Oberstein, St	106	96	1 639	54	63	20,04	19	20	7,61
Cochem-Zell	189	201	4 908	155	135	31,72	25	23	20,23
Mayen-Koblenz	1 042	692	30 584	490	277	77,14	85	95	25,58
Andernach, St	115	93	6 336	49	29	147,79	12	9	36,73
Mayen, St	56	53	2 440	27	14	106,87	4	11	37,89
Neuwied	826	783	38 435	438	349	84,41	143	153	27,04
Neuwied, St	210	268	16 062	85	76	145,37	49	32	52,04
Rhein-Hunsrück-Kreis	384	348	9 909	298	247	34,08	35	61	18,82
Rhein-Lahn-Kreis	465	512	17 402	268	207	35,49	115	253	37,89
Lahnstein, St	31	95	6 345	21	12	155,98	6	80	54,90
Westerwaldkreis	483	430	13 099	483	430	30,46	-	-	-
RB Koblenz	5 020	4 530	181 402	3 388	2 778	51,77	499	776	27,15
Kreisfreie Stadt Trier	135	119	8 522	91	74	98,77	22	15	36,39
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	332	425	8 808	259	295	22,68	46	72	13,97
Bitburg-Prüm	320	456	7 363	225	283	18,04	81	127	14,19
Daun	213	203	4 652	212	202	22,95	1	1	.
Trier-Saarburg	619	408	11 371	265	198	42,36	119	123	14,63
RB Trier	1 619	1 611	40 716	1 052	1 052	30,54	269	338	15,32
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	13	64	3 561	5	5	120,85	2	14	.
Kaiserslautern	123	250	18 772	101	149	113,12	18	48	17,34
Landau i.d.Pfalz	159	358	7 596	67	42	90,81	33	29	47,38
Ludwigshafen a.Rhein	33	68	9 780	22	29	286,23	5	9	45,53
Mainz	467	546	92 290	278	240	276,55	32	152	85,09
Neustadt a.d.Weinstr.	101	118	13 043	59	49	195,80	19	32	79,51
Pirmasens	73	76	4 313	57	48	78,17	13	11	35,69
Speyer	55	42	6 629	49	34	183,74	2	3	.
Worms	86	102	7 854	75	82	90,19	4	3	43,33
Zweibrücken	58	101	3 087	33	57	39,90	21	20	22,64
Landkreise									
Alzey-Worms	211	201	13 645	189	150	81,96	19	43	29,24
Bad Dürkheim	320	252	22 966	198	137	130,76	78	67	51,48
Donnersbergkreis	429	421	8 867	347	291	24,85	35	86	10,99
Germersheim	420	290	15 740	285	206	68,66	26	22	59,34
Kaiserslautern	504	562	13 203	415	337	31,90	69	129	16,09
Kusel	287	289	4 780	192	152	18,12	50	95	13,95
Südliche Weinstraße	429	356	14 441	228	142	75,30	95	92	29,63
Ludwigshafen	255	185	28 506	222	132	181,77	28	43	98,54
Mainz-Bingen	692	583	48 783	341	206	132,52	164	215	70,11
Bingen am Rhein, St	46	54	2 881	19	12	115,71	17	12	63,63
Ingelheim am Rhein, St	81	58	4 828	52	26	139,62	9	9	54,47
Pirmasens	390	423	8 952	293	263	27,73	53	91	13,18
RB Rheinhessen-Pfalz	5 105	5 287	346 808	3 456	2 751	94,37	766	1 204	44,77
Rheinland-Pfalz	11 744	11 428	568 926	7 896	6 581	66,18	1 534	2 318	34,58
Kreisfreie Städte	1 507	1 983	187 432	940	855	165,53	193	354	61,09
Landkreise	10 237	9 445	381 494	6 956	5 726	51,34	1 341	1 964	29,79



Schnitt um 18% auf 97 DM. Der Preis für Rohbauland lag dagegen mit 36 DM (+ 10,4% gegenüber dem Vorjahr) nur geringfügig über dem rheinland-pfälzischen.

Einfamilienhäuser in konventioneller Bauart  
5,8% teurer

Die bereits seit Mitte 1980 rückläufige Bautätigkeit blieb nicht ohne erkennbare Auswirkungen auf die Veränderungen der Bauleistungspreise, deren Anstieg teilweise deutlich abflachte. Die Rezession im Wohnungsbau wurde nicht unerheblich durch die Entwicklung im Einfamilienhausbau verursacht. In den letzten Jahren stiegen die Kosten zum Erwerb eines Einfamilienhauses kräftig an. Zu den Baupreis- und Baulandpreiserhöhungen kam der steile Anstieg der Hypothekenzinsen.

Anders als bei den auf Landesbasis ermittelten Kaufwerten für Bauland liegen Preisindizes für Bauwerke nur für das Bundesgebiet vor. Der Preisindex für Wohngebäude, welcher jeweils in den Monaten Februar, Mai, August und November ermittelt wird und die Bauleistungen am Bauwerk umfaßt, erhöhte sich im Jahre 1981 um 5,9%. Im Jahr zuvor war der Preisanstieg mit 10,7% deutlich höher ausgefallen. Das Nachlassen der Teuerung ist ganz überwiegend auf den geringeren Preisanstieg für Rohbauarbeiten zurückzuführen, während Ausbauarbeiten sich immer-

Preisindizes für Einfamilienhäuser in vorgefertigter und konventioneller Bauart 1)  
im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1970 - 1981

Jahr	Vorgefertigte Bauart				Konventionelle Bauart	
	ohne Unterkellerung		mit Unterkellerung		Bauleistungen am Bauwerk	
	1976 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %	1976 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %	1976 = 100	Veränderung zum Vorjahr in %
1970	69,0	6,8	71,2	8,9	59,3	16,3
1971	74,7	8,3	78,0	9,6	76,5	10,4
1972	79,7	6,7	84,2	7,9	81,7	6,8
1973	83,6	4,9	89,2	5,9	87,7	7,3
1974	89,2	6,7	93,9	5,3	94,2	7,4
1975	95,5	7,1	98,2	4,6	96,5	2,4
1976	100,0	4,7	100,0	1,8	100,0	3,6
1977	104,8	4,8	105,2	5,2	105,1	5,1
1978	111,7	6,6	112,6	7,0	111,7	6,3
1979	120,2	7,6	121,9	8,3	121,8	9,0
1980	132,4	10,1	132,8	8,9	135,2	11,0
1981	143,5	8,4	144,2	8,6	143,1	5,8

1) Bauleistungen am Bauwerk einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

hin noch um 6,8% verteuerten. Auch der Preisindex für Einfamilienhäuser in konventioneller Bauart nahm im Berichtsjahr mit 5,8% weniger stark zu als im Jahr zuvor (+ 11%). Die Verteuerung entsprach somit etwa derjenigen des Verbraucherpreisniveaus. Der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 1981 um 5,9%.

Ein stärkerer Preisanstieg errechnet sich für Einfamilienhäuser in vorgefertigter Bauart ohne bzw. mit Unterkellerung (+ 8,4 bzw. + 8,6%). Die kurzfristigen Veränderungsraten des Fertighauspreisindex variierten auch zu anderen Zeiten weniger stark als die entsprechenden Raten des Baupreisindex für Einfamilienhäuser in konventioneller Bauart. Im längerfristigen Vergleich stimmen jedoch beide Indizes annähernd überein. Bei den Nichtwohngebäuden belief sich die Preiserhöhung sowohl für Bürogebäude als auch für gewerbliche Betriebsgebäude auf 6,1%. Die Arbeiten für die Instandhaltung von Ein- und Mehrfamilienhäusern mit Schönheitsreparaturen verteuerten sich um jeweils 6,6%. Insgesamt gesehen verzeichneten von 1976 bis 1981 die Preise für die Instandhaltung an bestehenden Wohngebäuden eine etwas geringere Erhöhung als die Preise für die Neuerrichtung von Wohngebäuden.

Die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte führte insbesondere zu einem starken Rückgang der Nachfrage nach Leistungen des Tiefbaugewerbes. Die dadurch hervorgerufene preisdämpfende Wirkung gibt der Preisindex für den Straßenbau an, der im Berichtsjahr lediglich um 2,6% anstieg. Es war die geringste Teuerung seit vielen Jahren.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Preisindizes für Wohngebäude und Nichtwohngebäude 1)  
im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1970 - 1981

Jahr	Wohngebäude				Nichtwohngebäude	
	insgesamt	Einfamiliengebäude	Mehrfamiliengebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude
1976 = 100						
1970	69,6	69,3	69,5	70,5	70,7	71,7
1971	76,8	76,5	76,7	77,6	77,9	79,5
1972	82,0	81,7	82,0	82,5	82,9	83,4
1973	88,0	87,7	88,0	88,4	88,8	88,3
1974	94,4	94,2	94,5	94,5	94,8	93,7
1975	96,7	96,5	96,7	96,7	96,8	96,2
1976	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1977	104,9	105,1	104,8	104,7	104,6	104,3
1978	111,3	111,7	111,2	111,0	110,7	109,8
1979	121,1	121,8	120,9	120,4	119,5	118,7
1980	134,1	135,2	133,7	133,1	132,0	130,9
1981	142,0	143,1	141,6	140,9	140,0	138,9
Veränderung in %						
1970-1981	104,0	106,0	104,0	100,0	98,0	94,0
1980-1981	5,9	5,8	5,9	5,9	6,1	6,1

1) Bauleistungen am Bauwerk einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.



# Steuerliche Umsätze der gewerblichen Wirtschaft

Auf der Grundlage des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) wurde entsprechend dem zweijährigen Turnus für 1980 eine Umsatzsteuerstatistik erstellt, der die Angaben der monatlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen, ergänzt um bestimmte für die Statistik benötigte Kennziffern, zugrunde liegen. Dieses Verfahren sichert der Umsatzsteuerstatistik im Vergleich zu den auf Veranlagungsunterlagen beruhenden Steuerstatistiken eine wesentlich größere Aktualität, so daß ohne zusätzliche Befragung der Unternehmen wertvolle Unterlagen für die Aufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bereitgestellt sowie Anhaltspunkte über die durch Steuerrechtsänderungen eintretenden Be- und Entlastungswirkungen gewonnen werden können.

Erhebungseinheit der Statistik ist grundsätzlich jedes Unternehmen, welches für das Jahr 1980 Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben und dessen steuerbarer Jahresumsatz mindestens 20 000 DM betragen hat. Nicht erfaßt werden Unternehmen, die ihre landwirtschaftlichen Umsätze ausschließlich nach § 24 UStG besteuern, sowie Unternehmen mit nur steuerfreien Bank- und Versicherungsumsätzen ohne Vorsteuerabzug. Land- und Forstwirte, die Umsätze mit Sägewerkserzeugnissen, Getränken oder alkoholischen Flüssigkeiten tätigen (§ 24 Abs. 1 Nr. 3 UStG), werden nachgewiesen.

## Abziehbare Vorsteuer stark gestiegen

Die Steuern vom Umsatz sind eine Einnahmequelle von großer haushaltspolitischer Bedeutung. Nach den Steuern vom Einkommen erbringen sie das zweithöchste Steueraufkommen. Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen leisteten im Jahre 1980 insgesamt 2,8 Mrd. DM Vorauszahlungen auf ihre Umsatzsteuerschuld an die rheinland-pfälzischen Finanzämter. Trotz der Steuererhöhung zum 30. Juni 1979 stieg die Umsatzsteuerlast seit 1978 lediglich um 17%, während sich der steuerbare Umsatz um 21% erhöhte. Das unterproportionale Anwachsen ist in erster Linie auf die starke Zunahme der abziehbaren Vorsteuer zurückzuführen, denn entsprechend der Intention des Gesetzgebers ist Steuerträger der Konsument, nicht jedoch das Unternehmen. Es kann die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als Vorsteuer absetzen. Im Jahre 1980 waren dies fast 11,4 Mrd. DM, was einen Anstieg um 36% gegenüber 1978 bedeutet. Die abziehbare Vorsteuer ist stärker gewachsen als die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer. Damit setzte sich der seit 1974 zu beobachtende Trend eines unterproportionalen Wachstums der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen fort. Als Gründe können das hohe Auslandsgeschäft und die Investitionstätigkeit angeführt werden. So erbrachte die traditionell stark exportorientierte chemische Industrie, die mit einem Umsatzvolumen von 22 Mrd. DM 16% des gesamten Umsatzes auf sich vereinigte, lediglich 6,8 Mill. DM (0,2%) Umsatzsteuer-Vorauszahlungen. Dagegen leistete der

Großhandel, der mit 23 Mrd. DM nur geringfügig mehr umsetzte als die chemische Industrie, mit 180 Mill. DM bedeutend höhere Vorauszahlungen.

## Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen rückläufig

Im Jahre 1980 gaben 110 638 Unternehmen Umsatzsteuer-Voranmeldungen ab. Das sind 2 876 (— 2,5%) weniger als zwei Jahre zuvor, wohl eine Auswirkung der Neuregelung der Besteuerung von Kleinunternehmen. Durch die Reform des Umsatzsteuergesetzes vom 26. November 1979 wurde die steuerliche Behandlung der Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz grundlegend neu geregelt. Sie wurden in das System der Netto-Umsatzbesteuerung integriert. Gleichzeitig wurde die steuerliche Erfassungsgrenze von 12 000 DM auf 20 000 DM Umsatz angehoben, so daß ein Großteil der Unternehmen, die 1978 zwischen 12 000 und 20 000 DM umsetzten, in der Statistik für 1980 fehlen.

Die in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen wiesen 1980 den Finanzämtern 135 Mrd. DM Umsatz nach. Der steuerbare Umsatz erhöhte sich gegenüber 1978 um 21%, wobei die zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen den Umsatz aufblähten. Im Zeitraum 1976 bis 1978 konnten die Unternehmen ihren Umsatz um 13% steigern. Im Schnitt tätigte jedes Unternehmen Lieferungen und Leistungen im Wert von 1,2 Mill. DM.

Von den insgesamt nachgewiesenen Umsätzen waren 118 Mrd. DM (87%) steuerbelastet und 17 Mrd. DM (13%) steuerfrei. Mit 101 Mrd. DM unterlagen 85% des steuerbelasteten Umsatzes dem allgemeinen Steuersatz von 13 bzw. 12%, auf 16 Mrd. DM (14%) wurde der ermäßigte Steuersatz angewandt. Von den steuerfreien Umsätzen mit Vorsteuerabzug entfielen 88% auf Ausfuhrlieferungen, bestimmten Leistungen im grenzüberschreitenden Verkehr sowie auf Lieferungen und Leistungen für die Schifffahrt. Die steuerfreien Umsätze ohne Vorsteuerabzug gemäß § 15 Abs. 2 UStG erreichten zusammen 2,1 Mrd. DM (12%).

## 61% der Unternehmen blieben unter 250 000 DM Jahresumsatz

In der rheinland-pfälzischen Wirtschaft dominieren kleine und mittelständische Unternehmen. 61% der Unternehmen blieben unter 250 000 DM Jahresumsatz und 39% erwirtschafteten zwischen 250 000 und 50 Mill. DM. Die Gruppen unter 100 000 DM Jahresumsatz wiesen Rückgänge auf, die zwischen 1978 und 1980 wegen der neu geregelten Besteuerung der Kleinunternehmer mit — 18% besonders ausgeprägt sind. Der Umsatzbereich unter 100 000 DM repräsentiert damit nur noch 35% aller erfaßten Unternehmen. Parallel zur sinkenden Zahl der Steuerpflichtigen sind in den untersten Umsatzgrößenklassen die steuerbaren Umsätze um 9,4% auf 2,2 Mrd. DM zurückgegangen.

Entgegengesetzt verlief die Entwicklung im darüber liegenden Bereich. Die Umsatzgrößenklassen zwi-



Umsatzgrößenklasse	Umsatzsteuerpflichtige				Steuerbarer Umsatz			
	1978	1980		Ver- änderung	1978	1980		Ver- änderung
	Anzahl	%			Mill. DM	%		
12 000 - 20 000 DM	5 432	.	.	.	87	.	.	.
20 000 - 50 000 "	19 862	17 946	16,2	- 9,6	683	627	0,5	- 8,2
50 000 - 100 000 "	22 136	20 982	19,0	- 5,2	1 603	1 523	1,1	- 4,9
100 000 - 250 000 "	28 176	28 475	25,7	1,1	4 558	4 614	3,4	1,2
250 000 - 500 000 "	16 314	17 603	15,9	7,9	5 766	6 237	4,6	8,2
500 000 - 1 000 000 "	10 180	11 659	10,6	14,5	7 105	8 182	6,0	15,2
1 000 000 - 2 000 000 "	5 510	6 665	6,0	21,0	7 632	9 274	6,9	21,5
2 000 000 - 5 000 000 "	3 423	4 287	3,9	25,2	10 547	13 198	9,8	25,1
5 000 000 - 10 000 000 "	1 307	1 580	1,4	20,9	8 987	10 953	8,1	21,9
10 000 000 - 25 000 000 "	725	900	0,8	24,1	11 151	13 879	10,3	24,5
25 000 000 - 50 000 000 "	241	284	0,3	17,8	8 375	9 957	7,4	18,9
50 000 000 - 100 000 000 "	121	147	0,1	21,5	8 434	10 471	7,7	24,1
100 000 000 und mehr "	87	110	0,1	26,4	36 687	46 236	34,2	26,0
<b>Insgesamt</b>	<b>113 514</b>	<b>110 638</b>	<b>100,0</b>	<b>- 2,5</b>	<b>111 615</b>	<b>135 151</b>	<b>100,0</b>	<b>21,1</b>

1) Nettoumsatz (ohne Umsatzsteuer); im Jahre 1978 nach § 19 UStG Besteuerte: Bruttoumsatz (einschl. Umsatzsteuer).

schen 100 000 und 1 Mill. DM wiesen eine um 5,6% stärkere Besetzung auf als 1978. Noch stärker hat die Zahl der Umsatzmillionäre zugenommen (+ 22%), deren Umsatz sich überdurchschnittlich um 24% erhöhte, während die Unternehmen der übrigen Größenklassen nur unterdurchschnittliche Umsatzzuwächse verzeichnen konnten.

Die meisten Umsatzmillionäre befanden sich im produzierenden Gewerbe, deren Zahl sich um 36,8% auf 6 371 erhöhte. Damit lieferte jedes fünfte Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches Erzeugnisse im Wert von mehr als 1 Mill. DM an den Markt. Im Handelsbereich verlief die Entwicklung nicht so ausgeprägt. Hier wuchsen lediglich 350 (+ 6,5%) Unternehmen über die Millionengrenze. Mit 5 758 Umsatzmillionären wurden im Handel erstmals weniger Millionäre gezählt als im produzierenden Gewerbe.

Seit vielen Jahren ist sowohl im Handel als auch im produzierenden Gewerbe die Umsatzgrößenklasse 100 000 bis 250 000 DM am stärksten besetzt. Erstmals für 1980 gilt dies auch für den Dienstleistungsbereich, nachdem in den vorhergehenden Jahren eine Konzentration auf die unterste Größenklasse zu registrieren war. Dies ist nicht allein durch den Ausfall der Kleinunternehmer, die wegen der Steuerrechtsänderung nicht mehr erfaßt werden, bedingt, sondern mit der wirtschaftlichen Expansion wuchsen viele Unternehmen in diese Umsatzgrößenklassen hinein.

#### Nahezu die Hälfte des steuerbaren Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe

Der Umsatz kann als Indikator für die Wirtschaftsentwicklung und für den branchenspezifischen Beitrag der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu dieser Entwicklung dienen. Die wirtschaftssystematische Gliederung der Umsatzsteuerstatistik 1980 beruht auf der Grundlage der revidierten Systematik der Wirtschaftszweige von 1979. Diese Systematik brachte in einigen Teilen Änderungen der 1961er Gliederung, so daß die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen etwas eingeschränkt ist.

Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes stellen seit jeher einen erheblichen Umsatzanteil, der die Bedeutung dieses Bereichs im Rahmen der Gesamtwirtschaft zeigt. 19 854 Unternehmen (das sind 18% aller Umsatzsteuerpflichtigen) erwirtschafteten 65 Mrd. DM Umsatz (48% aller Umsätze). Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes waren die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung mit 22 Mrd. DM, der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau einschließlich der Hersteller von Büromaschinen mit 10 Mrd. DM sowie das Ernährungsgewerbe einschließlich der Tabakverarbeitung mit 9,1 Mrd. DM die umsatzstärksten Bereiche.

Einen beachtlichen Umsatzanteil konnten mit 11 Mrd. DM auch die 11 604 Unternehmen des Baugewerbes verbuchen. Zum Gesamtbetrag des steuerbaren Umsatzes trug das Baugewerbe etwas weniger bei (8,1%) als es seinem Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen entsprach (10,5%). Die Bauunternehmen waren relativ gesehen die größten Umsatzsteuerzahler, denn sie führten 5,7% ihres Umsatzes als Umsatzsteuervorauszahlung an die Finanzämter ab. Dem absoluten Betrag nach erbrachte zwar das verarbeitende Gewerbe mit 1,1 Mrd. DM mehr Umsatzsteuer als das Baugewerbe mit 629 Mill. DM, jedoch waren dort lediglich 1,6% des Umsatzes abzuführen. Diese Abweichungen dürften hauptsächlich durch die hohe Exportintensität des verarbeitenden Gewerbes verursacht sein, denn als Folge der beträchtlichen realen Abwertung der D-Mark und auch der sehr lebhaften Bestelltätigkeit aus dem OPEC-Raum war die Auslandsnachfrage eine Hauptstütze der Konjunktur, von der insbesondere der Fahrzeug- und Maschinenbau sowie die chemische Industrie begünstigt gewesen sind.

Der Handel ist nach dem verarbeitenden Gewerbe der Wirtschaftszweig mit dem größten Umsatzvolumen. 31 093 Handelsunternehmen setzten gut 40 Mrd. DM um. Sie erwirtschafteten mit + 10,3% aber nur eine unterdurchschnittliche Umsatzsteigerung. Die Händler trugen 547 Mill. DM (19,5%) zum Umsatzsteueraufkommen bei, wobei die Einzelhändler mit einem Um-



Wirtschaftsbereich	Umsatzsteuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz		Umsatzsteuer-vorauszahlung	Umsatzsteuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen 1979 und 1980			
						Umsatzsteuerpflichtige	steuerbarer Umsatz		Veränderung
	Anzahl	%	Mill.DM	%	Mill.DM	Anzahl	1979 <sup>1)</sup>	1980	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9 938	9,0	1 276	0,9	62	8 780	1 053	1 153	9,5
Landwirtschaft	430	0,4	169	0,1	2	368	148	160	7,9
Weinbau	8 789	7,9	867	0,6	46	7 875	743	801	7,8
Gewerbliche Gärtnerei	453	0,4	195	0,1	11	357	132	156	18,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	287	0,3	3 550	2,6	34	251	2 899	3 269	12,8
Verarbeitendes Gewerbe	19 854	17,9	64 608	47,8	1 059	17 524	57 059	60 978	6,9
Chemische Industrie, Herst.u.Verarb. v.Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung	225	0,2	22 047	16,3	7	194	20 887	21 921	5,0
Herst.v.Kunststoff- und Gummiwaren	387	0,3	3 369	2,5	68	310	2 968	3 250	9,5
Gew.u.Verarb.v.Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe	1 296	1,2	3 444	2,5	119	1 151	2 995	3 264	9,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	1 503	1,4	3 181	2,4	96	1 289	2 784	3 081	10,7
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herst. v.Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2 912	2,6	10 127	7,5	159	2 462	8 349	8 648	3,6
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herst. v.EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto und Filmabors	2 417	2,2	4 107	3,0	99	2 101	3 264	3 656	12,0
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	3 693	3,3	5 900	4,4	211	3 352	4 648	5 269	13,4
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	1 512	1,4	3 306	2,4	98	1 327	3 040	3 191	5,0
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	5 909	5,3	9 127	6,8	202	5 338	8 124	8 699	7,1
Baugewerbe	11 604	10,5	10 976	8,1	629	9 449	7 784	9 061	16,4
Bauhauptgewerbe	5 037	4,6	7 810	5,8	451	3 728	5 274	6 184	17,3
Ausbauergewerbe	6 567	5,9	3 166	2,3	178	5 721	2 510	2 877	14,6
Handel	31 093	28,1	40 486	30,0	547	25 606	30 821	32 792	6,4
Großhandel	6 919	6,3	22 645	16,8	180	5 389	17 597	18 911	7,5
Handelsvermittlung	3 030	2,7	1 106	0,8	26	2 462	973	987	1,5
Einzelhandel	21 144	19,1	16 735	12,4	341	17 755	12 251	12 894	5,3
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	4 821	4,4	2 978	2,2	87	4 002	2 441	2 688	10,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4 387	4,0	2 229	1,6	68	3 666	1 828	2 032	11,1
Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung	434	0,4	749	0,6	20	336	613	656	7,1
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	650	0,6	1 919	1,4	10	-	-	-	-
Kreditinstitute	344	0,3	961	0,7	8	-	-	-	-
Versicherungsgewerbe	7	0,0	12	0,0	1	-	-	-	-
Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	299	0,3	946	0,7	1	-	-	-	-
Dienstleistungen	31 905	28,8	8 354	6,2	386	24 953	6 458	7 021	8,7
Gastgewerbe	15 371	13,9	2 507	1,9	133	11 661	1 972	2 074	5,2
Heime	22	0,0	10	0,0	-	14	4	6	43,7
Wäscherei, Körperpflege, Fotolabors u.a. persönliche Dienstleistungen	3 506	3,2	516	0,4	38	3 091	438	465	6,2
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u.a. hygienische Einrichtungen	679	0,6	327	0,2	24	563	267	291	9,1
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	1 829	1,6	869	0,6	57	1 505	751	827	10,1
Verlagsgewerbe	141	0,1	542	0,4	21	112	481	525	9,1
Gesundheits- und Veterinärwesen	507	0,5	273	0,2	2	352	207	231	11,4
Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	6 191	5,6	2 127	1,6	95	4 985	1 559	1 742	11,8
Dienstleistungen, a.n.g.	3 659	3,3	1 183	0,9	15	2 670	779	860	10,5
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte	391	0,3	665	0,5	2	351	574	622	8,4
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	95	0,1	339	0,3	- 4	87	258	311	20,7
<b>Insgesamt</b>	<b>110 638</b>	<b>100,0</b>	<b>135 151</b>	<b>100,0</b>	<b>2 811</b>	<b>91 003</b>	<b>109 347</b>	<b>117 896</b>	<b>7,8</b>

1) Nach § 19 UStG Besteuerte: Bruttoumsatz (einschl.Umsatzsteuer).

satzvolumen von 17 Mrd. DM wesentlich mehr (341 Mill. DM) dazu beisteuerten als die Großhändler (180 Mill. DM), die 23 Mrd. DM umsetzten.

#### Baugewerbe expandierte am stärksten

Die Darstellung der Steuerpflichtigen mit ganzjährigen Umsätzen erlaubt einen durch Neugründungen, Auflösungen oder wirtschaftliche Zusammenschlüsse

unbeeinflussten Vergleich der Ergebnisse von 1980 mit denen von 1979, da sie für beide Jahre Angaben identischer Unternehmen enthält. Von den insgesamt durch die Umsatzsteuerstatistik nachgewiesenen Unternehmen waren 91 003 (82%) sowohl 1980 als auch 1979 ganzjährig am Wirtschaftsprozeß beteiligt. Sie steigerten ihren Umsatz von 109 Mrd. DM im Jahre 1979 auf 118 Mrd. DM (+ 7,8%) im Jahre 1980.



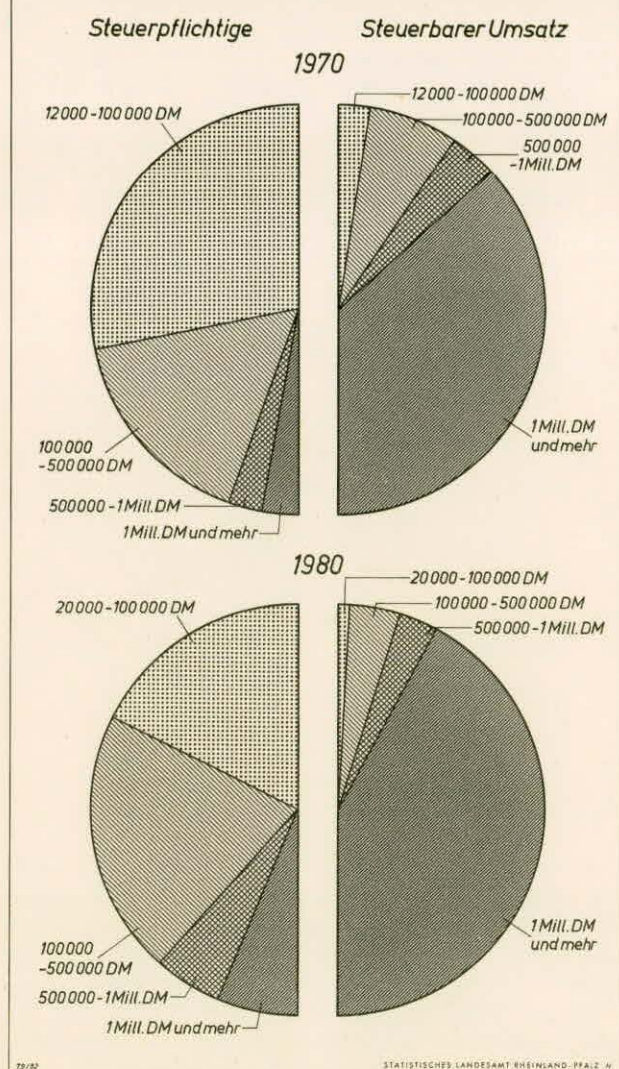
Die Landwirte und Weinanbauer verzeichneten eine durchschnittliche Umsatzentwicklung, während die gewerblichen Gärtner ein Umsatzplus von 18,4% erzielen konnten. Die Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sowie des Bergbaus expandierten nicht zuletzt wegen der um 10% gestiegenen Preise überdurchschnittlich gut (+ 12,8%). Nicht so günstig verlief die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe (+ 6,9%). Diese Tendenz wurde vor allem durch den Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (+ 3,6%) und die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung (+ 5%) geprägt, die trotz der hohen Auslandsnachfrage ihre Umsätze nur unterdurchschnittlich steigern konnten. Zweistellige Zuwachsraten konnten dagegen das Holz-, Papier- und Druckgewerbe (+ 13,4%), Elektrotechnik und Herstellung von EBM-Waren (+ 12%) sowie die Metallherzeugung und -bearbeitung (+ 10,7%) verbuchen.

Das Baugewerbe befand sich in den Jahren 1979 und 1980 in einem konjunkturellen Hoch, wobei zum

Jahresende 1980 die Bautätigkeit spürbar nachließ. Trotzdem steigerten die Bauunternehmen im Jahre 1980 ihre Umsätze um 16,4%. Die Preissteigerung hatte aber auf diese Entwicklung einen maßgeblichen Einfluß. Es erhöhten sich die Preise für die Bauleistungen um 10,6%, so daß eine reale Umsatzverbesserung von knapp 6% zu verzeichnen ist. Im Wettbewerbsprozeß hatten offenbar die größeren Unternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Umsatz Vorteile, denn sie erwirtschafteten deutlich höhere Umsatzzuwächse als ihre kleineren Konkurrenten.

Die ganzjährig tätigen Unternehmen des Dienstleistungsbereichs erzielten 1980 Umsätze von insgesamt 7 Mrd. DM. Die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr lag mit 8,7% nur geringfügig über dem Durchschnitt. Die 14 Wohn-, Altenpflege- und Krankenhäuser konnten ihre Umsätze nahezu verdoppeln. Sie wiesen mit + 44% die höchste Steigerungsrate aus. Auch die Dienstleistungen der rechts- und steuerberatenden Berufe, der Wirtschaftsprüfer, der technischen Beratungs- und Planungsbüros wurden stärker nachgefragt, so daß sich deren Umsätze um 11,8% erhöhten.

*Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz nach Umsatzgrößenklassen 1970 und 1980*



### Besteuerung der Kleinunternehmer neu geregelt

Die im Vergleich zu 1978 gesunkene Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen ist auf die Anhebung der Veranlagungsgrenze von 12 000 auf 20 000 DM zurückzuführen. Gleichzeitig wurde die Besteuerung der Kleinunternehmer mit einem Jahresumsatz unter 60 000 DM grundlegend neu gestaltet. Die bisherige Bruttoumsatzbesteuerung in Höhe von 4% wurde aufgegeben. Im Jahre 1978 machten noch 8 710 Unternehmer mit einem steuerbaren Umsatz von 243 Mill. DM von dieser Regelung Gebrauch. Seit 1980 wird bei Kleinunternehmern, deren Umsatz im vorangegangenen Kalenderjahr 20 000 DM nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr voraussichtlich 100 000 DM nicht übersteigen wird, die Umsatzsteuer nicht erhoben. Diese Fälle fehlen deshalb in der Statistik. Da die neue Regelung für die Kleinunternehmer insbesondere bei Umsätzen innerhalb der Unternehmenskette wegen der nicht abzugsfähigen Vorsteuern nachteilig sein kann, sieht das Gesetz eine Optionsmöglichkeit vor. Erklärt der Unternehmer, daß er seine Umsätze der Regelbesteuerung unterwerfen will, erhält er einen degressiv gestaffelten Steuerabzugsbetrag, sofern der Umsatz im laufenden Kalenderjahr 60 000 DM nicht übersteigt. Diese Bestimmung sichert dem Kleinunternehmer einen Steuervorteil, da sich seine Zahllast durch den Abzugsbetrag vermindert. Im Jahre 1980 konnten auf diese Weise mehr als 5 Mill. DM steuermindernd von den Unternehmern geltend gemacht werden, erwartungsgemäß hauptsächlich von Einzelunternehmern (4,6 Mill. DM). Die Personengesellschaften sicherten sich Steuervorteile von 246 000 DM, während die Kapitalgesellschaften aufgrund der anders gearteten Struktur nur 26 000 DM in Anspruch nehmen konnten.

Die Unternehmen des Dienstleistungsbereichs, in dem seit Jahren mehr als die Hälfte der Unternehmen weniger als 100 000 DM im Jahr umsetzten, bean-



Rechtsform	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz		Steuer- abzugsbetrag nach § 19 Abs. 3 UStG	Umsatz- steuer- voraus- zahlung
	Anzahl	%	Mill. DM	%	1 000 DM	
Erwerbsunternehmen	87 726	79,3	31 256	23,1	4 638	1 074 192
Personengesellschaften	13 067	11,8	41 062	30,4	246	1 074 720
Offene Handelsgesellschaften	8 280	7,5	7 565	5,6	242	237 880
Kommanditgesellschaften	4 787	4,3	33 497	24,8	4	836 840
Kapitalgesellschaften	7 724	7,0	55 683	41,2	26	605 857
AG/KGaA, Bergrechtliche Gesellschaften	72	0,1	26 587	19,7	-	89 745
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	7 652	6,9	29 096	21,5	26	516 112
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	711	0,6	4 209	3,1	-	15 882
Unternehmen gewerblicher Art von öffent- lich-rechtlichen Körperschaften	392	0,4	1 870	1,4	3	42 858
Sonstige Rechtsformen	1 018	0,9	1 071	0,8	149	- 2 451
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>110 638</b>	<b>100,0</b>	<b>135 151</b>	<b>100,0</b>	<b>5 061</b>	<b>2 811 057</b>

spruchten 2,9 Mill. DM (59%) der Steuervergünstigung. Innerhalb des Dienstleistungssektors waren das Gaststättengewerbe (1,2 Mill. DM), das Friseur- und Körperpflegegewerbe (646 000 DM) sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen (306 000 DM) die größten Nutznießer.

#### 80% der wirtschaftlichen Einheiten firmierten unter der Rechtsform der Einzelunternehmung

Nahezu 80% der durch die Umsatzsteuerstatistik erfaßten wirtschaftlichen Einheiten wurden von einem Einzelunternehmer und 12% von mehreren Personen geführt. Dem hohen zahlenmäßigen Anteil der Einzel-

unternehmen steht allerdings ein nur geringer Beitrag zum steuerbaren Umsatz von 23% gegenüber, da mehr als zwei Drittel der Unternehmen dieser Rechtsform weniger als 250 000 DM umsetzten. Beachtlich ist die Umsatzstärke der Kommanditgesellschaften, die knapp ein Viertel des Umsatzes erwirtschafteten, obgleich sie lediglich 4,3% der Steuerpflichtigen ausmachten. Mit 41% ist der Anteil am Umsatz, den die Kapitalgesellschaften erreichten, erwartungsgemäß hoch. Mit 7,2 Mill. DM erzielten sie auch die mit großem Abstand höchsten Durchschnittsumsätze.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

## ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt

Ein effektiver Einsatz der Automatischen Datenverarbeitung (ADV) ist in starkem Maße von der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter abhängig. Nur gute Mitarbeiter können das Leistungspotential moderner ADV-Anlagen richtig nutzen und damit einen Beitrag zum optimalen Einsatz der hierdurch gebundenen finanziellen Mittel leisten. Aus diesem Grunde wird seit 1968 im Statistischen Landesamt eine regelmäßige ADV-Aus- und Weiterbildung durchgeführt.

Im Jahre 1968 wurden die bis dahin primär im statistischen Arbeitsfeld eingesetzten elektronischen Datenverarbeitungsanlagen IBM 1401 durch das System IBM 360 abgelöst. Damit verfügte das Statistische Landesamt über einen Rechner der sogenannten Dritten Generation, der sich von seinen Vorgängern durch eine um ein Vielfaches gesteigerte Leistungsfähigkeit unterschied. Das Statistische Landesamt war jetzt in der Lage, über das statistische Aufgabenspektrum hinausgehend Verwaltungsaufgaben einer automatisierten Verarbeitung zuzuführen. So werden zum Bei-

spiel die Berechnung und Zahlbarmachung des Wohngeldes, die Auswertung der Forsteinrichtungsergebnisse und die Aufstellung der Landeshaushaltsrechnung maschinell erledigt.

Schon vor der Anschaffung des neuen Computers zeichnete sich ab, daß die Fortentwicklung von Hardware und Software und die damit einhergehende Änderung des quantitativen und qualitativen Aufgabenspektrums auch Änderungen in den Anforderungen an das mit der Lösung dieser Aufgaben betraute Personal nach sich ziehen mußte. Um die Ende der 60er Jahre anvisierten DV-Projekte<sup>1)</sup> zu realisieren, waren qualifizierte Mitarbeiter erforderlich, die gleichermaßen über allgemeine Verwaltungskennntnisse, spezielles (aus der jeweils zu automatisierenden Aufgabe resultierendes) Fachwissen sowie fundierte ADV-Kenntnisse verfügten. Da solches Personal am Arbeitsmarkt nicht oder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stand und die Fortbildungsangebote der ADV-Anlagen-Hersteller sowie der allgemeinen Aus- und Fortbildungsinstitute diesen Anforderungen nicht genügen konnten, wurde als erster Schritt auf Beschluß des Interministeriellen Ausschusses „Automa-

<sup>1)</sup> Vgl. Automation in der Verwaltung von Rheinland-Pfalz - Bericht vorgelegt vom Interministeriellen Ausschuss Automation in der Verwaltung, Bad Ems 1967.



tion in der Verwaltung") in der Zeit vom November 1968 bis August 1969 bei der Geschäftsstelle des Interministeriellen Ausschusses in Bad Ems ein diese Anforderungen abdeckender Analytiker- und Programmierlehrgang durchgeführt, an dem 15 Mitarbeiter teilnahmen. Entsprechend der Maschinenausstattung der Rechenzentren des Landes war dieser Lehrgang primär auf eine einfache problemorientierte Programmiersprache und die maschinen-orientierte Sprache Assembler ausgerichtet. In den Jahren nach 1968 wurde die ADV-Ausbildung zu einem festen Bestandteil im Statistischen Landesamt und hat inzwischen einen nicht bestrittenen Rang unter den ADV-Ausbildungseinrichtungen der öffentlichen Rechenzentren.

Bis zum heutigen Tage haben rund 130 Mitarbeiter eine geschlossene ADV-Ausbildung absolviert. Zeitlicher Umfang und stofflicher Inhalt waren hierbei im Zeitablauf einer ständigen Ausweitung unterzogen, die sich aus den in der Abteilung ADV eingesetzten maschinellen Anlagen sowie den bearbeiteten Aufgabengebieten ergab. Als Beispiele seien der Aufbau des Landesinformationssystems seit 1970 und die 1977 im Rahmen der Krankenhausautomation eingeführte Datenfernübertragung genannt. Darüber hinaus entstand schon bald die Notwendigkeit, das im Rahmen der Grundausbildung vermittelte Wissen technischen Entwicklungen und veränderten Anwenderanforderungen anzupassen. Neben die eigentliche ADV-Ausbildung trat deshalb eine eigenständige ADV-Weiterbildung. Die auf beiden Gebieten seit 1968 geleistete Arbeit schlägt sich in der Qualität der Produkte nieder, die den Anwendern seither angeboten werden.

### ADV-Grundausbildung

Die ADV-Grundausbildung untergliedert sich in einen schulischen Abschnitt und eine praktische Einarbeitung. Ziel der schulischen Ausbildung ist es, den Lehrgangsteilnehmern die theoretischen und praktischen Kenntnisse zu vermitteln, die zur selbständigen Wahrnehmung von Verfahrens- und Programmentwicklungsaufgaben benötigt werden. Vermittelt werden die Grundlagen der Automatischen Datenverarbeitung, Fertigkeiten in den Programmiersprachen Assembler und Cobol, Kenntnisse des Job-Control, des eingesetzten Betriebssystems, der hausinternen Dienstprogramme, der verwendeten Datenbanktechnik sowie neuer Methoden des Software-Engineerings. Die Ausbildung erfolgt ausschließlich hausintern nach dem Fachlehrerprinzip durch amtsangehöriges Lehrpersonal.

Als Lehrmethode wird das Lehrgespräch - unterstützt und ergänzt durch audiovisuelle Hilfsmittel (Video-Kassetten, Tageslichtschreiber) - gewählt. Im Vordergrund der Ausbildung steht nicht so sehr die Vermittlung eines speziellen Faktenwissens - dazu entwickelt sich die Datenverarbeitung viel zu schnell - sondern die Beherrschbarkeit rechnerorientierter Verfahrensweisen. Es wird ein Kenntnisstand vermittelt, der dazu befähigt, nach Abschluß der Ausbildung Programme mittleren Schwierigkeitsgrades (gemessen an

den Eingruppierungsvorschriften für Angestellte) zu erstellen. Bereits in den ersten Ausbildungswochen erfolgt neben einer Einführung in den Betrieb des Rechenzentrums eine Unterweisung am Bildschirmterminal, so daß von Anfang an mit dem Rechner gearbeitet werden kann. Durch diese Verknüpfung von theoretischer und praktischer Ausbildung wird von vornherein die Grundlage für einen nahtlosen Übergang zum zweiten Ausbildungsabschnitt und damit dem späteren Einsatz im Statistischen Landesamt geschaffen. Bereits während der schulischen Ausbildung werden Praktika in den Referaten Amtliche Statistik, Verwaltungsautomation, Landesinformationssystem und Krankenhausinformationssystem sowie dem Rechenzentrum absolviert.

### ADV-Weiterbildung

Neben der Ausbildung junger Nachwuchskräfte ist die ständige Weiterbildung aller im Bereich der ADV des Statistischen Landesamtes tätigen Mitarbeiter die zweite Komponente der hier praktizierten Bildungsaktivitäten. Neue Entwicklungen auf dem Gebiete der Hardware und der Software-Produktion folgen so schnell aufeinander, daß die Halbwertszeit des Wissens, das heißt die Zeitspanne, in der die Kenntnisse über ein Fachgebiet zu 50% veraltet sind, wenn man sich nicht regelmäßig fortbildet, bei etwa drei Jahren liegt. Jede technologische Änderung (man denke an den zunehmenden Einsatz der Datenfernverarbeitung), jede Veränderung des Aufgabeninhaltes (so zum Beispiel die häufigen Änderungen des Wohngeldgesetzes als Grundlage des maschinellen Wohngeldverfahrens) und jede Spezialisierung von Tätigkeiten beeinflussen die Anforderungen an die Fähigkeiten der Mitarbeiter. Dies bedeutet für die Berufsbilder der ADV, daß sie fachlich-inhaltlich einer besonders schnellen Änderung unterliegen und für die Mitarbeiter, daß ihr Wissenstand durch permanente Weiterbildung neuen Entwicklungen und veränderten Anforderungen ständig angepaßt werden muß.

Neben diesem sachlichen Adaptionszwang ergibt sich gerade für das Gebiet der ADV die Notwendigkeit zu einer intensiven Weiterbildung aus dem Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung von Haushaltsmitteln. Ein optimaler und alle Möglichkeiten ausschöpfender Einsatz der in der Regel ausgaben- und kostenintensiven Automatischen Datenverarbeitung ist nur dann möglich, wenn die für Planung, Programmierung, Betrieb und Überwachung zuständigen Mitarbeiter über adäquate Fähigkeiten verfügen. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wird im Statistischen Landesamt ein auf mehrere Jahre ausgelegter und sämtliche Mitarbeiterebenen der ADV umfassender Weiterbildungsplan realisiert. Neben rein ADV-bezogenen Ausbildungsinhalten umfaßt dieser Plan auch die Vermittlung fachbereichsspezifischen Wissens, wie die Vermittlung von Grundlagen der Kostenrechnung als Basis des im Rahmen der Krankenhausautomation praktizierten Kostenrechnungsverfahrens. Die Weiterbildung wird zum Teil in Form des Selbststudiums mittels programmierter Unterweisungen und Videokassetten, zum Teil über Schulungszentren der ADV-Anlagenhersteller und zum Teil in Eigenregie durch Mitarbeiter des Amtes betrieben.

<sup>1)</sup> Vgl. Automation in der Landes- und Kommunalverwaltung Rheinland-Pfalz - Bericht 2, herausgegeben vom Interministeriellen Ausschuss Automation in der Verwaltung, Bad Ems 1971, S. 16.



## Zukunftsaspekte der ADV-Aus- und Weiterbildung

Über die geschilderten Aspekte hinaus wird die Aus- und Weiterbildung im Bereich der ADV künftig zwei Zielen dienen. Zum einen ist dies die konsequente Schulung und der darauf basierende Einsatz neuer Methoden des Software-Engineerings<sup>1)</sup> als Grundlage effizienter Verfahrens- und Programm-erstellung bzw. -wartung, zum zweiten die über die Aus- und Weiterbildung vorbereitete verstärkte Integration von ADV-Bereich und Fachbereich des Amtes. Dem zuletzt genannten Zielkomplex liegt die Erfahrung zugrunde, daß benutzergerechte ADV-Verfahren nur in einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen Fachbereich (als Anwender und Träger eines ADV-Verfahrens) und ADV-Bereich (als Lieferant einer Informationsinfrastruktur) entstehen können.

Für die Weiterbildung leitet sich daraus die Konsequenz ab, daß eine Verbreiterung des Wissens aller von einer ADV-Anwendung betroffenen Mitarbeiter notwendig ist. Der Mitarbeiter des ADV-Bereiches muß ausreichendes Fachwissen und der Mitarbeiter des Fachbereiches aufgabenadäquates ADV-Wissen erwerben, das heißt die Fähigkeit erlangen, seine Probleme in einem fachlichen Konzept zu formulieren. Nur so ist es möglich, eine gemeinsame Kommunikationsebene sicherzustellen. Darüber hinaus müssen moderne Formen der Zusammenarbeit geschult und in praktischer Anwendung erprobt werden.

<sup>1)</sup> Vgl. K. Pammer: Neue Methoden zur Programmentwicklung und Wartung in der Automatischen Datenverarbeitung. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 3, März 1982.

Zur Zeit wird daran gearbeitet, ein adressatenspezifisches Schulungsangebot zusammenzustellen, welches den geschilderten Bedürfnissen entspricht. Dieses Programm, das auch im Hinblick auf die gegebene Haushaltssituation amtsintern initiiert und praktiziert werden soll, umfaßt über die spezifischen Belange des Software-Engineerings hinausgehend beispielsweise die in folgenden Schlagwörtern zum Ausdruck kommenden Komponenten: ADV am Arbeitsplatz, Controlling und Revision in der Datenverarbeitung, Datenschutz und Datensicherheit.

## Stellenwert der Aus- und Weiterbildung

Der Bildungsstand der Mitarbeiter ist das nicht direkt meßbare Vermögen jedes Unternehmens und jeder Behörde. Es genügt nicht, nur Investitionen in die technischen Betriebsmittel zu betreiben. Es ist vielmehr notwendig, gleichzeitig in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter zu investieren. Erst das Zusammenwirken beider Investitionsobjekte bringt die Effizienz, die den Erfolg eines Betriebes ausmacht. Hierbei darf das - als Bestandteil einer vorausschauenden Personalführung verstandene - Aus- und Weiterbildungsprogramm im Bereich der ADV nicht in Konkurrenz zu der Lehrtätigkeit der institutionellen Bildungseinrichtungen gesehen werden. Es soll vielmehr eine sachlich spezifische Schulung und Information in Bezug auf die Belange des Statistischen Landesamtes und damit eine Möglichkeit bieten, auf höhere Qualifikationsanforderungen schnell und zweckadäquat reagieren zu können.

Diplom-Kaufmann H. Wirtz

## Strukturierte Programmierung

Das im Statistischen Landesamt eingesetzte System zur Programmentwicklung besteht aus einer Reihe von einzelnen Methoden, welche alle dem Prinzip der Strukturierten Programmierung folgen<sup>1)</sup>. Eine dieser Methoden ist die klassische Strukturierte Programmierung, die heute auch als Strukturierte Programmierung im Kleinen bezeichnet wird<sup>2)</sup>.

Die Methode, mit der im Statistischen Landesamt im Kleinen strukturiert programmiert wird, sind die Struktogramme. Anhand dieser Struktogramme wird im folgenden die strukturierte Programmierung vorgestellt.

### Warum wird strukturiert programmiert?

Im allgemeinen gibt es mehrere Möglichkeiten, eine Handlung (korrekt) auszuführen. Entsprechend vielfältig sind die möglichen Programme. Neben klaren, einfachen Lösungen sind auch Komplexe, vielfach

vernetzte Abläufe möglich. Um korrekte Programme zu erhalten, bedarf es methodischen Vorgehens. Man bedient sich dabei unterschiedlicher strukturierter Methoden, welche in den verschiedenen Phasen der Programmentwicklung eingesetzt werden. Eine dieser Methoden ist die Strukturierte Programmierung. Ziel der Strukturierten Programmierung ist es, die Erstellung guter Programme, das heißt korrekter, verständlicher und leicht wartbarer Programme, zu erleichtern.

### Was ist die Strukturierte Programmierung im Kleinen?

Die Strukturierte Programmierung im Kleinen befaßt sich mit der Erstellung von Programmteilen, sogenannten Modulen, und dient nicht nur dazu, korrekte, sondern für spätere Änderungen auch verstehbare Module zu erstellen. Analyse und Dokumentation von Modulen werden im Statistischen Landesamt mit Hilfe von Struktogrammen durchgeführt. Diese Struktogramme sind graphische Darstellungen von Funktionsabläufen, welche mittels einer formalisierten Sprache, dem sogenannten Pseudocode, ergänzt und durch Detailbeschreibungen erläutert werden. Weitere Einzelheiten, welche noch zum Verständnis eines Programms erforderlich sind, werden zusätzlich verbal in Detail-

<sup>1)</sup> K. Pammer: Neue Methoden zur Programmentwicklung und Wartung in der Automatischen Datenverarbeitung. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 3, März 1982.

<sup>2)</sup> Vgl. Kimm/Kochetal: Einführung in Software Engineering, Berlin 1979, und F. Stetter: Softwaretechnologie, Eine Einführung. Reihe Informatik, Band 33, Zürich 1981.



beschreibungen niedergelegt. Die in diesem Beitrag verwendeten Beispiele sind so gewählt, daß auf eine Detailbeschreibung verzichtet werden konnte, ohne das Verständnis des Gesamtzusammenhangs zu beeinträchtigen. In der Praxis kommt man nur in einfachen Fällen ohne verbale Detailbeschreibung aus.

**Die Grundlage der Strukturierten Programmierung im Kleinen**

Um die Erstellung guter Programme zu erleichtern und die Wartbarkeit zu verbessern, läßt die Strukturierte Programmierung nur ganz bestimmte Aktionsfolgen zu und schließt vor allem unübersichtliche Vernetzungen aus. Drei Grundstrukturen der Strukturierten Programmierung sind zu unterscheiden.

- (1) (Lineare) Folge von Aktionen (Sequenz)
- (2) alternative Auswahl zwischen zwei Aktionen (Alternative)
- (3) Wiederholung von Aktionen (Iteration).

Unumstritten ist das Prinzip, sich im wesentlichen auf diese drei Strukturen zu beschränken. Im Statistischen Landesamt wurden sie allerdings noch um einige Varianten, wie Alternative zwischen mehreren Aktionen (die sogenannte Fallunterscheidung), erweitert. Zusätzlich werden sinnvolle strukturierte Ausnahmeregelungen zugelassen, welche in Einzelfällen Ungeschicklichkeiten der strikten Beschränkung auf die Grundstrukturen beheben. Dieser Ansatz wurde auch von den Vätern der Strukturierten Programmierung immer verfolgt<sup>1)</sup>. In diesem Sinne ist die Strukturierte Programmierung im Statistischen Landesamt mehr eine Aufforderung zu einer Beschränkung auf das möglichst spärliche Benutzen der Ausnahmen, als eine absolute Vorschrift.

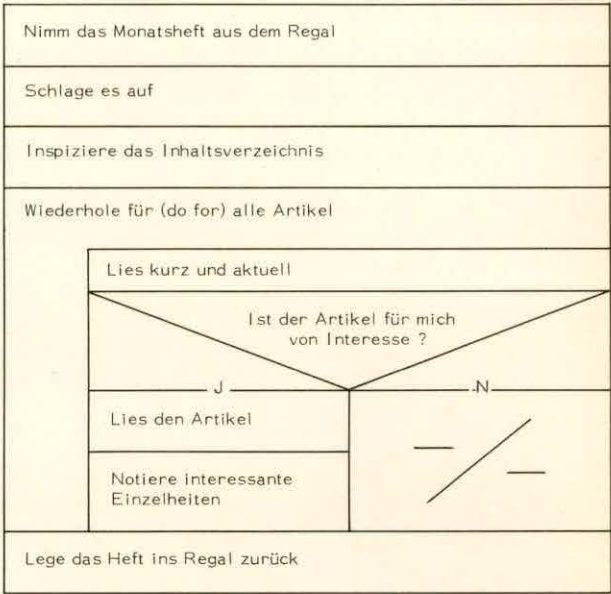
Die Erkenntnis über die Notwendigkeit der Strukturierten Programmierung hat dazu geführt, daß die Strukturierte Programmierung im Kleinen von allen neueren Programmiersprachen gezielt unterstützt wird. Neueste Sprachen wie ADA unterstützen sogar schon die strukturierten Ausnahmen. Daher ist das Ziel in dieser Phase der Entwicklung, Module zu entwerfen, welche sich möglichst einfach in eine Programmiersprache umsetzen lassen.

**Wie sieht ein strukturiertes Programm aus?**

Die Strukturierung erkennt man am besten aus ihrer graphischen Darstellungsform, den Struktogrammen. Während die Strukturierte Programmierung das Prinzip darstellt, liefern Struktogramme eine Technik zur Erstellung strukturierter Programme. Struktogramme sind graphische Darstellungen der Grundstrukturen, Erweiterungen und Ausnahmen, welche von Nassi und Shneiderman entwickelt wurden<sup>2)</sup>. Man bezeichnet sie daher auch als Nassi/Shneiderman-Diagramme. Die folgenden Beispiele sind so gewählt, daß auch der nicht mit der Automatischen Datenverarbeitung Vertraute sie nachvollziehen kann. Sie sollen die Funktionsweise von Struktogrammen verdeutlichen und sind daher natürlich nicht realistisch.

Beispiel eines Struktogramms zum Lesen der Monatshefte:

<sup>1)</sup> Vgl. E. W. Dijkstra: Letters of the Editor Communications of the ACM 3, S. 147—148 (1976) und D. E. Knuth: Structured Programming with Goto Statements Computing Surveys, 6/4, 12 (1974).  
<sup>2)</sup> I. Nassi, B. Shneiderman: Flowchart Techniques for Structured Programming Sigplan Notices, 8/73, S. 12—26.



Aus dem Beispiel ist der Aufbau eines Struktogramms ersichtlich. Es besteht aus einem Rahmen, welcher einen Gesamt Ablauf beschreibt, und seiner internen Gliederung in mehrere Aktionen. Die Reihenfolge der Aktionen wird durch die Symbolik bestimmt und ist daher auf einen Blick erkennbar. Dies ist eine der wesentlichen Vorteile dieser Form der kompakten graphischen Darstellung. Sie erlaubt dem erfahrenen Mitarbeiter, sich schneller in ein von einem anderen Programmierer erstelltes Programm einzuarbeiten.

**Einige Regeln zum Einsatz der Struktogramme**

Beim Einsatz der Struktogramme im Statistischen Landesamt sind einige Regeln zu beachten:

- Der Ablauf geht immer geradlinig von oben nach unten. Daraus folgt, daß jeder mögliche Ablauf des Programms einem ununterbrochenen Pfad durch das Struktogramm entspricht.
- Auslassen (Überspringen) von Aktionen der Art: Arbeite in Kästchen „Lies kurz und aktuell“ weiter, sind verboten.
- Strukturen dürfen sich nicht überschneiden.
- Verzweigte Strukturen müssen weiter unten wieder zusammenführen.
- Innerhalb des Kastens ist der Ablauf in Teilabläufe zerlegt und zwar so, daß die maximale Größe eines Struktogramms eine DIN A 4-Seite nicht überschreiten darf.

Die letzte Einschränkung dient zum einen der Übersichtlichkeit, der gesamte Ablauf ist auf einen Blick erkennbar, zum anderen aber auch dazu, eine sinnvolle Zerlegung einer Aufgabe in Teilaufgaben zu fördern.

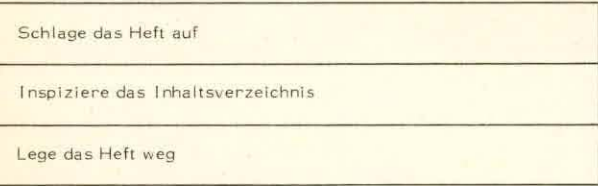
In dem gewählten Beispiel sind alle drei Grundstrukturen enthalten. Man erkennt intuitiv, wie die Folge von Aktionen dargestellt wird. Es handelt sich um eine waagerechte Unterteilung des Struktogramms. Auch die Fallunterscheidung ist unmittelbar einsichtig. Es ist eine durch Diagonalen eingeleitete Teilung des Ablaufs in einen linken und rechten Teil, der je nach dem speziellen Fall ausgewählt wird. Die Schleife ist eine linke Klammer, welche im Kopf die Bedingung für ihre Ausführung enthält und die bei Erfüllung aus-



zuführenden Aktionen als Rumpf einschließt. Die Möglichkeit der Schachtelung der Strukturen wurde bei der Fallunterscheidung innerhalb der Schleife benutzt.

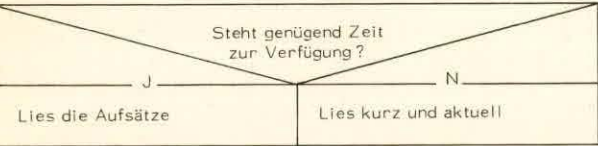
Die drei Grundstrukturen auf einen Blick

— Folge von Aktionen (Sequenz):



die auszuführenden Aktionen sind klar.

— Fallunterscheidung (Alternative):



die auszuführenden Aktionen sind hier:

- 1. Prüfe, ob genügend Zeit zur Verfügung steht.
- 2a. Falls ja: lies die Aufsätze.
- 2b. Falls nein: lies kurz und aktuell.

— Wiederholung (Iteration) mittels einer Bedingungs-schleife:



die auszuführenden Aktionen sind hier:

- 1. Prüfe, ob alle Sätze gelesen sind.
- 2. Wenn nein: lies die Einleitung eines (noch nicht gelesenen) Satzes und gehe zurück zur ersten Aktion.

Die Anweisung „gehe zurück“ ist Bestandteil der Kontrollstruktur und widerspricht von daher nicht den Regeln zum Einsatz der Struktogramme.

Pseudocode und Detailbeschreibung

Die formalisierte Beschreibung in den Struktur-symbolen heißt Pseudocode. Er ist eine verkürzte Sprache, welche zusätzliche Informationen zu den Abläufen liefert. Er besteht aus Schlüsselwörtern (do, while, repeat, break . . .), und erklärendem Text. Die Schlüsselwörter werden üblicherweise in englisch gebildet, da alle Programmiersprachen sie in dieser Form enthalten, und der Computer sie daher verstehen kann.

Pseudocode tritt vor allem bei den Schleifen und Abbrüchen auf, um Einschränkungen zu beschreiben. Zusätzlich existieren weitere Schlüsselwörter (call, wait, open, close, write), welche Hinweise zur Codierung liefern, aber für das Verstehen des Ablauf-

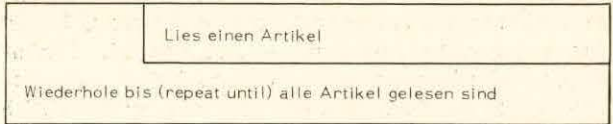
fes nicht erforderlich sind. Aus diesem Grund wird hier auf ihre nähere Beschreibung verzichtet. Die Detailbeschreibung informiert zusätzlich über Einzelheiten des Programms. Auch hier ist der Einsatz von (erweitertem) Pseudocode möglich, doch erfordert dies eine sehr weitgehende automatische Unterstützung des Programmierers, weshalb im Statistischen Landesamt weiterhin konventionell verbal beschrieben wird.

Erweiterungen und strukturierte Ausnahmen

Die drei Grundstrukturen reichen mit ihren Schachtelungen zur Analyse aller denkbaren Programme aus. Andererseits ist eine strikte Beschränkung nicht immer sinnvoll. Daher werden im Statistischen Landesamt eine Reihe von Erweiterungen benutzt, welche zum Teil schon von den Erfindern der Strukturierten Programmierung vorgeschlagen wurden, aber zeitweilig in Vergessenheit gerieten.

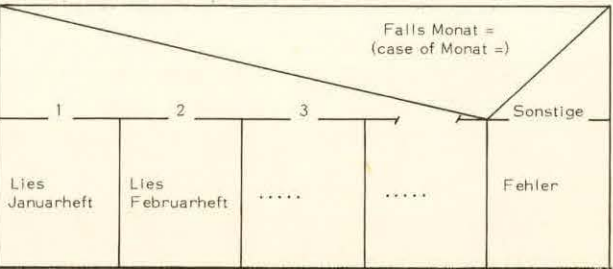
Es sind dies:

— die nichtabweisende Schleife (Wiederholungsschleife):



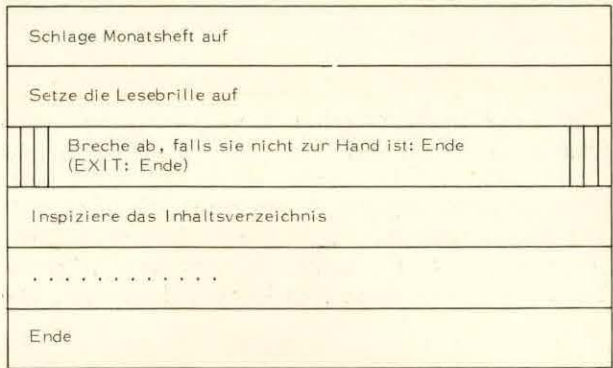
Die Wiederholungsschleife unterscheidet sich von der Bedienungsschleife dadurch, daß ihr Rumpf immer mindestens einmal ausgeführt wird.

— Die mehrfache Fallunterscheidung (case):

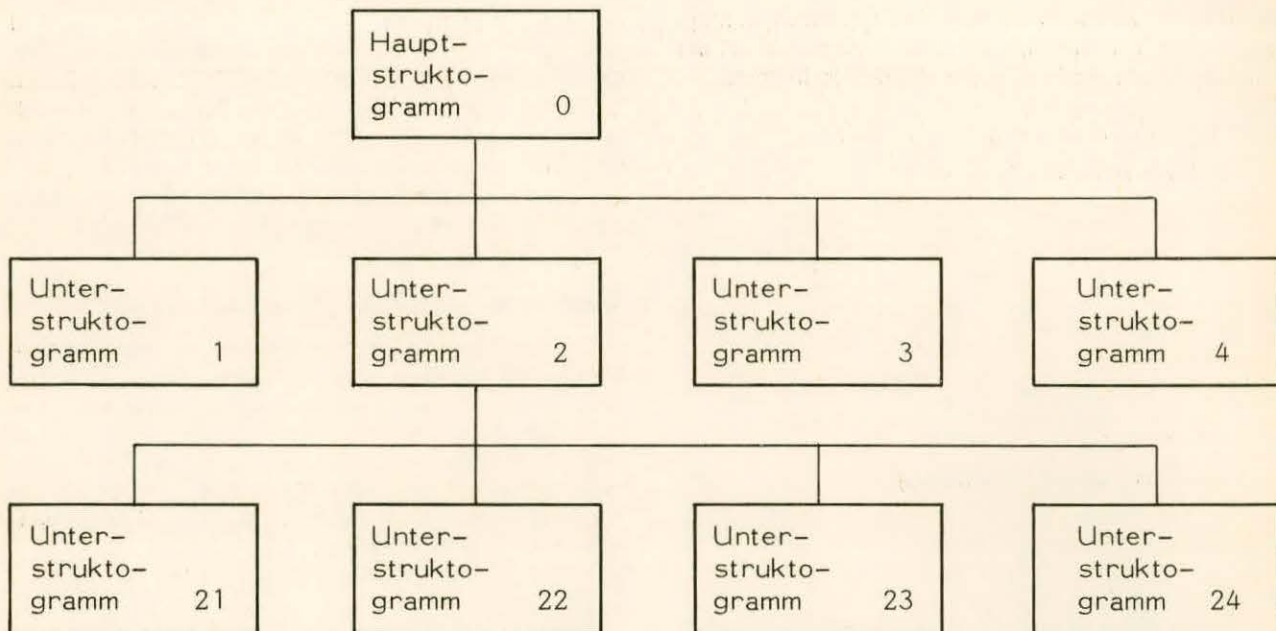


Der Teil „sonst“ ist zwingend vorgeschrieben. Er dient dazu, alle Fälle, die eigentlich nicht vorkommen können, aufzunehmen.

— der Abbruch eines Ablaufs (exit):

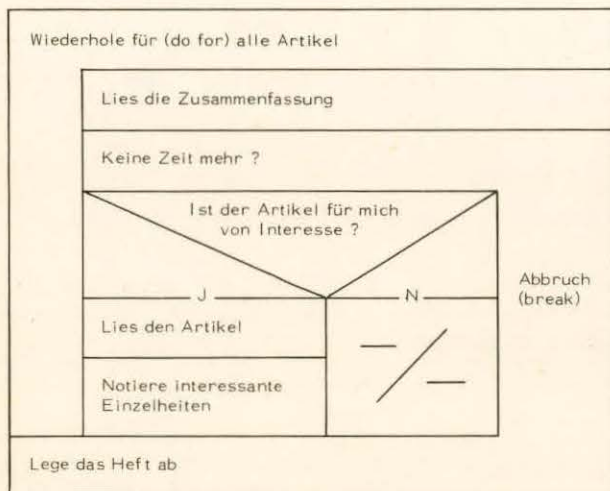






Dies ist eine der strukturierten Ausnahmen, welche im Statistischen Landesamt zugelassen sind. Es ist der sogenannte Strukturierte Abbruch für Fehlerfälle, welche kein sinnvolles Weiterarbeiten zulassen. Von einem solchen Abbruch aus muß grundsätzlich nach unten zum Ende des Programms hin verzweigt werden. Hier ist die explizite Angabe der nächsten Handlung erforderlich. Der Sprung in eine Schachtelung ist nicht zulässig. Solche Aussprünge werden durch Fettdruck rechts und links optisch hervorgehoben.

— der vorzeitige Schleifenabbruch (break loop):



Eine der im Statistischen Landesamt entwickelten Erweiterungen ist der vorzeitige Schleifenabbruch (break loop), welcher das vorzeitige Verlassen einer Schleife (außerhalb der Kopfbedingung) erlaubt. Es darf grundsätzlich nur hinter der Schleife weitergearbeitet werden. Man beachte: die nach unten führende (rechte) Klammer stellt hier keine Schleife dar. Sie

bedeutet, daß, falls eine Bedingung erfüllt ist, hinter (unter) der Schleife weitergearbeitet werden soll. Die Klammer ist daher nach unten offen.

#### Darstellung der Hierarchie von Struktogrammen mit Hilfe der Funktionsbäume

Sind einzelne Teilabläufe selbst recht umfangreich und komplex, so daß man sie nicht sofort codieren kann, oder hat man so viele Teilabläufe, daß diese nicht auf eine DIN A 4-Seite passen, so faßt man Teilabläufe zusammen und analysiert diese Unterprogramme dann weiter mittels der Kontrollstrukturen. Auf diese Weise erhält man eine baumartige Hierarchie von Struktogrammen. Ein Struktogramm darf dabei aus Übersichtlichkeitsgründen maximal sieben unmittelbare Unterstruktogramme haben.

Der Zusammenhang zwischen Hauptstruktogramm und den Unterstruktogrammen (Hauptprogramm und Unterprogrammen) wird im Statistischen Landesamt mittels des Funktionsbaumes dargestellt, welcher die Hierarchie der Programme widerspiegelt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß im Statistischen Landesamt die Strukturierte Programmierung im Kleinen den Entwurf eines Struktogramms zum Ziel hat, welches eine gewünschte Aufgabe erfüllt. Ist das Ergebnis ein sinnvoller, korrekter Ablauf, so wird er in eine für den Computer verständliche Form gebracht, das heißt in einer Programmiersprache codiert.

Struktogramm und Detailbeschreibung dienen zur Dokumentation des Programms. Da beides vor der Codierung erstellt wird, entfällt das Nachdokumentieren. Es ist durch eine geringfügige Systematisierung vor der Codierung überflüssig geworden. Dadurch wird mit Hilfe der Strukturierten Programmierung im Kleinen auch ein rationelleres Arbeiten in dieser Phase der Programmentwicklung möglich.

Diplom-Mathematiker K. Pammer



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 642	3 642	3 641	3 640	3 639	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	1 987	2 642	2 466	1 701 <sup>P</sup>	1 882 <sup>P</sup>	2 905 <sup>P</sup>	2 249 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	6,6	8,5	8,2	5,5 <sup>P</sup>	6,3 <sup>P</sup>	9,4 <sup>P</sup>	7,5 <sup>P</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	3 056	3 089	3 177	3 253 <sup>P</sup>	3 027 <sup>P</sup>	2 762 <sup>P</sup>	3 347 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	10,2	10,0	10,6	10,5 <sup>P</sup>	10,1 <sup>P</sup>	8,9 <sup>P</sup>	11,2 <sup>P</sup>
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	3 490	3 714	3 529	4 247 <sup>P</sup>	3 650 <sup>P</sup>	3 388 <sup>P</sup>	3 842 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	11,7	12,0	11,8	13,7 <sup>P</sup>	12,2 <sup>P</sup>	11,0 <sup>P</sup>	12,8 <sup>P</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	29	41	37	29 <sup>P</sup>	32 <sup>P</sup>	38 <sup>P</sup>	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	9,6	13,0	11,9	9,1 <sup>P</sup>	10,6 <sup>P</sup>	12,8 <sup>P</sup>	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 434	- 625	- 352	- 994 <sup>P</sup>	- 623 <sup>P</sup>	- 626 <sup>P</sup>	- 495 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 1,4	- 2,0	- 1,2	- 3,2 <sup>P</sup>	- 2,1 <sup>P</sup>	- 2,0 <sup>P</sup>	- 1,7 <sup>P</sup>
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	7 766	6 459	7 254	7 809	7 319	...	...
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	1 798	1 565	1 724	1 856	1 559	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	4 304	3 640	4 008	4 441	3 992	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	6 759	6 340	7 175	7 326	7 035	...	...
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 468	1 423	1 781	1 775	1 638	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	4 203	3 762	3 855	4 565	4 274	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	1 007	119	79	483	284	...	...
Ausländer	Anzahl	1 017	285	330	142	- 57	81	- 79	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	101	- 122	153	- 124	- 282	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	10 641	9 596	10 650	11 194	10 387	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	64 212	61 470	65 686	99 085	91 219	87 415	86 581
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	32 438	29 998	31 397	56 677	50 001	47 518	46 517
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	915	862	896	1 838	.	.	1 276
Bauberufe	Anzahl	2 421	4 550	3 853	3 434	3 282	9 351	.	.	6 254
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 979	27 184	24 897	23 616	24 720	39 132	.	.	34 044
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	4,8	4,6	4,9	7,3	6,7	6,4	6,2
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	12 332	12 272	12 017	7 341	7 123	6 587	6 604
Männer	Anzahl	10 047	6 714	7 693	7 624	7 359	4 511	4 265	3 777	3 792
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	498	559	550	417	.	.	290
Bauberufe	Anzahl	1 029	613	763	736	669	480	.	.	382
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 281	3 713	4 210	4 283	4 093	2 301	.	.	2 170
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	19 081	17 287	12 827	28 231	25 677	22 050	22 980
Männer	Anzahl	6 245	13 176	12 262	11 155	8 750	22 175	19 371	16 257	17 051
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655	.	.	691	.	.	.	654
* Milchkühe	1 000	235	228	.	.	235	.	.	.	223
* Schweine	1 000	695	646	702	.	.	.	665	.	.
Mastschweine	1 000	243	223	236	.	.	.	208	.	.
* Zuchtsauen	1 000	78	75	79	.	.	.	75	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	51	.	.	.	47	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	16 820	15 012	15 043	17 786	16 012	14 535	14 556
* Kälber	Anzahl	369	327	459	310	308	342	376	357	303
* Schweine	Anzahl	113 707	112 070	110 244	111 339	112 568	122 277	110 794	109 640	118 308
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	11 539	9 232	6 365	14 449	10 758	8 714	6 406
<b>Schlachtmengen 6)</b>										
* Rinder	t	14 061	13 893	13 928	13 465	13 518	15 124	13 812	13 251	13 795
* Kälber	t	4 806	4 815	4 924	4 351	4 395	5 141	4 648	4 226	4 250
* Schweine	t	36	31	42	29	27	33	37	33	27
* Schweine	t	9 134	8 954	8 875	8 996	9 005	9 868	9 030	8 914	9 441
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	39	38	41	62	124	62	39
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	84	92	86	81	82	91	87
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	94,9	95,4	95,7	94,4	95,3	95,9	95,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	11,9	12,6	12,2	11,4	12,0	12,8	12,7

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 900	2 900	2 896	2 860	2 849	2 844	...
* Beschäftigte	1 000	397	391	390	389	390	382	380	379	...
* Arbeiter 2)	1 000	282	276	275	274	275	267	266	265	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	39 447	38 297	35 757	41 258	39 075	37 469	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	1 034	1 149	1 160	1 087	1 079	1 084	...
* Löhne	Mill. DM	664	682	631	699	699	656	647	643	...
* Gehälter	Mill. DM	418	443	403	450	461	431	432	441	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	82	88	90	86	74	88	88	81	...
* Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	170	153	154	197	184	160	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	137	128	110	150	135	113	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	23	20	20	16	13	24	20	16	...
* schweres Heizöl	1 000 t	150	118	117	112	97	126	115	97	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	1 003	995	960	1 032	1 004	965	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	218	206	192	220	211	190	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	6 117	5 855	5 904	7 270	6 469	6 195	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 106	2 013	2 150	2 884	2 355	2 264	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	145	144	138	136	139	137 <sup>P</sup>	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	148	145	140	142	143	139 <sup>P</sup>	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	145	143	138	138	141	136	138 <sup>P</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	129	131	147	139	132	139	139	132	137 <sup>P</sup>
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	116	124	119	82	101	106	105 <sup>P</sup>
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	143	127	119	140	133	123	130 <sup>P</sup>
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	153	162	153	146	164	161	163 <sup>P</sup>
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	152	154	167	142	151	159	176 <sup>P</sup>
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	131	129	119	119	120	116	110 <sup>P</sup>
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	57	61	34	72	60	59	49 <sup>P</sup>
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	149	146	168	158	138	140	146 <sup>P</sup>
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	129	136	130	97	120	126	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	.	.	102	99	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	133	132	.	.	135	108	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	296	302	257	269	199	...	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 123	2 212	2 141	1 932	2 005	2 341	2 181	...	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	870	900	867	733	872	801	769	...	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 553	1 483	1 375	1 810	1 611	...	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,1	...	...
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	293	244	216	382	306	...	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	275	231	209	356	289	...	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	74 436	74 589	74 863	69 373 <sup>P</sup>	69 483 <sup>P</sup>	69 919 <sup>P</sup>	...
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	39 293	39 453	40 448	36 989 <sup>P</sup>	36 994 <sup>P</sup>	37 501 <sup>P</sup>	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	17 262	17 320	17 124	14 866 <sup>P</sup>	15 172 <sup>P</sup>	15 300 <sup>P</sup>	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	9 853	9 865	9 442	8 358 <sup>P</sup>	8 983 <sup>P</sup>	8 907 <sup>P</sup>	...
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	6 304	6 339	6 027	5 187 <sup>P</sup>	5 548 <sup>P</sup>	5 481 <sup>P</sup>	...
* Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	4 088	4 141	4 001	3 287 <sup>P</sup>	3 616 <sup>P</sup>	3 547 <sup>P</sup>	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	71	78	59	50 <sup>P</sup>	52 <sup>P</sup>	75 <sup>P</sup>	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	2 145	2 120	1 967	1 850 <sup>P</sup>	1 880 <sup>P</sup>	1 859 <sup>P</sup>	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	3 549	3 526	3 415	3 171 <sup>P</sup>	3 435 <sup>P</sup>	3 426 <sup>P</sup>	...
Hochbau	1 000	707	679	754	702	680	751 <sup>P</sup>	790 <sup>P</sup>	745 <sup>P</sup>	...
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	2 795	2 824	2 735	2 420 <sup>P</sup>	2 645 <sup>P</sup>	2 681 <sup>P</sup>	...
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	1 553	1 577	1 486	1 274 <sup>P</sup>	1 394 <sup>P</sup>	1 478 <sup>P</sup>	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	180	188	196	165 <sup>P</sup>	178 <sup>P</sup>	186 <sup>P</sup>	...
* Löhne	Mill. DM	154	152	157	163	169	139 <sup>P</sup>	153 <sup>P</sup>	160 <sup>P</sup>	...
* Gehälter	Mill. DM	24	26	23	25	27	26 <sup>P</sup>	25 <sup>P</sup>	26 <sup>P</sup>	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	476	565	611	420 <sup>P</sup>	445 <sup>P</sup>	507 <sup>P</sup>	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	1 127	1 231	1 210	1 009	850	880	898
* mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	745	840	782	667	577	579	557
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	335	347	346	261	219	233	260
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	47	44	82	81	54	68	81
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	1 125	1 235	1 272	1 203	913	962	1 031
* Wohnfläche	1 000 qm	210	180	180	198	206	200	148	154	168
* Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	8 404	9 200	9 726	9 270	6 948	7 192	7 905
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	311	344	367	355	270	284	308
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	2	2	16	5	3	1	3
Unternehmen	Anzahl	200	148	146	116	156	125	88	81	66
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	979	1 113	1 038	879	759	798	829
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	148	176	187	167	134	127	169
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	606	722	816	763	365	636	588
* Nutzfläche	1 000 qm	157	129	99	127	146	126	67	123	104
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	133	146	150	127	71	135	112
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	20	47	30	22	25	26	23
Unternehmen	Anzahl	157	143	123	127	155	143	108	97	141
Private Haushalte	Anzahl	31	4	5	2	2	2	1	4	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	1 899	2 028	2 221	2 524	1 605	1 749	2 110
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	2 168	1 855	2 250	2 764	2 519	2 199	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	117	111	112	143	150	137	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	2 052	1 744	2 138	2 620	2 368	2 062	...
* Rohstoffe	Mill. DM	17	20	21	23	22	22	22	20	...
* Halbwaren	Mill. DM	98	134	156	133	147	173	148	109	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	1 874	1 588	1 970	2 425	2 198	1 933	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	666	566	584	755	695	587	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 209	1 021	1 386	1 671	1 503	1 346	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	837	904	945	845	883	1 151	1 001	904	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	175	150	168	194	173	150	...
Dänemark	Mill. DM	30	32	35	28	31	38	33	36	...
Frankreich	Mill. DM	250	264	267	251	255	352	300	270	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	29	24	27	26	21	24	...
Großbritannien	Mill. DM	115	131	118	116	136	175	151	139	...
Irland	Mill. DM	7	7	7	7	7	8	8	7	...
Italien	Mill. DM	154	157	166	139	144	191	171	148	...
Niederlande	Mill. DM	126	137	148	131	115	166	143	129	...
Österreich	Mill. DM	86	90	88	78	89	106	86	87	...
Schweiz	Mill. DM	85	91	89	87	84	112	103	85	...
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	119	100	101	139	110	105	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	535	436	723	808	786	650	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	129	91	81	102	102	80	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 512	1 315	1 370	1 655	1 579	1 466	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	188	180	157	238	207	172	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 324	1 135	1 213	1 417	1 372	1 294	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	712	757	756	712	721	891	777	742	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	202	168	178	212	248	200	...
Dänemark	Mill. DM	12	12	14	11	11	14	12	11	...
Frankreich	Mill. DM	199	198	194	191	178	228	184	172	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	8	9	9	8	13	7	...
Großbritannien	Mill. DM	54	43	48	33	41	49	40	33	...
Irland	Mill. DM	6	4	3	3	4	4	3	2	...
Italien	Mill. DM	108	131	132	109	129	169	134	148	...
Niederlande	Mill. DM	147	181	154	188	171	208	143	168	...
Österreich	Mill. DM	48	45	56	39	40	54	49	44	...
Schweiz	Mill. DM	23	26	38	26	26	26	25	29	...
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	117	98	121	123	127	115	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	381	314	311	308	427	352	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	47	28	60	106	49	61	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	...	...	...	...	...	...	...	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	220	...	...	...	...	...	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	241	...	...	...	...	...	...	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	220	...	...	...	...	...	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	195	...	...	...	...	...	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	224	...	...	...	...	...	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	204	...	...	...	...	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198	...	...	...	...	...	...	...	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	...	...	...	...	...	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	.	...	...	...	...	...	...	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	148	...	...	...	...	...	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	115	...	...	...	...	...	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	138	...	...	...	...	...	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	139	...	...	...	...	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127	...	...	...	...	...	...	...	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	...	...	...	...	...	...	...	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	136	...	...	...	...	...	...	...	...
* Umsatz	1970 = 100	153	...	...	...	...	...	...	...	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	172	...	...	...	...	...	...	...	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	140	...	...	...	...	...	...	...	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	423	571	522	250	398	551	...
* Ausländer	1 000	76	73	72	104	105	28	57	89	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	1 478	1 897	2 052	869	1 426	1 894	...
* Ausländer	1 000	242	222	184	280	323	68	156	235	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 613	1 505	1 514	1 452	1 566	1 503	1 574	1 484	1 554
* Güterversand	1 000 t	1 502	1 376	1 645	1 465	1 412	1 586	1 429	1 307	1 508
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	18 137	15 420	14 121	20 812	17 808	14 845	14 101
Krafträder und Motorroller	Anzahl	740	1 342	2 914	1 883	1 861	2 995	3 064	2 197	1 980
* Personen- und Kombinationskraft-wagen	Anzahl	11 516	11 125	13 951	12 493	11 317	16 511	13 780	11 763	11 254
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	728	623	535	561	531	492	499
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	409	297	276	582	309	244	288
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 237	9 259	8 774	9 395	8 681	8 600	8 482	...	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 931	1 819	1 871	2 150	2 086	1 617	1 713	...	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 306	7 440	6 903	7 245	6 595	6 983	6 769	...	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	2 552	2 975	2 906	2 169	2 337	...	...
* Getötete	Anzahl	70	62	52	79	87	51	63	...	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	32	25	36	49	25	32	...	...
Fußgänger	Anzahl	15	11	5	13	8	16	11	...	...
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	2 500	2 896	2 819	2 118	2 274	...	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 322	1 494	1 452	1 235	1 209	...	...
Fußgänger	Anzahl	259	236	259	238	202	233	226	...	...
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	766	964	952	643	733	...	...
Pkw - Insassen	Anzahl	417	385	362	481	461	346	346	...	...
Fußgänger	Anzahl	118	104	118	104	78	92	96	...	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	60 331	60 428	61 483	64 501	64 608	64 541	65 554
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	59 043	59 131	60 169	63 096	63 173	63 348	64 108
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	48 187	48 227	49 212	51 576	51 586	51 836	52 536
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	10 856	10 904	10 957	11 520	11 586	11 512	11 572
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	12 840	12 683	13 386	14 401	14 146	14 154	14 847
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 462	12 328	12 863	13 530	13 387	13 394	13 931
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	379	354	523	871	759	760	916
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 444	7 548	7 634	8 169	8 248	8 306	8 357
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	6 013	6 045	6 200	6 548	6 598	6 684	6 743
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 431	1 503	1 435	1 621	1 650	1 622	1 614
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	38 759	38 901	39 149	40 526	40 779	40 888	40 904
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	29 712	29 853	30 150	31 498	31 602	31 758	31 862
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	9 047	9 047	8 999	9 028	9 177	9 130	9 042
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	48 883	49 459	49 520	52 669	52 972	53 667	53 450
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	6 959	7 038	7 063	6 933	6 986	7 198	7 292
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	6 448	6 338	6 507	6 559	6 313	6 587	6 725
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	511	700	556	374	673	611	567
* Termingelder	Mill. DM	15 091	18 840	16 547	17 228	17 427	19 152	19 381	19 777	19 372
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	15 256	15 594	15 848	17 709	18 006	17 932	17 864
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 291	1 634	1 578	1 443	1 375	1 845	1 508
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	25 377	25 193	25 030	26 584	26 606	26 692	26 786
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	14 589	14 491	14 387	15 590	15 606	15 674	15 738
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 286	1 450	1 277	1 098	1 189	1 542	1 500	1 215	1 366
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 625	1 292	1 395	1 533	1 488	1 130	1 272
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse <sup>3)</sup>	Anzahl	37	51	53	41	41	66	78	66	53
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	18 464	17 577	21 648	19 106	25 241	26 832	18 946
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	1 285	1 004	1 032	1 091	1 290	1 054	1 158
* Wechselsumme	1 000 DM	9 171	8 170	7 109	7 130	16 058	7 273	8 191	6 503	7 862
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	644 253	1 075 822	1 236 604	1 246 799	728 495	1 108 178	1 274 946
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	341 705	699 777	932 460	949 324	385 554	720 046	968 801
Lohnsteuer <sup>4)</sup>	1 000 DM	515 079	524 985	323 756	643 693	376 803	342 500	373 580	678 968	400 217
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	-	279 960	-	-	-	293 044	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	- 5 980	7 947	366 107	403 458	- 24 998	- 16 278	377 999
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	8 260	12 009	9 357	4 944	10 384	11 218	8 005
* Körperschaftsteuer <sup>4)</sup>	1 000 DM	87 141	81 540	15 669	36 128	180 193	198 422	26 588	46 138	182 580
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	-	25 808	-	-	-	30 477	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	302 548	376 045	304 144	297 475	342 941	388 132	306 145
* Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	183 028	223 672	178 966	125 735	201 920	254 676	159 544
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 693	119 520	152 373	125 178	171 740	141 021	133 456	146 601
* Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	149 049	179 354	184 952	170 825	160 514	156 524	187 193
* Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	9 640	11 896	8 078	16 173	9 671	8 986	10 310
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	137 419	165 324	175 349	152 486	148 182	145 352	173 315
* Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	54 900	91 249	60 320	80 312	57 808	92 608	72 130
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	2 837	38 623	3 273	5 968	2 653	40 353	3 783
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	32 979	32 838	36 616	39 440	38 200	33 779	47 695
* Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	5 897	6 664	6 539	8 416	6 211	5 713	7 057
* Gemeindesteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	491 895	456 688	.	.	424 521	407 252	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	.	.	6 859	5 987	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	.	.	57 143	62 607	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	.	.	322 314	301 915	.	.	.
* Lohnsummensteuer <sup>6)</sup>	1 000 DM	5 573	208	.	.	262	70	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	.	.	28 616	26 861	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite, - 2) Einschl. Zinsgutschriften, - 3) Eröffnende und mangels Masse abgelehnte Konkurse, - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung, - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen, - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	527 553	727 780	807 125	743 842	538 893	692 997	885 326
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	146 442	300 054	410 066	416 039	163 198	309 586	427 263
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	194 898	247 698	212 054	156 893	180 068	226 385	270 870
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	37 164	674	53	85	35 113	502	-
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	561 110	378 444	550 854	612 694	629 326	413 499	587 820	635 857
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	145 325	298 177	409 065	417 399	165 011	308 378	424 906
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	149 716	141 055	160 754	143 256	131 530	155 567	186 332	138 821
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	37 164	674	53	85	35 113	502	-
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	.	.	631 160	632 918	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	.	.	246 532	230 685	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	.	.	282 422	296 896	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	122,8	123,3	123,9	128,4	129,0	129,8	131,1
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,4	118,9	118,8	123,2	124,5	125,6	128,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude 2)	1976 = 100	134,1	142,0	.	142,4	.	.	.	146,4	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	545	575	564	.	.	.	595	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	582	611	601	.	.	.	632	.	.
* Facharbeiter	DM	617	648	636	.	.	.	669	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	555	579	573	.	.	.	595	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	475	497	490	.	.	.	510	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	388	412	403	.	.	.	429	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	373	397	389	.	.	.	414	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	13,68	.	.	.	14,52	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	14,42	.	.	.	15,28	.	.
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39	15,17	.	.	.	16,07	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	13,78	.	.	.	14,47	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	11,94	.	.	.	12,58	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	10,28	.	.	.	10,97	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	9,90	.	.	.	10,59	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	41,3	.	.	.	41,0	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	41,7	.	.	.	41,4	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	39,2	.	.	.	.	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 819	2 983	2 940	.	.	.	3 128	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 521	2 657	2 629	.	.	.	2 784	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 085	3 232	3 202	.	.	.	3 381	.	.
männlich	DM	1 987	2 112	2 081	.	.	.	2 215	.	.
weiblich	DM	3 515	3 709	3 628	.	.	.	3 868	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 598	3 795	3 709	.	.	.	3 961	.	.
männlich	DM	2 409	2 579	2 542	.	.	.	2 672	.	.
weiblich	DM	3 268	3 454	3 384	.	.	.	3 607	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 951	3 119	3 070	.	.	.	3 271	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 490	3 690	3 639	.	.	.	3 866	.	.
männlich	DM	2 313	2 438	2 389	.	.	.	2 551	.	.
weiblich	DM	3 572	3 767	3 677	.	.	.	3 913	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 646	3 846	3 754	.	.	.	3 998	.	.
männlich	DM	2 510	2 670	2 602	.	.	.	2 752	.	.
weiblich	DM	2 264	2 373	2 354	.	.	.	2 480	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 249	2 357	2 337	.	.	.	2 458	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 778	2 871	2 852	.	.	.	2 984	.	.
männlich	DM	1 816	1 935	1 912	.	.	.	2 030	.	.
weiblich	DM				.	.	.		.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 654	61 655	61 657	61 691	61 674	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 900 <sup>P</sup>	24 988 <sup>P</sup>	29 874 <sup>P</sup>	42 614 <sup>P</sup>	18 206 <sup>P</sup>	25 431 <sup>P</sup>	29 189 <sup>P</sup>	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	51 728 <sup>P</sup>	51 885 <sup>P</sup>	51 192 <sup>P</sup>	50 404 <sup>P</sup>	47 973 <sup>P</sup>	54 915 <sup>P</sup>	50 346 <sup>P</sup>	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	59 931 <sup>P</sup>	65 664 <sup>P</sup>	58 344 <sup>P</sup>	58 582 <sup>P</sup>	56 543 <sup>P</sup>	67 872 <sup>P</sup>	59 863 <sup>P</sup>	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (→)	Anzahl	- 7 788	- 8 203 <sup>P</sup>	- 13 779 <sup>P</sup>	- 7 152 <sup>P</sup>	- 8 178 <sup>P</sup>	- 8 570 <sup>P</sup>	- 12 957 <sup>P</sup>	- 9 517 <sup>P</sup>	...
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 210	1 146	1 110	1 935	1 811	1 710	1 646
Männer	1 000	426	652	643	573	542	1 144	1 040	945	898
Offene Stellen	1 000	308	208	247	242	242	132	134	128	120
Männer	1 000	198	127	151	149	147	77	79	75	69
Kurzarbeiter	1 000	137	347	405	360	340	587	551	491	455
Männer	1 000	98	239	285	238	224	456	426	367	328
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 553	23 310	.	23 274	.	.	.	22 814	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	382	370	364	313	390	...	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	122	129	130	119	122	127	127 <sup>P</sup>
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	124	126	131	131	127	127	131	131 <sup>P</sup>
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	123	128	128	122	124	128	128 <sup>P</sup>
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	122	119	125	126	126	118	123	127	127 <sup>P</sup>
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	124	132	134	129	129	132	132 <sup>P</sup>
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	118	122	120	112	115	118	118 <sup>P</sup>
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	130	137	139	132	128	138	138 <sup>P</sup>
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	88	113	123	61	82	100	108 <sup>P</sup>
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 530	7 502	7 481	7 297	7 294	7 263	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	772	747	717	692	777	724	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	108 473	102 604	99 995	101 911	118 745	109 507	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	27 723	26 157	25 905	28 111	33 197	30 070	...
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 852	25 145	27 437	23 784	22 855	26 450	28 370	24 780	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 569	3 380	3 911	2 912	2 852	2 955	2 976	2 910	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 233	1 248	1 248	1 071	1 110 <sup>P</sup>	1 137 <sup>P</sup>	1 143 <sup>P</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	141	161	154	85	133 <sup>P</sup>	140 <sup>P</sup>	136 <sup>P</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	7 320	8 424	9 376	4 730	7 038 <sup>P</sup>	7 612 <sup>P</sup>	8 115 <sup>P</sup>
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	16 493	15 690	17 018	9 118	12 053	12 148	12 157
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	15 207	14 434	15 520	7 945	10 648	10 781	10 774
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	3 025	2 880	3 190	1 907	2 452	2 441	2 414
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	2 902	2 880	3 137	1 973	2 554	2 747	2 693
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	33 345	31 892	35 977	23 078	29 677	29 121	28 900
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	29 200	33 083	33 747	33 554	31 228	34 454	41 756	36 502	35 582
EG-Länder	Mill. DM	14 019	15 507	16 666	16 291	14 665	17 038	20 360	17 724	16 996
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 290	2 410	2 603	2 571	2 289	2 625	3 189	2 768	2 528
Dänemark	Mill. DM	556	627	638	638	585	656	833	733	687
Frankreich	Mill. DM	3 885	4 327	4 687	4 813	4 105	5 239	5 822	5 200	5 068
Griechenland	Mill. DM	315	388	449	378	376	380	480	403	426
Großbritannien	Mill. DM	1 910	2 181	2 214	2 043	1 939	2 379	3 021	2 534	2 600
Irland	Mill. DM	111	140	165	146	131	158	192	154	149
Italien	Mill. DM	2 495	2 609	2 876	2 761	2 579	2 707	3 255	2 822	2 777
Niederlande	Mill. DM	2 773	2 824	3 034	2 940	2 662	2 895	3 567	3 110	2 761
Österreich	Mill. DM	1 605	1 668	1 742	1 687	1 640	1 617	1 994	1 801	1 707
Schweiz	Mill. DM	1 667	1 727	1 806	1 785	1 610	1 773	2 097	1 882	1 716
USA und Kanada	Mill. DM	1 971	2 393	2 208	2 246	2 238	2 394	2 869	2 594	2 717
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 315	5 883	5 280	5 619	5 207	5 843	7 157	6 122	5 989
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 617	1 629	1 754	1 750	1 696	1 361	1 997	1 632	1 727

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	28 438	30 760	33 920	30 270	29 685	30 830	35 360	33 063	30 585
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	16 107	14 158	13 871	14 841	17 588	16 168	14 972
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	2 310	2 032	1 951	2 011	2 408	2 308	2 073
Dänemark	Mill. DM	478	494	497	519	508	468	594	528	485
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	4 150	3 323	3 482	3 389	4 520	4 118	3 446
Griechenland	Mill. DM	230	246	268	225	201	252	268	195	247
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 213	2 020	1 907	2 208	2 417	2 427	2 360
Irland	Mill. DM	127	144	141	136	136	142	166	163	142
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	2 499	2 248	2 133	2 394	2 820	2 459	2 433
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	4 029	3 656	3 553	3 976	4 396	3 971	3 785
Österreich	Mill. DM	819	859	982	854	821	901	1 060	947	956
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	1 142	1 062	1 005	1 072	1 310	1 118	1 060
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 965	2 632	2 773	2 523	3 109	2 955	2 583
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 794	5 977	6 633	5 968	6 094	5 605	5 417	5 351	5 286
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 473	1 375	1 332	1 692	2 098	1 909	1 612
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 <sup>p</sup>	205,7 <sup>p</sup>	206,5 <sup>p</sup>	200,6 <sup>p</sup>	183,0 <sup>p</sup>	218,9 <sup>p</sup>	211,0 <sup>p</sup>	199,2 <sup>p</sup>
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 <sup>p</sup>	162,9 <sup>p</sup>	162,9 <sup>p</sup>	162,9 <sup>p</sup>	...	...	...	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>1)</sup>	Mrd. DM	1 428	1 555	1 446	1 452	1 459	1 556	1 563	1 565	1 569 <sup>p</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 113	1 115	1 120	1 171	1 175	1 176	1 180 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	333	337	338	385	388	390	389 <sup>p</sup>
Einlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	Mrd. DM	1 011	1 059	990	991	1 002	1 049	1 044	1 055	1 063 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	472	467	464	482	482	482	483 <sup>p</sup>
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	27 638	17 175	16 851	18 565	27 170	18 127	17 658
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	20 204	8 155	8 829	8 906	20 207	8 866	8 892
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	7 481	7 665	8 177	8 439	8 077	8 705	8 831
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	8 091	- 33	- 79	35	7 480	- 525	- 446
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	7 417	7 816	7 716	9 548	6 945	8 184	8 384
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	3 723	3 933	4 147	5 952	3 161	4 045	4 687
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	3 981	3 678	4 120	3 798	4 259	3 841	4 104
Zölle	Mill. DM	384	412	449	440	421	397	439	433	409
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	3 284	3 011	3 491	3 913	3 540	3 174	3 485
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1976 = 100	112,7	121,9	119,6	120,3	121,2	126,4	125,9	126,6	126,9 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	99,3	104,6	103,0	102,9	102,4	109,5	109,4	108,7 <sup>p</sup>	109,1 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	117,1	126,2	123,3	124,5	125,3	131,6	131,6	132,3	132,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	.	.	141,8	144,6	.	.	146,3
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1976 = 100	134,1	142,0	.	.	142,4	144,7	.	.	146,4
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	.	.	140,9	137,8	.	.	137,2
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	122,0	122,8	123,3	128,2	128,4	129,0	129,8
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	116,9	118,4	118,9	122,6	123,2	124,5	125,6
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	125,3	125,7	126,3	130,9	131,4	131,7	132,1
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	118,7	119,3	119,8	124,1	124,7	125,0	125,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	154,9	153,7	152,3	168,4	164,5	166,1	169,1
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	122,6	122,7	123,5	128,9	129,2	129,2	129,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	121,5	123,3	124,7	127,8	127,2	127,9	128,8
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	124,4	125,0	125,4	130,2	130,6	130,9	131,2
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	111,8	112,2	112,5	116,9	117,2	117,7	118,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	128,7	128,8	128,8	135,0	135,6	135,6	136,2

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.



### **61 Mill. DM für die Kriegsofferfürsorge**

Die Ausgaben für die Kriegsofferfürsorge betrugen 1981 in Rheinland-Pfalz 61 Mill. DM. Der Betrag ist gegenüber 1980 um 8,8% gestiegen. Von den Gesamtausgaben wurden 97% (58,8 Mill. DM) als Beihilfen, der Rest von 1,9 Mill. DM als Darlehen gewährt. lh

### **567 Adoptionen - 1 235 freie Adoptionsstellen**

Im Jahre 1981 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 567 Kinder adoptiert. Das sind 5,4% mehr als im Jahr zuvor. Gleichzeitig hat sich die Zahl der zur Adoptionsvermittlung vorgemerkten Kinder um sechs Fälle auf 166 verringert. Dagegen sind die am Jahresende vorhandenen freien Adoptionsstellen, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte, um 138 auf 1 235 Stellen angestiegen. lh

### **3 175 Pflegekinder in Familienpflege**

Die rheinland-pfälzischen Jugendämter führten Ende 1981 die Aufsicht über 3 175 Pflegekinder, die sich außerhalb ihres Elternhauses in Familienpflege befanden. Das sind 38 Minderjährige mehr als 1980. Ein leichter Rückgang um 38 auf 18 507 Fälle war bei den Amtspflegschaften festzustellen. Auch die Zahl der bestehenden Amtsvormundschaften (4 497) ist leicht gesunken. lh

### **300 Zeitungen und Zeitschriften in Rheinland-Pfalz**

In Rheinland-Pfalz werden 54 Zeitungen und 245 Zeitschriften verlegt (Stand 1980). Es handelt sich um 86 Fachzeitschriften, darunter 39 mit überwiegend wissenschaftlichem Charakter, 78 amtliche Blätter und 26 Publikumszeitschriften, vornehmlich Illustrierte und Magazine. Von der gesamten Zeitungsauflage wurden 94% an Abonnenten verkauft, bei den Zeitschriften waren es 66%.

Im Jahre 1980 bestanden in Rheinland-Pfalz 73 Verlagsunternehmen, darunter 14 Zeitungs- und 50 Zeitschriftenverlage. Die Verlagsunternehmen beschäftigten zusammen 7 740 Personen, von denen 84% in den Zeitungsverlagen arbeiteten. Für Zeitungsverlage errechnet sich eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 462 Beschäftigten. Bei den Zeitschriftenverlagen waren es 17 Beschäftigte.

Das rheinland-pfälzische Verlagsgewerbe erzielte im Jahre 1979 einen Umsatz von 610 Mill. DM. Das entspricht rund 79 000 DM je tätiger Person (Zeitschriftenverlage 120 000 DM). Mehr als die Hälfte des Umsatzes des Verlagsgewerbes resultierte aus Anzeigen in eigenen Zeitungen und Zeitschriften. Knapp 27% erbrachte der Vertrieb verlagseigener Zeitungen oder Zeitschriften. pe



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Über 76 500 Veranstaltungen von Weiterbildungsorganisationen durchgeführt**

Die sieben staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen in Rheinland-Pfalz haben im Jahre 1981 über 76 500 Veranstaltungen durchgeführt. Das sind gut 6% mehr als im Vorjahr. Sechs von zehn Veranstaltungen waren Einzelveranstaltungen.

Die Zahl der Unterrichtsstunden stieg um 4,2% auf annähernd 980 000. Themen aus den Bereichen Erziehungs- und Geisteswissenschaften beanspruchten 220 000 Unterrichtsstunden (22,5%), Gesundheit, Gymnastik, Körperpflege und Haushaltsführung 175 000 Unterrichtsstunden (18%). Kreatives Gestalten und Freizeitaktivitäten waren der Inhalt von 164 000 Unterrichtsstunden (17%).

An den Veranstaltungen der Weiterbildungsorganisationen beteiligten sich fast 2,3 Millionen Erwachsene (+ 7%). Zwei von drei Teilnehmern besuchten Einzelveranstaltungen.

Die Gesamteinnahmen betrugen 73 Mill. DM. Die Teilnehmergebühren stellten mit 25,5 Mill. DM oder 35% den größten Einzelposten. we

### **ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt**

Seit 1968 werden im Statistischen Landesamt regelmäßig Programmiererlehrgänge durchgeführt. Bisher wurden rund 130 Mitarbeitern die theoretischen und praktischen Kenntnisse vermittelt, die zur Ausübung des zukunftssicheren Berufes des Programmierers benötigt werden.

Neben der Ausbildung junger Nachwuchskräfte wird auf dem Gebiet der Automatischen Datenverarbeitung eine ständige Weiterbildung praktiziert. Hierdurch wird das in der Grundausbildung vermittelte Wissen der technischen Entwicklung und den sich ständig ändernden Anwenderanforderungen angepaßt. Zukünftig wird das Schwergewicht der Weiterbildung auf die Schulung und dem darauf basierenden Einsatz neuer Methoden des Software-Engineerings als Grundlage effizienter Verfahrens- und Programmentwicklungs- bzw. -wartung sowie auf eine intensivere Integration von ADV- und Fachbereich gerichtet sein. wi

Mehr über dieses Thema auf Seite 201

### **Strukturierte Programmierung**

An neuen Methoden zur ingenieurmäßigen Entwicklung und Wartung von Programmen und Verfahren der Datenverarbeitung wird im Statistischen Landesamt die Strukturierte Programmierung eingesetzt.

Zur Darstellung und Dokumentation dienen erweiterte Struktogramme und eine formalisierte Sprache, der sogenannte Pseudocode. pm

Mehr über dieses Thema auf Seite 203



### **Ernteaussichten mit hohen Erwartungen beim Weinmost**

Die diesjährige Getreideernte in Rheinland-Pfalz wird nach ersten Vorschätzungen etwa 1,4 Mill. t betragen. Die Hektarerträge würden damit zwar das vorjährige Niveau (41,5 dt je Hektar) nicht ganz erreichen, aber den Sechsjahresdurchschnitt 1976/81 von 38,7 dt deutlich übersteigen. Infolge des späten Wachstumsbeginns fiel auch der erste Rohfutterschnitt etwas geringer aus als im Jahr zuvor. Die Hackfrüchte stehen im allgemeinen noch recht gut.

Das Wachstum der Reben verlief ab Mitte Mai sehr vorteilhaft. Gescheinsansatz, Blüteverlauf und Traubenansatz wurden in den meisten Gebieten als gut beurteilt. Sofern im Spätsommer und Herbst keine größeren Ertragsminderungen eintreten, kann erstmals seit 1977 wieder mit einer hohen Weinmosternte gerechnet werden. Damals hatte sie 6,8 Mill. hl betragen. Die bisher größte Weinmosternte in Rheinland-Pfalz war 1973 mit 7,7 Mill. hl eingebracht worden. Da Anfang August die Traubenentwicklung einen Vorsprung von etwa zwei Wochen gegenüber Normaljahren aufweist, darf einstweilen auch eine gute Qualität erwartet werden.

Nach einer sehr geringen Obsternte im letzten Jahr wird es 1982 reichliche Mengen aus der heimischen Erzeugung geben. Bei den meisten Arten werden die Erträge mehr als doppelt so hoch sein wie die vorjährigen. Das Wachstum der Gemüsekulturen verlief infolge der Hitzeperioden zeitweise verhalten. Dennoch lieferten die meisten frühen und mittelfrühen Arten mindestens mittlere Erträge. Die Märkte waren ausreichend versorgt. Dies kann auch für die nächsten Wochen erwartet werden. tg

### **Deutlich mehr Sommergetreide**

Im Jahre 1982 sind in Rheinland-Pfalz 80% des Ackerlandes mit Getreide bestellt worden. Wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse im Herbst 1981 und einer überdurchschnittlich hohen Auswinterung hat eine deutliche Verschiebung vom Winter- zum Sommergetreide stattgefunden. Winterweizen (107 000 ha) und Wintergerste (48 000 ha) sind um 6 bzw. 10% im Anbau eingeschränkt worden. Beim Winterroggen (25 000 ha) betrug der Flächenschwund sogar 17%. Dagegen wurden fast 13% mehr Sommergerste auf einer Anbaufläche von 95 000 ha ausgesät.

Der jahrelange Rückgang der Kartoffelfläche (13 500 ha) scheint sich vorerst nicht fortzusetzen. Bei den Zuckerrüben hat der Anbau nach einer Ausweitung im Jahre 1981 mit 22 500 ha wieder den Stand von 1979 und 1980 erreicht. Winterraps nahm mit 5 400 ha wegen seiner günstigen Fruchtfolgewirkung weiter zu. lx

### **Erneut weniger Milchkühe**

Im Juni 1982 gab es in Rheinland-Pfalz 654 000 Rinder. Das ist der niedrigste Junibestand seit 1950. Seit Juni 1981 hat sich der Rinderbestand um 5,3% vermindert. Betroffen davon waren vor allem Milchkühe, deren Zahl sich auf 223 000 (— 5,1%) reduzierte, sowie die zur Nachzucht benötigten Kälber und Jungrinder. Auch die Gruppe der vorwiegend der Fleischerzeugung dienenden männlichen Rinder im Alter von ein bis zwei Jahren wies deutliche Abnahmen auf.

Rinderhaltende Betriebe gab es im Juni 27 000 (— 4,4%), darunter 21 000 Milchkuhhalter. Seit 1970 hat sich ihre Zahl um fast zwei Drittel verringert. Der Durchschnittsbestand je Betrieb erhöhte sich in der gleichen Zeit von 12 auf 24 Tiere. lx

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 8/August 1981**

Ausbildungsplätze 1981  
Bevölkerung 1980  
Ernteaussichten für 1981  
Struktur der Weinbaubetriebe 1979  
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel  
1978 bis 1980  
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980

#### **Heft 9/September 1981**

Behinderte 1980  
Wohngeldempfänger 1980  
Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1978  
Das vermögenssteuerpflichtige Vermögen und seine Besteuerung

#### **Heft 10/Okttober 1981**

Medizinische Informatik - ein neues Tätigkeitsfeld der Statistik  
Weiterbildung 1980  
Entwicklung der Rebsorten 1964 - 1979  
Ausbau der Kanalisierung 1963 - 1979  
Technischer Wandel in der Bauproduktion

#### **Heft 11/November 1981**

Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik  
Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980  
Wachstumsbranche Straßenfahrzeugbau  
Kaufkraft der D-Mark im Ausland  
Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980  
Auszubildende 1980

#### **Heft 12/Dezember 1981**

Wirtschaftliche Entwicklung 1981  
Neue Verfahren in der Schulstatistik  
Personalkosten im produzierenden Gewerbe 1978  
Wohnungsmarktsituation  
Schaumweinindustrie



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Heft 1/Januar 1982**

Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel,  
bei Banken und Versicherungen 1978  
Die Bundespost als Arbeitgeber  
Kapazität der Campingplätze 1981  
Regionale Entwicklung der Einzelhandelsunternehmen  
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1981  
Selbstmorde 1971 bis 1980

### **Heft 2/Februar 1982**

Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen  
Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften  
Insolvenzen 1975 bis 1981  
Die Bedeutung der Erbschaftsteuer im Steuersystem  
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1981

### **Heft 3/März 1982**

Rationalisierung der Statistik und Entlastung der Bürger  
Saisonale Entwicklung der Beschäftigten 1976 bis 1980  
Kapazität der größeren Fremdenverkehrsbetriebe 1981  
Neue Methoden zur Programmentwicklung und Wartung in  
der Automatischen Datenverarbeitung

### **Heft 4/April 1982**

Ausländer in Rheinland-Pfalz  
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1981  
Energiepreise 1981  
Straffälligkeit 1971 bis 1980  
Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform 1977

### **Heft 5/Mai 1982**

Entwicklung des Sozialprodukts 1970 bis 1981  
Außenhandel mit Argentinien  
Wohnungsbau und Bauwirtschaft 1981  
Industrie der Steine und Erden  
Gastgewerbe 1979/80

### **Heft 6/Juni 1982**

Volkszählung 1983  
Geburtsgewicht und Körperlänge von Neugeborenen  
Analyse und Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung  
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk 1971 bis 1981  
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1970 bis 1980

### **Heft 7/Juli 1982**

Neues Kommunalwahlrecht  
Verschuldung der Kommunen  
Bedeutung des Außenhandels  
Krankenhausbedarfsplanung  
Programmwartung in der Krankenhausautomation

### **Themen der folgenden Hefte**

Personal an Hochschulen  
Vermögens- und Kapitalstruktur der gewerblichen  
Wirtschaft  
Arbeitsstätten des Einzelhandels  
Außenhandel mit dem Nahen Osten



#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.